



HESSISCHER LANDTAG

18. 09. 2007

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Antrag der Landesregierung betreffend Finanzplan des Landes Hessen für die Jahre 2007 bis 2011

Die Landesregierung hat am 17. September 2007 den Finanzplan des Landes Hessen für die Jahre 2007 bis 2011 beschlossen. Nach § 31 Abs. 2 der Hessischen Landeshaushaltsordnung wird hiermit der Finanzplan dem Hessischen Landtag zur Kenntnis vorgelegt.

Begründung:

Nach § 31 Abs. 1 der Hessischen Landeshaushaltsordnung in Verbindung mit § 50 Haushaltsgrundsätzegesetz sowie den §§ 9 und 14 Stabilitäts- und Wachstumsgesetz ist es Aufgabe des Ministers der Finanzen, einen Finanzplan für fünf Jahre aufzustellen und jährlich fortzuschreiben. Darin ist darzulegen, wie sich die Finanzwirtschaft des Landes im mittelfristigen Zeitraum voraussichtlich weiterentwickelt und in die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen einpasst.

Der Finanzplan ist von der Landesregierung zu beschließen und dem Hessischen Landtag zur Kenntnis vorzulegen. Die Unterrichtung des Landtags soll zusammen mit der Ersten Lesung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2008 erfolgen.

Zur Begründung im Einzelnen wird auf die Erläuterungen und Übersichten im Finanzplan verwiesen.

Wiesbaden, 17. September 2007

Der Hessische Ministerpräsident
Koch

Der Hessische Minister der Finanzen
Weimar

Anlage

**Finanzplan
des Landes Hessen
für die Jahre 2007 bis 2011**

Stand: September 2007

Herausgegeben vom Hessischen Ministerium der Finanzen

Inhaltsverzeichnis

INHALTSVERZEICHNIS	2
ÜBERSICHTEN	4
TABELLENVERZEICHNIS.....	4
ABBILDUNGSVERZEICHNIS	5
I. WIRTSCHAFTLICHES UND FINANZPOLITISCHES UMFELD DER FINANZPLANUNG 2007 BIS 2011	7
1. WIRTSCHAFTLICHE RAHMENDATEN DER FINANZPLANUNG	7
a) <i>Gesamtwirtschaftliche Ausgangslage</i>	7
b) <i>Die wirtschaftliche Lage in Hessen</i>	9
c) <i>Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung im Finanzplanungszeitraum</i>	11
2. FINANZWIRTSCHAFTLICHE RAHMENDATEN	12
a) <i>Finanzpolitische Ausgangssituation</i>	12
b) <i>Eckpunkte der Kommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung II</i>	15
II. DER HESSISCHE LANDESHAUSHALT	16
1. RÜCKBLICK AUF DEN HAUSHALT 2006	16
2. DER HAUSHALTSVOLLZUG 2007	18
3. DER HAUSHALTSENTWURF 2008	20
III. DER FINANZPLAN 2007 BIS 2011	22
1. DIE GRUNDLAGEN DER FINANZPLANUNG	22
a) <i>Rechtliche Grundlagen und Planungszeitraum</i>	22
b) <i>Aufgabe der Finanzplanung</i>	22
2. FINANZPOLITISCHE ZIELE DER LANDESREGIERUNG	23
3. GESAMTÜBERBLICK	25

4.	DIE EINNAHMEN IM PLANUNGSZEITRAUM	29
	a) <i>Steuereinnahmen</i>	29
	b) <i>Sonstige Einnahmen</i>	31
5.	DIE AUSGABEN IM FINANZPLANUNGSZEITRAUM	33
	a) <i>Personalausgaben</i>	33
	b) <i>Exkurs: Die Entwicklung des Personalaufwands</i>	35
	c) <i>Zinsausgaben</i>	36
	d) <i>Länderfinanzausgleich</i>	37
	e) <i>Zahlungen an die Kommunen</i>	40
	f) <i>Investitionsausgaben</i>	41
	g) <i>Übrige Ausgaben</i>	43
6.	KREDITAUFNAHME	44
IV.	DIE OBERZIELE IM FINANZPLANUNGSZEITRAUM.....	47
	1. DIE OBERZIELE DES LANDES	47
	2. GESAMTÜBERBLICK ÜBER DIE FINANZIELLE ENTWICKLUNG DER OBERZIELE IM FINANZPLANUNGSZEITRAUM	47
	3. BESONDERE EINZELMAßNAHMEN IM FINANZPLANUNGSZEITRAUM.....	51
V.	MODERNISIERUNG UND UMBAU DER LANDESVERWALTUNG.....	56
	1. UMSETZUNG DER NEUEN VERWALTUNGSSTEUERUNG.....	56
	2. WEITERE MODERNISIERUNGSBAUSTEINE	59

Übersichten

Übersicht 1:	Eckdaten zur Entwicklung der Landesfinanzen.....	63
Übersicht 2:	Einnahmen.....	64
Übersicht 3:	Ausgaben.....	65
Übersicht 4:	Finanzierungsübersicht.....	66
Übersicht 5:	Steuereinnahmen.....	67
Übersicht 6:	Neuverschuldung und Schuldenstand.....	68
Übersicht 7:	Schuldendienst.....	69
Übersicht 8:	Einnahmen und Ausgaben nach Arten (Gemeinsames Schema des Finanzplanungsrates)	70

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Die Entwicklung von Gesamteinnahmen, Gesamtausgaben sowie Finanzierungssaldo und Nettokreditaufnahme	25
Tabelle 2:	Die Entwicklung der Steuereinnahmen	29
Tabelle 3:	Die Entwicklung der Personalausgaben	33
Tabelle 4:	Die Entwicklung des Personalaufwands	36
Tabelle 5:	Die Entwicklung der Zinsausgaben.....	36
Tabelle 6:	Die Entwicklung der Zahlungen an die Kommunen	40
Tabelle 7:	Die Entwicklung der Investitionsausgaben	42
Tabelle 8:	Die Entwicklung der Oberziele im Finanzplanungszeitraum.....	49

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts 2003 bis 1. Halbjahr 2007.....	8
Abbildung 2:	Die Entwicklung der Stabilitätskriterien 2000 bis 2011	13
Abbildung 3:	Die Entwicklung des Schuldenstands der öffentlichen Gebietskörperschaften (in Abgrenzung der Finanzstatistik) 2000 bis 2007	14
Abbildung 4:	Die Entwicklung der Nettokreditaufnahme Hessens 1990 bis 2006.....	17
Abbildung 5:	Verringerung der Deckungslücke im Landeshaushalt 2008 gegenüber der Finanzplanung 2006 bis 2010.....	21
Abbildung 6:	Die Entwicklung der bereinigten Einnahmen und Ausgaben im Finanzplanungszeitraum	27
Abbildung 7:	Entwicklung der Zins-Ausgaben-Quote, Zins-Steuer-Quote und Kreditfinanzierungsquote 2000 bis 2011.....	28
Abbildung 8:	Die Entwicklung des Lohnsteueraufkommens (Landesanteil) in Hessen in den Jahren 1999 bis 2011	30
Abbildung 9:	Entwicklung des Körperschaftsteueraufkommens 1999 bis 2011	31
Abbildung 10:	Anteil der einzelnen Einnahmekomponenten an den bereinigten Gesamteinnahmen im Jahr 2007 sowie im Jahr 2011	32
Abbildung 11:	Weggefallene Stellen durch die Arbeit der (PVS) 2005 bis 2008.....	34
Abbildung 12:	LFA-Beiträge der Zahlerländer (abrechnungsmäßig) im 1. Halbjahr 2006 und 2007	37
Abbildung 13:	Die Beiträge Hessens im Länderfinanzausgleich (abrechnungsmäßig) im 1. Halbjahr 2007 in Euro je Einwohner	38
Abbildung 14:	Die Beiträge Hessens im Länderfinanzausgleich (kassenmäßig) seit 1999	39

Abbildung 15:	Die Entwicklung des Investitionsausgaben des Landes 1999 bis 2008	41
Abbildung 16:	Die Struktur der Investitionsausgaben des Landes 2007 bis 2011	43
Abbildung 17:	Die Nettokreditaufnahme im Finanzplan 2006 bis 2010 und im Finanzplan 2007 bis 2011	45
Abbildung 18:	LFA-Belastung und Nettokreditaufnahme des Landes 1998 bis 2011 (in Mio. Euro)	46

I. Wirtschaftliches und finanzpolitisches Umfeld der Finanzplanung 2007 bis 2011

1. Wirtschaftliche Rahmendaten der Finanzplanung

a) Gesamtwirtschaftliche Ausgangslage

Rückblick auf 2006

Die sich bereits in der zweiten Jahreshälfte 2005 abzeichnende konjunkturelle Belebung mündete im Jahr 2006 in einen kräftigen Aufschwung. Das Bruttoinlandsprodukt erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 2,9 % und wuchs damit so stark wie zuletzt im Jahr 2000. Getragen wurde diese Entwicklung von einer weiteren Expansion der Weltwirtschaft sowie einer steigenden Binnennachfrage, die – insbesondere auf Grund einer regen Investitionstätigkeit – einen positiven Wachstumsbeitrag lieferte. Daneben wirkten sich Vorzieheffekte auf Grund der Anhebung des Mehrwertsteuersatzes zu Beginn des Jahres 2007 positiv auf das Wirtschaftswachstum im Jahr 2006 aus. Im Gegensatz zu den vorangegangenen Jahren, in denen Deutschland eines der Schlusslichter bei der wirtschaftlichen Dynamik im Euroraum bildete, konnte das Land nunmehr mit dem Durchschnitt des übrigen Euroraums gleichziehen.

Die positive konjunkturelle Entwicklung sorgte auf dem Arbeitsmarkt für eine spürbare Entspannung. Die Zahl der Erwerbstätigen nahm 2006 um rd. eine viertel Million Personen auf rd. 39 Millionen zu. Die Zahl der Arbeitslosen ging im Vergleich zum Vorjahr um rd. 370.000 Personen zurück und lag im Jahresdurchschnitt bei 4,49 Millionen Personen. Die Arbeitslosenquote (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen) reduzierte sich von 11,7 % im Jahr 2005 auf 10,8 % im Jahr 2006. Die günstige Entwicklung der Arbeitslosenzahlen beruht dabei vor allem auf dem Aufbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse.

Konjunkturelle Entwicklung in 2007: Aufschwung intakt

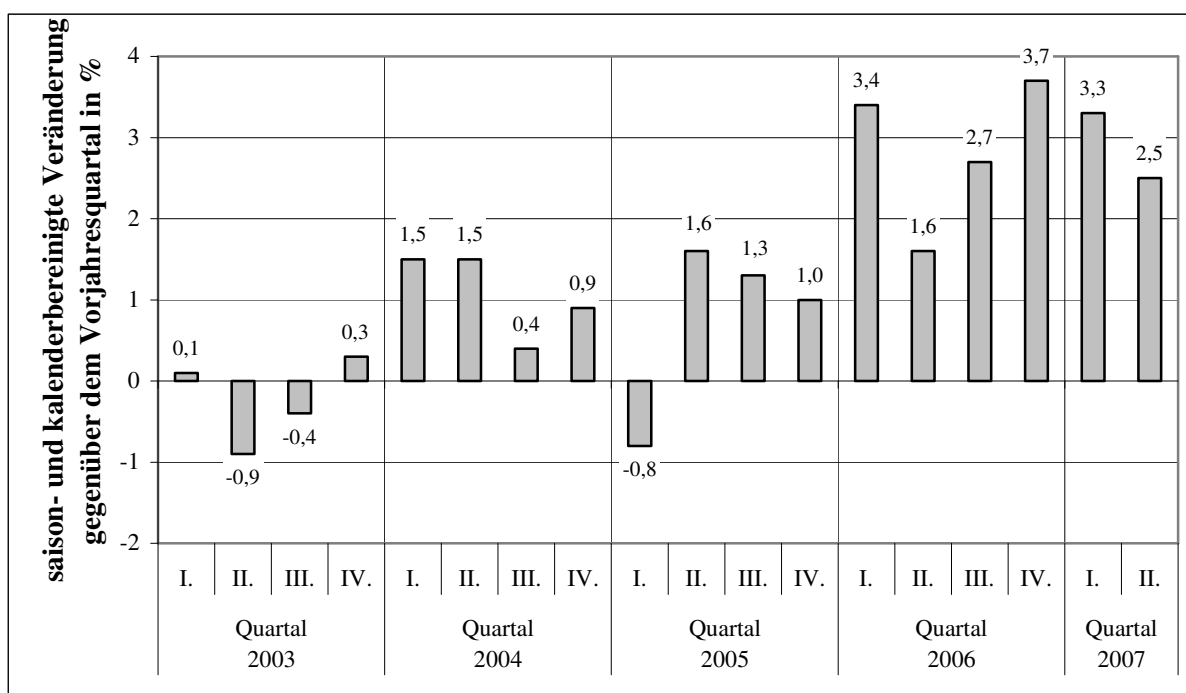
Im ersten Halbjahr 2007 ist bei einer leichten Beruhigung des Wachstumstempos ein weiterhin stabiler Aufwärtstrend zu verzeichnen. Trotz der zu Beginn des Jahres in Kraft getretenen Mehrwertsteuererhöhung setzt sich der Aufschwung der deutschen Volkswirtschaft, getragen durch eine weiterhin lebhaftere Investitionstätigkeit und einen dynamischen Außenhandel sowie unterstützt durch das von Bund und Ländern gemeinsam beschlossene Wachstumspaket, nahezu unvermindert fort. Wie die nachfolgende Abbildung 1 zeigt, lag das Bruttoinlandsprodukt im 1. Quartal 2007 um 3,3 % höher als im entsprechenden Vorjahresquartal. Im zweiten Quartal belief sich der Zuwachs auf 2,5 %.

Für das Gesamtjahr gehen aktuelle Prognosen davon aus, dass sich die gesamtwirtschaftliche Produktion im Jahr 2007 um 2,6 % im Vergleich zum Vorjahr erhöhen wird. Der Zuwachs würde damit nur geringfügig unter dem positiven Vorjahreswert

liegen. Allerdings bleibt abzuwarten, ob sich die derzeit durch die Immobilienkrise in den USA ausgelösten Turbulenzen kurzfristig dämpfend auf die wirtschaftliche Entwicklung auswirken.

Der Arbeitsmarkt profitiert weiterhin von der positiven konjunkturellen Entwicklung. Die Zahl der Erwerbstätigen lag Ende August um rd. 630.000 höher als im Vorjahr, die Wirtschaftsleistung wurde somit von knapp 39,8 Millionen Erwerbstätigen erbracht. Auch die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse ist gegenüber dem Vorjahr weiter gewachsen. Ihre Gesamtzahl stieg nach Schätzungen der Bundesagentur für Arbeit um über 520.000 und belief sich Ende Juni auf rd. 26,9 Millionen. Insbesondere dieser konjunkturell bedingte Aufbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung hat zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit unter die 4-Millionen-Grenze beigetragen. Ende August waren noch rd. 3,7 Millionen Menschen arbeitslos gemeldet. Das sind 666.000 weniger als im August letzten Jahres. Die Arbeitslosenquote reduzierte sich im August im Vorjahresvergleich um 1,7 Prozentpunkte und beträgt noch 8,8 %.

Abbildung 1: Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts 2003 bis 1. Halbjahr 2007



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Darstellung

Prognose für 2008

Für das Jahr 2008 bieten die vorliegenden Prognosen ebenfalls Anlass zu Optimismus. Sowohl die Bundesregierung als auch die Wirtschaftsforschungsinstitute gehen angesichts der nach wie vor vergleichsweise günstigen gesamtwirtschaftlichen

Rahmenbedingungen von einem weiteren Anstieg des Bruttoinlandsprodukts aus. Mit einem prognostizierten Zuwachs in Höhe von rd. 2,4 % würde das BIP in ähnlicher Größenordnung wachsen wie im laufenden Jahr. Für diese Einschätzung spricht, dass die Ausgangssituation für die Fortsetzung des wirtschaftlichen Aufschwungs, wie z.B. die weltwirtschaftliche Dynamik sowie die verbesserten Absatzperspektiven im Inland, weiterhin günstig ist.

**Risiken für
2008**

Allerdings dürfen mögliche Risiken für den weiteren Konjunkturverlauf nicht ausgeblendet werden. Hierzu zählen u.a. die nach wie vor bestehenden globalen Ungleichgewichte und die damit verbundene Gefahr einer weiteren Aufwertung des Euros, neuerliche Zinserhöhungen der Europäischen Zentralbank auf Grund anhaltender bzw. sich verstärkender Inflationsdifferenzen im Euro-Raum sowie ein weiterer Anstieg der Rohstoffpreise.

b) Die wirtschaftliche Lage in Hessen

**Rückblick
auf 2006**

Hessens Wirtschaft verzeichnete im Jahr 2006 nach den vorläufigen Zahlen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ den stärksten Anstieg des BIP seit dem Jahr 2000. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich das hessische Bruttoinlandsprodukt um 2,1 %, blieb damit aber hinter dem mittlerweile auf +2,9 % nach oben korrigierten Bundesdurchschnitt zurück. Gestützt wurde die Konjunktur insbesondere von den Bereichen „Produzierendes Gewerbe“ und „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen“.

Der sich zum jetzigen Zeitpunkt ergebende Abstand zum Bundesdurchschnitt ist u.a. darauf zurückzuführen, dass Hessen auf Grund seiner dienstleistungsorientierten Wirtschaftsstruktur nicht in dem Maße von dem insbesondere vom Verarbeitenden Gewerbe getragenen Wirtschaftswachstum profitieren konnte. Daneben ist allerdings darauf hinzuweisen, dass die länderspezifischen BIP-Daten – vor allem wenn es sich um eine relativ frühe Schätzung handelt – erheblichen Unsicherheiten unterliegen, die im Zeitablauf oftmals umfangreiche Korrekturen der Länderdaten erforderlich machen.

Wie im Bundesgebiet profitierte auch der hessische Arbeitsmarkt im vergangenen Jahr vom konjunkturellen Aufschwung. Die Zahl der Erwerbstätigen in Hessen stieg im Jahresdurchschnitt 2006 um 16.000 Personen oder 0,5 % auf über 3,043 Millionen und damit so stark wie zuletzt im Jahr 2001. Gleichzeitig ging die Zahl der Arbeitslosen auf Grund einer zunehmenden Arbeitskräftenachfrage zurück. Im Jahresverlauf waren 284.200 Personen arbeitslos gemeldet, 4,2 % weniger als im Jahr

2005. Die Arbeitslosenquote sank gegenüber dem Vorjahr um 0,5 % und belief sich im Durchschnitt des Jahres 2006 auf 9,2 %. Sie lag damit weiterhin deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 10,8 %.

**Hessische
Arbeitspro-
duktivität
wie immer
Spitze!**

Bei der Arbeitsproduktivität, die das Verhältnis von realem BIP zur Zahl der Erwerbstätigen wiedergibt und damit ein Indikator für die Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft darstellt, konnte Hessen im Jahr 2006 seine bereits „traditionelle“ Spitzenposition unter den Flächenländern sogar noch weiter ausbauen. Mit einem Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigem in Höhe von rd. 67.100 Euro belegt es nach wie vor mit deutlichem Abstand vor Bayern (rd. 63.900 Euro) und Baden-Württemberg (rd. 62.000 Euro) den ersten Platz unter den Flächenländern.

**Entwicklung
in 2007**

Die „Konjunkturprognose Hessen 2007“, die vom Hessischen Statistischen Landesamt in Zusammenarbeit mit der IHK Arbeitsgemeinschaft Hessen und der Arbeitsgemeinschaft der Hessischen Handwerkskammern im Dezember 2006 vorgelegt wurde, ging für das Jahr 2007 von einem leichten Wachstumsvorsprung Hessens (1,7 %) gegenüber dem Bundesdurchschnitt (1,4 %) aus.

Da die Prognose zu diesem Zeitpunkt noch nicht die unerwartet günstige wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 2006 berücksichtigen konnte, wurde diese zwischenzeitlich einer Revision unterzogen. Danach wird davon ausgegangen, dass das hessische Wachstum die noch im Dezember 2006 geschätzte Veränderungsrate übertreffen wird. Ob und inwieweit allerdings das hessische Wachstum über dem Bundesdurchschnitt liegen wird, bleibt mit Blick auf die besondere Rolle des Verarbeitenden Gewerbes als Wachstumsmotor sowie auf etwaige dämpfende Effekte als Folge der US-Immobilienkrise, von der Hessen als zentraler Bankenplatz in Deutschland vermutlich besonders betroffen wäre, abzuwarten.

**Arbeitslo-
sigkeit geht
deutlich
zurück**

Die Fortsetzung der positiven konjunkturellen Entwicklung im Jahr 2007 findet auf dem Arbeitsmarkt ihren Niederschlag. Im August 2007 waren hessenweit rd. 235.700 und damit knapp 43.000 Menschen weniger arbeitslos gemeldet als im gleichen Vorjahresmonat. Die Arbeitslosenquote sank von 9,0 % auf 7,6 %. Der Rückgang der Zahl der Arbeitslosen fiel dabei mit -15,4 % erfreulicherweise etwas stärker aus als im Bundesdurchschnitt (-15,2 %). Gleichzeitig hat sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den vergangenen Monaten stetig auf mittlerweile 2.128.000 Personen erhöht.

c) *Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung im Finanzplanungszeitraum*

**Gesamtwirtschaftliche
Projektion
der Bundes-
regierung**

Grundlage der Finanzplanung ist die gesamtwirtschaftliche Projektion der Bundesregierung vom Frühjahr dieses Jahres, die auch die Grundlage der Mai-Steuerschätzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ bildet. Die Bundesregierung geht darin davon aus, dass die Rahmenbedingungen für eine Fortsetzung des wirtschaftlichen Aufschwungs angesichts einer weiterhin hohen Investitionstätigkeit sowie einer intakten weltwirtschaftlichen Dynamik in den Jahren 2007 und 2008 günstig bleiben. Sie rechnet vor diesem Hintergrund damit, dass die deutsche Wirtschaft im Jahr 2007 mit einem Zuwachs des BIP in Höhe von 2,3 % und im Jahr 2008 mit einem weiteren Wachstum des BIP in Höhe von 2,4 % ihren Aufschwung fortsetzen wird.

Mittelfristig, d.h. für den gesamten Finanzplanungszeitraum, unterstellt die Bundesregierung in ihrer Prognose, dass das reale BIP pro Jahr um $1\frac{3}{4}$ % steigen wird. Als wesentliche Impulsgeber werden die starke weltwirtschaftliche Dynamik, verbesserte Absatzperspektiven im Inland, relativ niedrige Nominalzinsen, ein stabiles Preisniveau, weitere Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit durch anhaltende Restrukturierung sowie eine moderate Lohnstückkostenentwicklung aufgeführt. Weiterhin unterstellt die Bundesregierung, dass die Beschäftigung mit rd. einer Million Erwerbstätigen deutlich ausgeweitet wird und die Zahl der registrierten Arbeitslosen etwas stärker zurückgeht als die Zahl der Beschäftigten ansteigt.

**Notwendige
Struktur-
reformen
nicht aus dem
Blick verlieren**

Trotz der damit kurz- und mittelfristig insgesamt erfreulichen konjunkturellen Ausgangslage sollte nicht aus dem Blick geraten, dass es zur dauerhaften Absicherung der höheren Wachstumsdynamik weiterer Strukturreformen bedarf. Gerade Zeiten relativer wirtschaftlicher Prosperität bieten dabei die besten Voraussetzungen dafür, die erforderlichen Maßnahmen durchzusetzen.

Einen ersten wichtigen Reformschritt stellt hierbei die Anfang 2008 in Kraft tretende und von Hessen maßgeblich gestaltete Unternehmensteuerreform dar, die zu einer deutlichen Verbesserung der steuerlichen Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland führen wird. Daneben sind weitere Reformen vor allem auf dem Arbeitsmarkt und im Gesundheitswesen unabdingbar. Auf dem Arbeitsmarkt bedürfen neben dem Abbau weiterer struktureller Beschäftigungshindernisse immer vordringlicher die Fragen einer verbesserten Qualifizierung von (älteren) Arbeitslosen sowie die dauerhafte Deckung des Fachkräftebedarfs der Unternehmen einer Lösung. Im Gesundheitswesen bleibt eine Reform dringlich, die zu einer durchgreifenden Entkoppelung der Gesundheits- von den Arbeitskosten führt.

Zudem muss es das Ziel der derzeit diskutierten Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen sein, den bereits mit der ersten Stufe der Föderalismusreform eingeschlagenen Weg einer Entflechtung von Bund und Ländern sowie einer Stärkung der Eigenstaatlichkeit und Eigenverantwortung der Länder weiter zu beschreiben. Nur auf diese Weise kann der föderale Bundesstaat auf die sich permanent ändernden und weiter wachsenden Herausforderungen in Folge der Globalisierung vorbereitet werden.

2. Finanzwirtschaftliche Rahmendaten

a) *Finanzpolitische Ausgangssituation*

Konjunktureller Aufschwung führt zu steigenden Steuereinnahmen

Die konjunkturelle Dynamik hat zusammen mit den von Bund und Ländern in den vergangenen Jahren verabschiedeten Maßnahmen zur Stärkung der staatlichen Einnahmenbasis zu wachsenden Steuereinnahmen geführt. Mit einem Zuwachs im ersten Halbjahr 2007 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in Höhe von 13,9 % setzt sich hierbei die positive Entwicklung des vergangenen Jahres weiter fort. Für das Gesamtjahr 2007 besteht angesichts dieses Ergebnisses die berechtigte Hoffnung, dass die im Rahmen der Mai-Steuerschätzung 2007 prognostizierten Mehreinnahmen gegenüber der Novembersteuerschätzung 2006 in Höhe von 20,2 Mrd. Euro für die öffentliche Hand zumindest erreicht und möglicherweise sogar noch übertroffen werden können.

Defizit der öffentlichen Haushalte in 2007 nur noch bei rd. 0,5 %

Als Folge der günstigen Entwicklung auf der Einnahmenseite sowie der restriktiven Ausgabenpolitik der öffentlichen Gebietskörperschaften in den vergangenen Jahren gehen die Finanzierungsdefizite der öffentlichen Haushalte deutlich schneller zurück als noch im letzten Jahr erwartet (vgl. hierzu auch Abbildung 2). Lag der Anteil des staatlichen Defizits am Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2005 noch bei mittlerweile korrigierten 3,4 %, konnte im vergangenen Jahr mit einem Wert von 1,6 % erstmals seit vier Jahren wieder die durch den Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgegebene Defizitgrenze in Höhe von 3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) eingehalten werden. In diesem Jahr dürfte die Defizitquote sogar auf nur noch rd. 0,5 % des BIP sinken.

Strukturell ausgeglichener Staatshaushalt in 2010

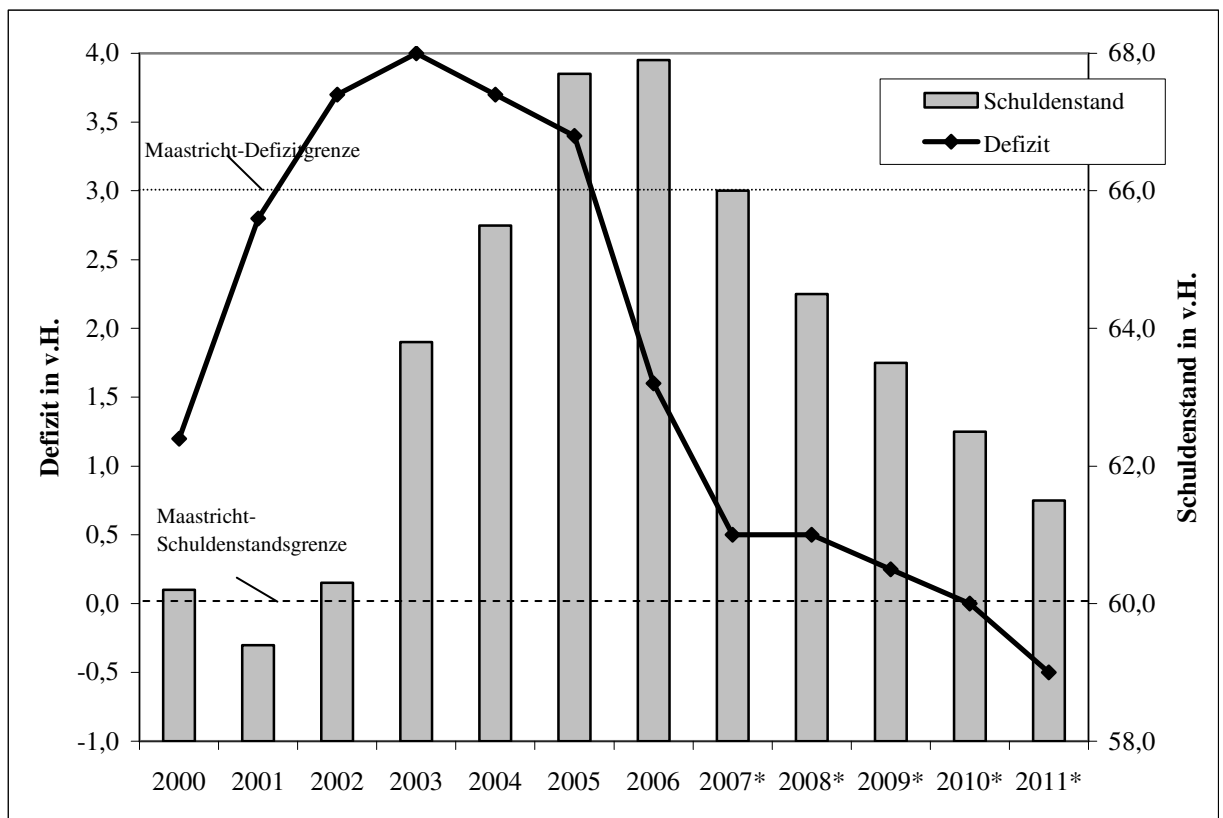
Mittelfristig ist die deutsche Finanzpolitik auf eine weitere Konsolidierung der öffentlichen Haushalte angelegt mit dem Ziel, spätestens bis zum Jahr 2010 einen strukturell ausgeglichenen Staatshaushalt und im Jahr 2011 sogar einen positiven Finanzierungssaldo zu erreichen. Der Bund beabsichtigt dabei, im Jahr 2011 einen Haushalt ohne Neuverschuldung vorzulegen. Allerdings darf hierbei nicht überse-

hen werden, dass dies in den kommenden Jahren nach wie vor die Veranschlagung von erheblichen Veräußerungserlösen in Höhe von kumuliert fast 30 Mrd. Euro erforderlich macht. Diese werden sich im Jahr 2011 immer noch auf rd. 6 Mrd. Euro belaufen.

Auch die Schuldenstandsquote sinkt

Die sinkenden öffentlichen Defizite sowie das höhere Wirtschaftswachstum führen dazu, dass mittlerweile auch bei der Schuldenstandsquote der seit dem Jahr 2001 zu beobachtende negative Trend der vergangenen Jahre durchbrochen werden konnte. Nach 67,9 % im Jahr 2006 wird sie im Jahr 2007 voraussichtlich wieder leicht auf 66 % des BIP sinken. Bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums ist ein weiterer Rückgang auf 61½ % des BIP möglich. Allerdings würde damit das zweite Maastricht-Kriterium, nach dem der Anteil der Schulden am BIP 60 % nicht übersteigen darf, weiterhin – wenn auch nur noch leicht – überschritten.

Abbildung 2: Die Entwicklung der Stabilitätskriterien 2000 bis 2011



* Schätzung

Konsolidierungsstrategie der vergangenen Jahre war erfolgreich

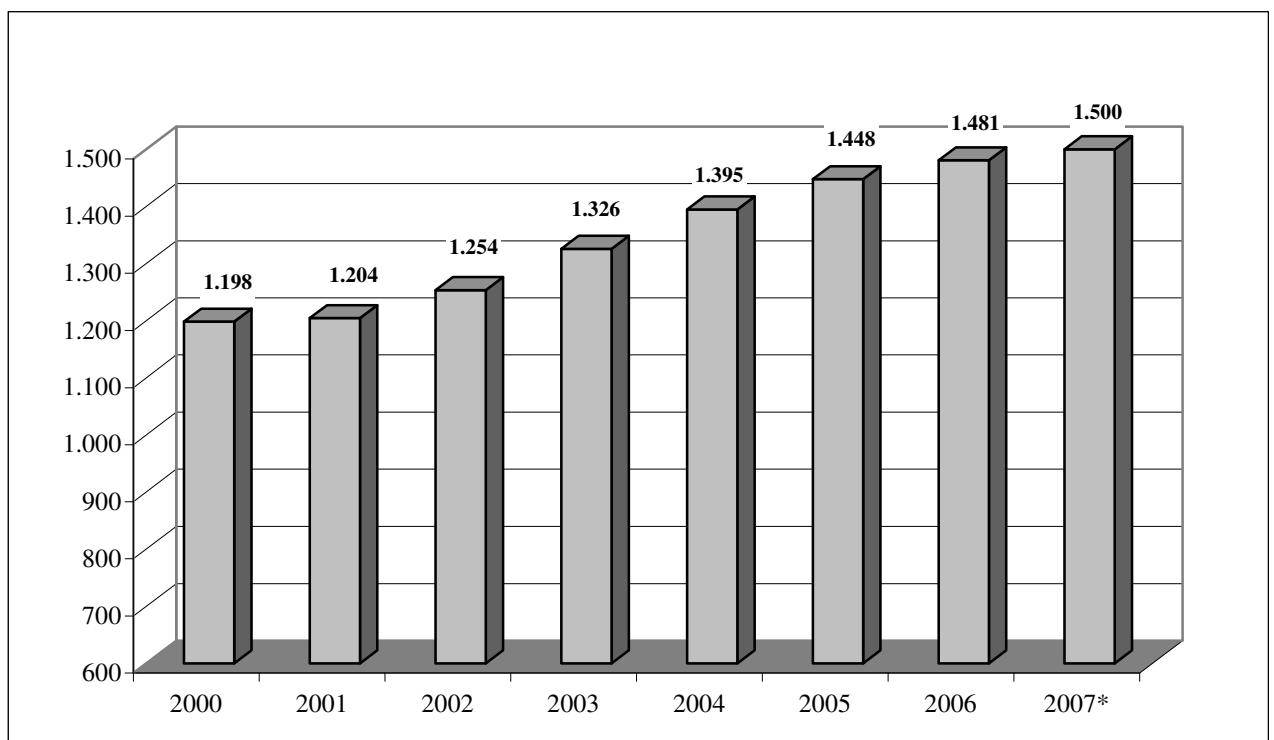
Diese insgesamt erfreuliche Entwicklung zeigt, dass es zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte – neben einer restriktiven Ausgabenpolitik – insbesondere eines dauerhaft höheren Wirtschaftswachstums bedarf. Die von der Landesregierung auf Bundesebene unterstützte und auch auf Landesebene verfolgte Strategie,

nicht nur einseitig auf Konsolidierungsmaßnahmen zu setzen, sondern gleichzeitig durch gezielte Impulse auch zur Stärkung von Wachstum und Beschäftigung beizutragen, wird hierdurch bestätigt.

Schuldenstand bleibt jedoch drückend

Trotz dieser deutlich verbesserten Ausgangslage bleibt das Faktum einer drückenden Schuldenlast, die auf den öffentlichen Haushalten ruht und die in den nächsten Jahren zunächst sogar noch weiter ansteigen wird. Die öffentliche Verschuldung schränkt dabei nicht nur immer weiter die finanzpolitischen Gestaltungsspielräume ein, sondern sie stellt auch eine schwere Hypothek für künftige Generationen dar. Wie in der nachfolgenden Abbildung 3 dargestellt, haben sich die Schulden von Bund, Ländern und Kommunen von rd. 1.200 Mrd. Euro Ende 2000 bis Ende 2006 auf rd. 1.480 Mrd. Euro erhöht. Im Jahr 2007 droht der Schuldenstand voraussichtlich erstmals die 1,5 Billionen-Grenze zu überschreiten.

Abbildung 3: Die Entwicklung des Schuldenstands der öffentlichen Gebietskörperschaften (in Abgrenzung der Finanzstatistik) 2000 bis 2007



* Schätzung

Günstiges konjunkturelles Umfeld zur weiteren Konsolidierung nutzen

Vor diesem Hintergrund sowie zur Absicherung der bis 2011 angestrebten Konsolidierungsziele ist es unabdingbar, dass das derzeit günstige gesamtwirtschaftliche Umfeld für eine weitere Konsolidierung der öffentlichen Haushalte genutzt wird. Dies ist auch deshalb alternativlos, weil nicht ausgeschlossen werden kann, dass

sich die derzeit vergleichsweise günstigen mittelfristigen Einnahmenperspektiven auf Grund einer Vielzahl von Unsicherheiten über die weitere wirtschaftliche Entwicklung – wie die Erfahrungen der vergangenen Jahre gezeigt haben – als zu optimistisch erweisen können.

Neue Maßnahmen nur bei Entlastung an anderer Stelle

Die Finanzminister von Bund und Ländern haben nicht zuletzt deshalb im einvernehmlichen Beschluss des Finanzplanungsrates vom 20.06.2007 deutlich gemacht, dass aus ihrer Sicht neue, langfristig öffentliche Finanzmittel bindende Maßnahmen grundsätzlich nur dann in Angriff genommen werden dürfen, wenn sie durch Entlastungen an anderer Stelle des jeweiligen Haushalts abgesichert werden. Andernfalls drohen die öffentlichen Haushalte im Konjunkturabschwung erneut in die Schuldenfalle der vergangenen Jahre zu geraten. Zudem sind sie der Auffassung, dass der eng begrenzte Spielraum für zusätzliche Ausgaben vorrangig für zukunftsorientierte und wachstumsstärkende Investitionen genutzt werden muss.

b) Eckpunkte der Kommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung II

Föderalismusreform II soll ...

Im Dezember 2006 haben Bundesrat und Bundestag eine Kommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung (II) eingesetzt. Die Föderalismuskommission II, die im März dieses Jahres unter dem Vorsitz des Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Peter Struck und des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Günther Oettinger die Arbeit aufgenommen hat, soll Reformansätze für die Modernisierung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern erarbeiten. Dieser Themenbereich war bei der im September 2006 in Kraft getretenen ersten Stufe der Föderalismusreform weitgehend ausgeklammert worden.

... zur weiteren Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen führen

Das Ziel der Kommission besteht darin, die Bund-Länder-Finanzbeziehungen an die veränderten Rahmenbedingungen inner- und außerhalb Deutschlands, insbesondere für die Wachstums- und Beschäftigungspolitik, anzupassen. Die Kommission soll dabei Vorschläge erarbeiten, die dazu führen, die Eigenverantwortung der Gebietskörperschaften und ihre aufgabenadäquate Finanzausstattung zu stärken.

Schwerpunkte der Kommissionsarbeit

Schwerpunktmäßig setzt sich die Kommission dabei mit den folgenden Themenkomplexen auseinander:

- Vorbeugung von Haushaltskrisen, Einführung eines Frühwarnsystems und Verschärfung der bestehenden Verschuldungsgrenzen
- Bewältigung bestehender Haushaltskrisen

- Aufgabenkritik und Standardsetzungen
- Entbürokratisierung und Effizienzsteigerung unter anderem durch die Entflechtung von Aufgaben in der öffentlichen Verwaltung
- Stärkung der Eigenverantwortung von Bund und Ländern

Aus praktischen Gründen wurden diese Themen in zwei „Körbe“ aufgeteilt. Korb I befasst sich mit den Finanzthemen, Korb II enthält die Verwaltungsthemen.

Zu den Finanzthemen fand am 22. Juni 2007 eine sehr ausführliche und aufschlussreiche Anhörung von Sachverständigen statt, die als Grundlage und Impulsgeber für die weitere Kommissionsarbeit dienen soll. Im November dieses Jahres folgt eine weitere Sachverständigenanhörung zu den Verwaltungsthemen.

Schnelle und konfliktfreie Lösungen nicht zu erwarten

Die Große Koalition beabsichtigt, die Föderalismusreform II bis zum Ende der Legislaturperiode im Jahr 2009 zu verabschieden. Bis dahin sind allerdings noch arbeitsreiche und schwierige Einigungsprozesse durchzuführen. Mit einer schnellen und konfliktfreien Lösung der komplexen Fragestellungen zu den föderalen Finanzbeziehungen dürfte daher nicht zu rechnen sein. Die größte Herausforderung für die Kommissionsarbeit besteht darin, einen Ausgleich zwischen den höchst unterschiedlichen Interessenlagen von Bund und Ländern, west- und ostdeutschen Ländern, Flächenländern und Stadtstaaten und den finanzstarken und finanzschwachen Ländern herbeizuführen.

Hessen gegen Ausweitung der Umverteilungsintensität im Finanzausgleich

Hessen setzt sich im Rahmen der Reform insbesondere für eine Stärkung der Länderautonomie als notwendiges Surrogat für die von Hessen ebenfalls befürwortete Einschränkung der Verschuldungsmöglichkeiten ein. Entschieden wendet sich das Land jedoch gegen Forderungen, die darauf abzielen, die Umverteilungsintensität im Finanzausgleich weiter zu erhöhen und die Eigenverantwortlichkeit der Länder deutlich reduzieren.

II. Der Hessische Landeshaushalt

1. Rückblick auf den Haushalt 2006

Haushalt 2006 im Zeichen der konjunkturellen Belebung

Das Haushaltjahr 2006 wurde durch die unerwartet starke konjunkturelle Belebung geprägt. Die sich hieraus im Jahresverlauf ergebenden Steuermehreinnahmen ermöglichten es, Neuverschuldung und Finanzierungsdefizit im Landeshaushalt im

Vergleich zu den Sollansätzen 2006 deutlich abzusenken. Die sich bereits im Jahr 2005 andeutende Trendwende bei der Neuverschuldung setzte sich damit im Jahr 2006 in verstärktem Maße fort.

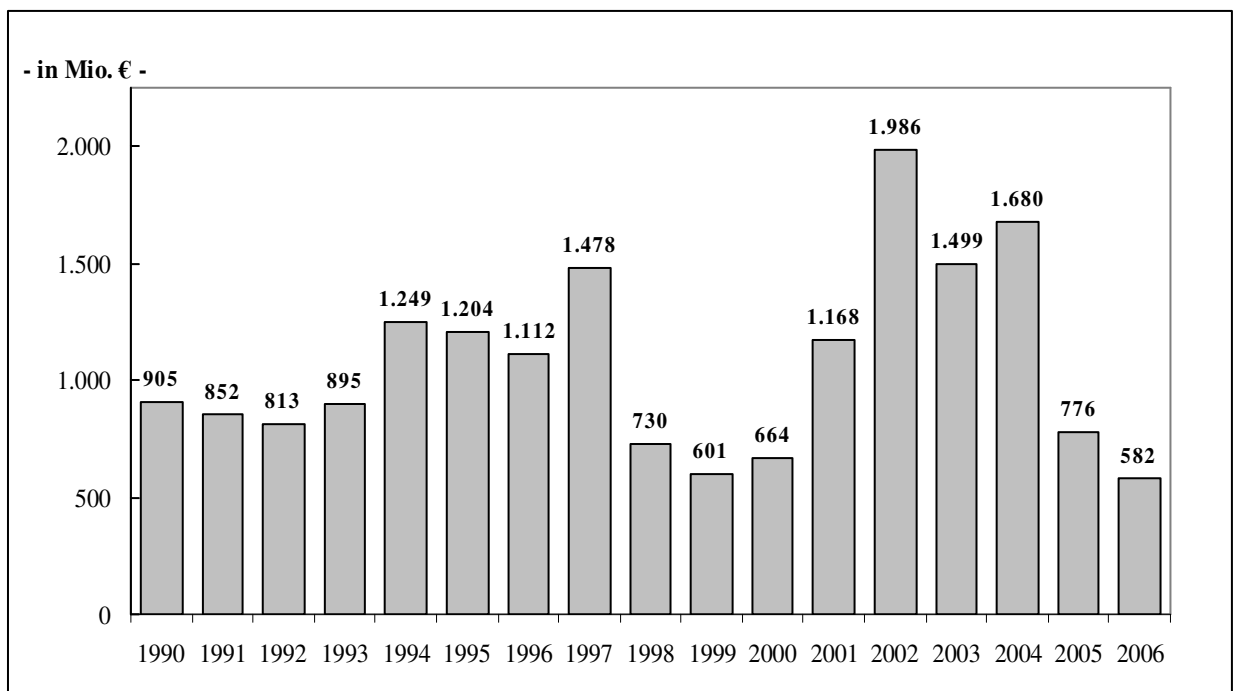
Nettokreditaufnahme wurde im Nachtrag um 465 Mio. Euro gesenkt

Der ursprüngliche, noch durch ein mäßiges Steueraufkommen geprägte Haushalt 2006 sah eine Nettokreditaufnahme in Höhe von 1.346 Mio. Euro vor. Die günstige Einnahmenentwicklung, die insbesondere auf markante Zuwächse bei den gewinnabhängigen Steuern zurückzuführen war, gab Anlass zur Vorlage eines Nachtragshaushalts, mit dem die Neuverschuldung des Landes gegenüber dem Soll um insgesamt 465 Mio. Euro auf 880,5 Mio. Euro abgesenkt werden konnte.

Kreditaufnahme sinkt im Haushaltsvollzug auf niedrigstes Niveau seit 1990

Eine bis zum Jahresende anhaltend positive Steuerentwicklung sowie zusätzliche Minderausgaben gegenüber den Ansätzen des Nachtragshaushalts ermöglichten es, die Nettokreditaufnahme im Haushaltsvollzug um weitere knapp 300 Mio. Euro abzusenken. Mit einer zusätzlichen Schuldenaufnahme in Höhe von nur noch 582 Mio. Euro schloss der Haushalt 2006 mit der niedrigsten Neuverschuldung seit dem Jahr 1990 ab (vgl. Abbildung 4.).

Abbildung 4: Die Entwicklung der Nettokreditaufnahme Hessens 1990 bis 2006



Land trifft Vorsorge für künftige Belastungen

Besonders bemerkenswert ist, dass in diesem sehr guten Ergebnis bereits zwei wichtige Vorsorgemaßnahmen für absehbare Belastungen kommender Haushalte enthalten sind, ohne die die Nettokreditaufnahme noch niedriger ausgefallen wäre: So wurden zur Abdeckung von zu erwartenden zusätzlichen Belastungen aus dem Län-

derFinanzausgleich für das Jahr 2007 250 Millionen Euro und als Vorsorgebetrag für die Auswirkungen der Unternehmensteuerreform im Jahr 2008 200 Millionen Euro Rücklagen gebildet. Das Finanzierungsdefizit, das als Differenz zwischen bereinigten Einnahmen und bereinigten Ausgaben diese Rücklagenbewegungen ausblendet, belief sich auf nur 187,5 Mio. Euro und erreichte damit den niedrigsten Wert seit dem Jahr 1972.

2. Der Haushaltsvollzug 2007

Ausgaben im Haushalt 2007 ohne LFA und KFA liegen unter Vorjahresniveau

Mit dem Haushalt 2007 setzt die Landesregierung ihren Konsolidierungskurs der vergangenen Jahre konsequent fort. Zwar weist der laufende Haushalt mit einem Planwert für die Neuverschuldung in Höhe von 826 Mio. Euro im Vergleich zum Ist 2006 wieder eine höhere Neuverschuldung aus. Dies ist allerdings – neben 90 Mio. Euro höheren Investitionsausgaben – insbesondere darauf zurückzuführen, dass die im Haushalt 2007 veranschlagten Einnahmen aus der Veräußerung von Landesimmobilien im Rahmen des LEO-Programms um rd. 370 Mio. Euro unter den tatsächlichen Einnahmen des Jahres 2006 liegen. Hinzu kommt, dass die im Haushalt angesetzten Steuermehreinnahmen gegenüber dem Ist 2006 in Höhe von rd. 436 Mio. Euro durch steigende Belastungen des Landes im Länderfinanzausgleich (+ 210 Mio. Euro) sowie insbesondere durch einen deutlich höheren Kommunalen Finanzausgleich, der sich um 400 Mio. Euro (+15,7 %) erhöht, überkompensiert werden. Die Fortsetzung des Konsolidierungskurses des Landes findet zudem ihren Niederschlag darin, dass die bereinigten Ausgaben – ohne die Belastungen des Landes in den Finanzausgleichssystemen – um rd. 130 Mio. Euro unter den Ist-Ausgaben des Jahres 2006 liegen.

Bisheriger Jahresverlauf durch steigende Steuereinnahmen geprägt

Der bisherige Jahresverlauf ist insbesondere durch eine weiterhin konjunkturell bedingte, deutlich günstigere Entwicklung der Steuereinnahmen geprägt. Bei allen aufkommensstarken Steuern sind zum jetzigen Zeitpunkt zum Teil deutliche Zuwächse gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Bis Ende August lagen die Steuereinnahmen des Landes um 18,6 % über den Einnahmen des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Mit den steigenden Steuereinnahmen korrespondiert allerdings eine starke Ausweitung der Zahlungsverpflichtungen des Landes im Länderfinanzausgleich, die im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 58 % zunahm. Damit hat Hessen bereits Ende August 2007 knapp 100 Mio. Euro mehr in den bundesstaatlichen Solidarausgleich eingezahlt als im Gesamtjahr 2006.

Insgesamt merklich besseres Steuerergebnis zu erwarten

Trotz dieser zusätzlichen Belastung des Landes kann nach derzeitigem Kenntnisstand davon ausgegangen werden, dass die Steuereinnahmen am Jahresende deutlich über dem Sollansatz liegen werden. Ob allerdings die im Rahmen der Mai-Steuerschätzung 2007 für den Landeshaushalt prognostizierten Mehreinnahmen (nach LFA) in Höhe von rd. 760 Mio. Euro auch tatsächlich realisiert werden können, wird insbesondere von der weiteren Entwicklung der Zahlungsverpflichtungen des Landes im Länderfinanzausgleich abhängen. Da sich das Steueraufkommen in Hessen bislang deutlich dynamischer entwickelt hat als in den anderen Ländern, muss zum jetzigen Zeitpunkt damit gerechnet werden, dass die Belastungen des Landes im Finanzausgleich weiter steigen und somit ein Teil der Mehreinnahmen abgeschöpft wird. Zudem muss – neben der weiteren konjunkturellen Entwicklung – abgewartet werden, ob und inwieweit die Auswirkungen der US Immobilienkrise in diesem Jahr auf die hessischen Steuereinnahmen durchschlagen.

Vor diesem Hintergrund können hinreichend belastbare Rückschlüsse auf das zu erwartende Jahressteuerergebnis erst nach Vorliegen der Ergebnisse des steuerstarken Monats September sowie der sich im Oktober anschließenden und im Dezember kassenwirksam werdenden Abrechnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs für die ersten drei Quartale 2007 gezogen werden.

Ausgabenseite weiterhin im Griff

Die Ausgabenseite des Landeshaushalts bleibt auch im Jahr 2007 im Griff. Mit Ausnahme des Länderfinanzausgleichs bewegen sich alle Ausgabenkomponenten in etwa im Rahmen ihrer Ansätze. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass in den Ansätzen für die Personalausgaben noch nicht alle für Ende des Jahres vorgesehenen Einmalzahlungen für die Landesbediensteten enthalten sind. Es ist geplant, diese Zusatzbelastungen in einem Nachtragshaushalt zu verankern.

Nettokreditaufnahme 2007 voraussichtlich unter Sollansatz

Insgesamt lässt die Entwicklung der Steuereinnahmen aus heutiger Sicht im Haushaltsvollzug eine moderate Absenkung der Nettokreditaufnahme gegenüber dem bisherigen Ansatz erwarten – sofern die vorgenannten Risikofaktoren keine merkliche Adjustierung erzwingen.

3. Der Haushaltsentwurf 2008

**Haus-
halt 2008:
Gleichklang
zwischen
Konsolidie-
rung und
Investitionen**

Die Aufstellung des Haushalts 2008 erfolgt im Spannungsfeld von dynamisch wachsenden Steuereinnahmen, weiter steigenden Zahlungsverpflichtungen des Landes in den Finanzausgleichssystemen, dem bestehenden Investitionsbedarf zur Sicherung der Zukunftschancen des Landes sowie dem Auslaufen von Einmalmaßnahmen im Einnahmebereich. Mit dem am 03.09.2007 von der Landesregierung beschlossenen Entwurf für den Haushaltsplan 2008 setzt die Landesregierung ihren finanzpolitischen Kurs der Zukunftsorientierung und der Verlässlichkeit unter strikter Berücksichtigung des Konsolidierungsziels fort.

Neben der Rückführung der Neuverschuldung nutzt die Landesregierung dabei die positiven gesamtwirtschaftlichen und finanzpolitischen Rahmenbedingungen zusätzlich zur Finanzierung weiterer Anstrengungen in den Schwerpunktbereichen „Bildung“, „Wissenschaft und Forschung“, „Wirtschaft und Verkehr“ sowie „Innere Sicherheit“. Daneben erreicht die Landesregierung mit dem Haushalt 2008 einen weiteren Meilenstein beim Zukunftsthema „Ausbau des Kinderbetreuungsangebots“ und setzt mit dem erstmals veranschlagten „CO₂-Verminderungsprogramm“ für vom Landesbetrieb „Hessisches Immobilienmanagement“ betreute Immobilien auch beim Thema „Klimaschutz“ einen deutlichen Akzent.

**Steigenden
Steuerein-
nahmen ste-
hen...**

Kennzeichnend für den Haushalt 2008 auf der Einnahmenseite ist der deutliche Anstieg der Steuereinnahmen, die sich auf Grund der günstigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen gegenüber den Sollansätzen des Jahres 2007 um rd. 1.760 Mio. Euro erhöhen. Diesen Mehreinnahmen stehen Mindereinnahmen in Höhe von 400 Mio. Euro gegenüber, die aus dem Auslaufen von Einnahmen aus der Veräußerung von Immobilien resultieren.

**... Mehraus-
gaben im
Finanzaus-
gleich und
auslaufende
Einmal-
maßnahmen gegen-
über**

Auf der Ausgabenseite kommt es – korrespondierend mit den Steuermehreinnahmen – zu einem weiteren starken Aufwuchs der Zahlungsverpflichtungen des Landes in den Finanzausgleichssystemen. Diese erhöhen sich einschließlich steigender Zuweisungen an die Kommunen aus dem Grunderwerbsteueraufkommen sowie im Rahmen des Familienleistungsausgleichs um fast 800 Mio. Euro. Daneben schlagen insbesondere Mehrausgaben auf Grund der beschlossenen Besoldungs-, Versorgungs- und Tarifanpassung (rd. 134 Mio. Euro) sowie die Erhöhung der Zuführung zur Versorgungsrücklage zu Buche (rd. 72 Mio. Mio.).

**Nettokredit-
aufnahme
sinkt auf
681 Mio. Euro**

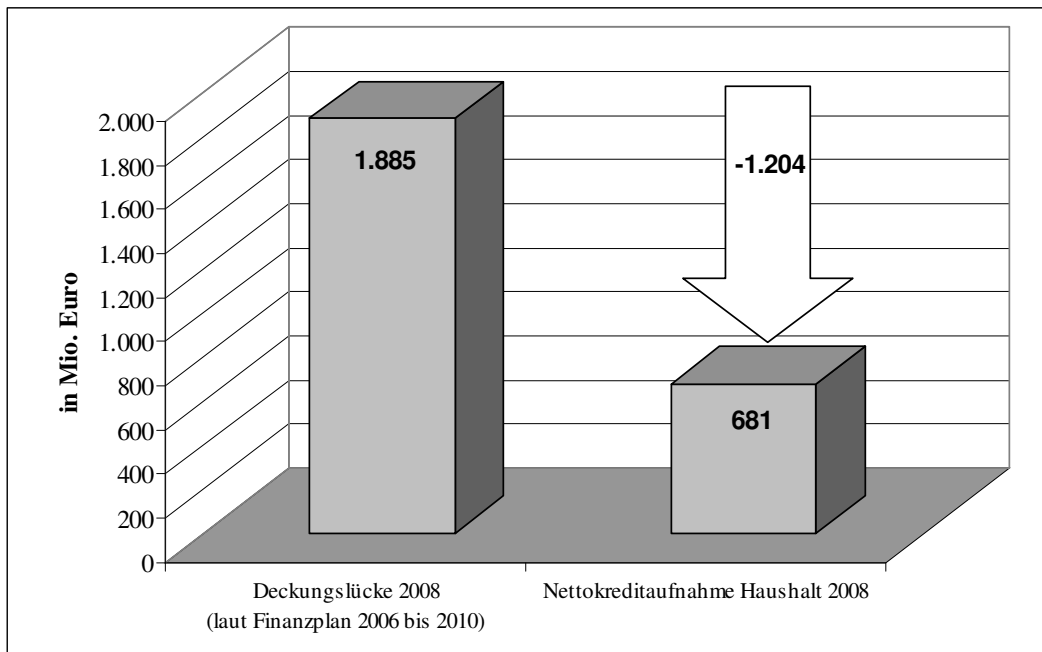
Die danach verbleibenden Mehreinnahmen nutzt das Land zu etwa 60 % für zusätzliche gezielte Investitionen in den Schwerpunktbereichen der Landespolitik. Rund 40 % der Mittel werden zur weiteren Absenkung der Neuverschuldung eingesetzt.

Die Nettokreditaufnahme des Haushalts 2008 liegt dabei mit 681,5 Mio. Euro um 145,0 Mio. Euro unter der des Haushalts 2007. Die sich aus Art. 141 HV ergebende Verfassungsgrenze für die Kreditaufnahme wie auch die enge hessische Selbstbindungsgrenze für die Neuverschuldung werden deutlich unterschritten.

**Strukturelle
Haushaltsver-
besserung in
Höhe von
1,2 Mrd. Euro**

Zur Einordnung der für das Jahr 2008 geplanten Nettokreditaufnahme muss zusätzlich berücksichtigt werden, dass die letztjährige Finanzplanung für das Jahr 2008 noch einen Handlungsbedarf in Höhe von 1.885 Mio. Euro vorsah, der sich aus einer erwarteten Nettokreditaufnahme in Höhe von 1.300 Mio. Euro sowie einem nicht aufgelösten Handlungsbedarf in Höhe von 585 Mio. Euro zusammensetzte. Mit dem vorliegenden Haushalt 2008 konnte damit – wie die nachfolgende Abbildung 5 zeigt – die noch im September des vergangenen Jahres ausgewiesene Deckungslücke um rd. 1,2 Mrd. Euro bzw. um nahezu zwei Drittel geschlossen werden.

Abbildung 5: Verringerung der Deckungslücke im Landeshaushalt 2008 gegenüber der Finanzplanung 2006 bis 2010



III. Der Finanzplan 2007 bis 2011

1. Die Grundlagen der Finanzplanung

a) *Rechtliche Grundlagen und Planungszeitraum*

**Rechtliche
Grundlagen**

Bund und Länder sind nach § 50 des Haushaltsgrundsätzegesetzes (HGrG) in Verbindung mit § 9 Abs. 1 und § 14 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StWG) verpflichtet, ihrer Haushaltswirtschaft eine fünfjährige Finanzplanung zu Grunde zu legen. In ihr ist darzustellen, welche Ausgaben die Regierung im mittelfristigen Zeitraum für erforderlich hält, wie diese gedeckt werden sollen und wie sich die voraussichtliche Haushaltsentwicklung in die erwartete gesamtwirtschaftliche Entwicklung einfügt. Die Finanzplanung ist nach § 9 Abs. 3 StWG jährlich durch Fortschreibung an die veränderten gesamtwirtschaftlichen Bedingungen und Erfordernisse anzupassen. Nach § 31 der Hessischen Landeshaushaltsordnung wird der Finanzplan von dem Minister der Finanzen aufgestellt und von der Landesregierung beschlossen. Er ist dem Hessischen Landtag zur Kenntnis vorzulegen.

**Planungszeit-
raum**

Die vorliegende Finanzplanung erstreckt sich auf die Jahre 2007 bis 2011. Ausgangspunkt sind die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben des Haushalts 2007. Das Jahr 2008 weist den am 3. September 2007 von der Landesregierung beschlossenen Entwurf des Haushaltsplans aus. Der eigentliche Finanzplanungszeitraum umfasst somit die Jahre 2009 bis 2011. Die Landesregierung hat den Finanzplan am 17. September 2007 beschlossen.

b) *Aufgabe der Finanzplanung*

**Planungsin-
strument ohne
Vollzugsver-
bindlichkeit**

Im Unterschied zum Haushaltsplan, der förmlich im Gesetzgebungsverfahren verabschiedet wird, stellt die von der Landesregierung zu beschließende mittelfristige Finanzplanung ein Planungs- und Informationsinstrument dar, der keine unmittelbare Vollzugsverbindlichkeit folgt. In ihr wird dargelegt, wie sich die finanzielle Situation des Landes im jeweiligen Planungszeitraum unter den gegenwärtig herrschenden und künftig absehbaren Rahmenbedingungen voraussichtlich entwickeln wird. Sie hat damit die Funktion einer Orientierungshilfe, die die Regierung sowie das Parlament bei ihren Entscheidungen über die Übernahme neuer Aufgaben, die Fortführung bereits laufender Maßnahmen und Programme oder deren Beendigung unterstützen soll.

**Mittelfristige
Absicherung
der Haus-
haltspolitik**

Durch den Ausweis finanzwirtschaftlicher Eckdaten und Kennzahlen sowie durch die Formulierung entsprechender Zielvorstellungen, kann die Finanzplanung Erwartungen an künftige Haushalte beeinflussen, Fehleinschätzungen vorbeugen und die Auswirkungen finanzwirksamer Beschlüsse auf den im Planungszeitraum insgesamt zur Verfügung stehenden Finanzrahmen aufzeigen. Sie trägt auf diese Weise zu einer mittelfristigen Absicherung der Haushaltspolitik und der Aufgabenplanung bei. Dabei gilt jedoch, dass die Umsetzung der in der Finanzplanung ausgewiesenen Eckdaten jeweils nur im Zuge des Haushaltsgesetzgebungsverfahrens erfolgen kann.

**Momentauf-
nahme der
Finanzsituati-
on des Landes**

Trotz ihrer mittelfristigen Orientierung handelt es sich bei dem Zahlenwerk immer um eine Momentaufnahme der Finanzsituation des Landes, die jeweils vom gegenwärtig überschaubaren Sach- und Rechtsstand ausgehen muss. Es kann daher auch nur solche Veränderungen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite abbilden, die sich aus heutiger Sicht bereits abzeichnen. Da jedoch sowohl die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Ziele als auch die finanz- und gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen einem ständigen Wandel unterliegen, besteht für die daran orientierten Planungen ein permanenter Anpassungsbedarf. Diesem wird durch die jährliche Fortschreibung der mittelfristigen Finanzplanung Rechnung getragen.

**Perspektiven
der Finanzpla-
nung**

Im Zuge der Einführung der Neuen Verwaltungssteuerung (NVS) sowie der damit verbundenen Umstellung der kameralen auf die doppelte Buchführung wird die bislang ausschließlich auf kameralen Daten basierende mittelfristige Finanzplanung in den kommenden Jahren schrittweise zu einer auf dem kaufmännischen Rechnungswesen fußenden mittelfristigen Finanz- und Entwicklungsplanung weiterentwickelt.

In der vorliegenden Finanzplanung wird wieder die finanzielle Ausstattung der Oberziele der Landesverwaltung im Finanzplanungszeitraum dargestellt und erläutert. Daneben wird erstmals zusätzlich zu den Personalausgaben auch die Entwicklung des Personalaufwands im Planungszeitraum ausgewiesen.

2. Finanzpolitische Ziele der Landesregierung

**Umfassende
Konsolidie-
rung des
Haushalts in
2008 noch
nicht erreicht**

Der in den letzten Jahren zu verzeichnende Rückgang der Nettoneuverschuldung darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine umfassende Konsolidierung des Landeshaushalts noch nicht erreicht ist. Davon könnte erst gesprochen werden, wenn das Land angesichts des positiven Konjunkturverlaufs in diesem wie auch im nächs-

ten Jahr Überschüsse bilden könnte, um ausreichend Vorsorge für den nächsten Abschwung zu treffen.

Die Bildung von Überschüssen ist angesichts der erheblichen finanziellen Verwerfungen der vergangenen Jahre, von denen Hessen auf Grund seiner Wirtschaftsstruktur in besonderer Weise betroffen war, zum jetzigen Zeitpunkt noch unrealistisch. Allerdings entbindet dies nicht von der Notwendigkeit, zusätzliche Anstrengungen zu unternehmen, um die Schuldenaufnahme in den kommenden Jahren weiter zu reduzieren und mittelfristig dauerhaft auf neue Schulden verzichten zu können. Gerade das günstige konjunkturelle Umfeld muss konsequent dazu genutzt werden, die in der Vergangenheit erreichten Konsolidierungserfolge abzusichern und auszubauen.

**Hessen strebt
spätestens
2011 Haushalt
ohne neue
Schulden an**

Es ist daher zentrales Ziel der Landesregierung, so früh wie möglich, spätestens jedoch im Jahr 2011 – und damit erstmals seit dem Jahr 1969 –, wieder einen Haushalt ohne Nettoneuverschuldung vorzulegen. Mit der Beendigung der Nettokreditaufnahme stoppt die Landesregierung den seit mehr als 40 Jahren bestehenden Trend, staatliche Ausgaben durch Schulden zu finanzieren und leistet damit einen erheblichen Beitrag zur Sicherung der Generationengerechtigkeit.

**Ausreichendes
Wirtschafts-
wachstum zur
Zielerrei-
chung erfor-
derlich**

Der Verzicht auf eine Neuverschuldung spätestens im Jahr 2011 stellt angesichts der sich bereits jetzt abzeichnenden zusätzlichen Anforderungen an den Landeshaushalt, wie etwa der weitere Ausbau der Kinderbetreuung, die nach wie vor notwendigen Verbesserungen im Bildungsbereich, die Umsetzung des Lissabon-Ziels, die Folgen des demografischen Wandels oder auch verstärkte Anstrengungen zur Verbesserung des Klimaschutzes ein ambitioniertes Ziel dar. Dabei werden die für die kommenden Jahre zu erwartenden Steuereinnahmen nicht ausreichen, um die immer noch bestehende strukturelle Lücke im Haushalt vollständig zu schließen. Es bedarf weiter einer sparsamen Haushaltsführung mit Eingriffen in die Struktur des Haushalts, keiner weiteren Belastungen durch die Bundespolitik und eines Wachstums der Wirtschaft in bisheriger Höhe, um das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts schnell zu erreichen.

**Landesregie-
rung investiert
weiter in die
Zukunft des
Landes**

Wie bisher setzt die Landesregierung auch im neuen Finanzplanungszeitraum nicht einseitig auf Konsolidierung. Sie hält vielmehr an ihrer auf zwei Pfeilern ruhenden Strategie zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Landes fest: Einerseits durch die konsequente Rückführung der Neuverschuldung finanzpolitische Handlungsspielräume zu bewahren, andererseits durch gezielte Investitionen in wichtige Zukunftsfelder den Lebens- und Wirtschaftsstandort Hessen weiter voranzubringen.

Daher führt die Landesregierung auch in den kommenden Jahren gezielt die Schwerpunktbereiche „Bildung“, „Wissenschaft und Forschung“, „Innere Sicherheit“ und „Wirtschaft und Verkehr“ verstärkt fort, um damit die Spitzenposition des Landes im Ländervergleich weiter zu festigen und auszubauen. Zusätzlich setzt sie deutliche Akzente beim Zukunftsthema „Ausbau des Kinderbetreuungsangebots“.

3. Gesamtüberblick

Die Entwicklung im Überblick

Grundlage der Finanzplanung 2007 bis 2011 sind differenzierte Einschätzungen der nach gegenwärtigem Sach- und Rechtsstand erwarteten mittelfristigen Entwicklungen einzelner Haushaltsansätze. In Tabelle 1 werden auf dieser Basis die bereinigten Gesamteinnahmen und -ausgaben, der Finanzierungssaldo sowie die Nettoneuverschuldung zusammengefasst, die sich auf Basis der unterstellten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen aller Voraussicht nach im Planungszeitraum ergeben werden.

Tabelle 1: Die Entwicklung von Gesamteinnahmen, Gesamtausgaben sowie Finanzierungssaldo und Nettokreditaufnahme

	Soll 2007	Entwurf 2008	2009	Planjahre 2010	2011
- in Mio. Euro -					
Gesamtausgaben (bereinigt)	19.552,3	21.023,6	21.525	21.771	22.070
<i>Veränderung in %</i>	(+ 2,5)	(+ 7,5)	(+ 2,4)	(+ 1,1)	(+ 1,4)
<u>ohne LFA</u>	17.147,3	18.223,6	18.600	18.701	18.865
<i>Veränderung in %</i>	(+ 1,6)	(+6,3)	(+ 2,1)	(+ 0,5)	(+ 0,9)
<u>ohne LFA und KFA</u>	14.199,5	14.929,3	15.008	15.127	15.173
<i>Veränderung in %</i>	(-0,9)	(+5,1)	(+0,5)	(+0,8)	(+0,3)
Gesamteinnahmen (bereinigt)	18.525,6	20.038,2	21.155	21.620	22.235
<i>Veränderung in %</i>	(- 1,9)	(+ 8,2)	(+ 5,6)	(+ 2,2)	(+ 2,8)
Finanzierungssaldo	- 1.026,7	- 985,5	- 370	- 151	+ 165
Nettokreditaufnahme	826,4	681,5	500	300	-

Ausgaben wachsen im Finanzplanungszeitraum moderat

Die bereinigten Gesamtausgaben steigen zwischen 2007 und 2011 von 19.552 Mio. Euro auf 22.070 Mio. Euro im Jahr 2011 an. Im Jahresdurchschnitt bedeutet dies eine Zuwachsrate von 3,1 % an. Der vergleichsweise starke Zuwachs ist vor allem

auf erhebliche Mehrbelastungen des Landes im Rahmen der Finanzausgleichssysteme zurückzuführen. Ohne die vom Land nicht zu beeinflussenden Zahlungsverpflichtungen im Länderfinanzausgleich erhöhen sich die Ausgaben von 17.147 Mio. Euro auf 18.865 Mio. Euro (+2,4 %). Werden zusätzlich die stark steigenden Belastungen des Landes im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs berücksichtigt – dieser wächst in den Jahren 2007 und 2008 mit jeweils deutlich zweistelligen Zuwachsraten –, dann beläuft sich der Anstieg der verbleibenden Ausgaben auf lediglich 1,7 %. In den eigentlichen Finanzplanungsjahren 2009 bis 2011 fällt die Ausgabenerhöhung (ohne LFA und KFA) mit durchschnittlich 0,5 % sogar noch niedriger aus. Dies zeigt, dass der von der Landesregierung angestoßene Konsolidierungskurs auch in den kommenden Jahren greift.

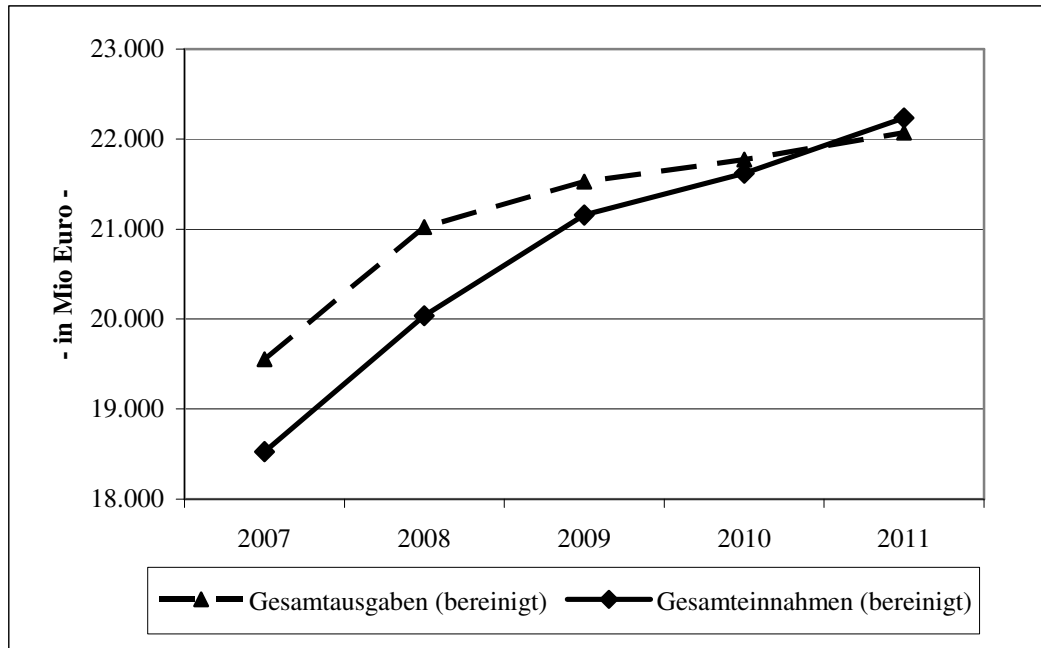
Bereinigte Einnahmen steigen durchschnittlich um 4,7 %

Die bereinigten Einnahmen erhöhen sich im Finanzplanungszeitraum insgesamt deutlich. Sie werden auf Basis der derzeitigen Einschätzung im Jahr 2011 um rd. 3,7 Mrd. Euro über dem Niveau des Jahres 2007 liegen. Im Durchschnitt der Finanzplanungsjahre wird damit ein Einnahmewachstum von jährlich 4,7 % unterstellt. Allerdings wird diese Einnahmesteigerung dadurch überzeichnet, dass die im Soll 2007 veranschlagten Steuereinnahmen noch auf der Steuerschätzung vom November 2006, die Steueransätze ab dem Jahr 2008 jedoch auf den Ergebnissen der deutlich günstigeren Mai-Steuerschätzung 2007 beruhen. Werden die hieraus zu erwartenden Mehreinnahmen im Jahr 2007 bereits jetzt bei den Einnahmen des Jahres 2007 berücksichtigt, dann reduziert sich die jahresdurchschnittliche Zuwachsrate der bereinigten Einnahmen um 1,6 Prozentpunkte auf dann 3,1 %.

Positiver Finanzierungssaldo im Jahr 2011

Da die Einnahmen des Landes mit Ausnahme des Jahres 2007 in allen Jahren des Finanzplanungszeitraums stärker steigen als die Ausgaben, schließt sich bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums die derzeit noch bestehende Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben (vgl. Abbildung 6). Das Defizit des Landes sinkt von rd. 986 Mio. Euro im Jahr 2008 auf 370 Mio. Euro im Jahr 2009 und auf nur noch rd. 150 Mio. Euro im Jahr 2010. Im Jahr 2011 wird das Land einen positiven Finanzierungssaldo ausweisen, der bei rd. 165 Mio. Euro liegen wird. Damit kann das Land erstmals seit 42 Jahren seine gesamten Ausgaben – einschließlich der Bildung zusätzlicher Rücklagen – durch laufende Einnahmen finanzieren und ist nicht mehr auf die Aufnahme neuer Kredite angewiesen.

Abbildung 6: Die Entwicklung der bereinigten Einnahmen und Ausgaben im Finanzplanungszeitraum



**Nettokredit-
aufnahme
sinkt auf Null
in 2011**

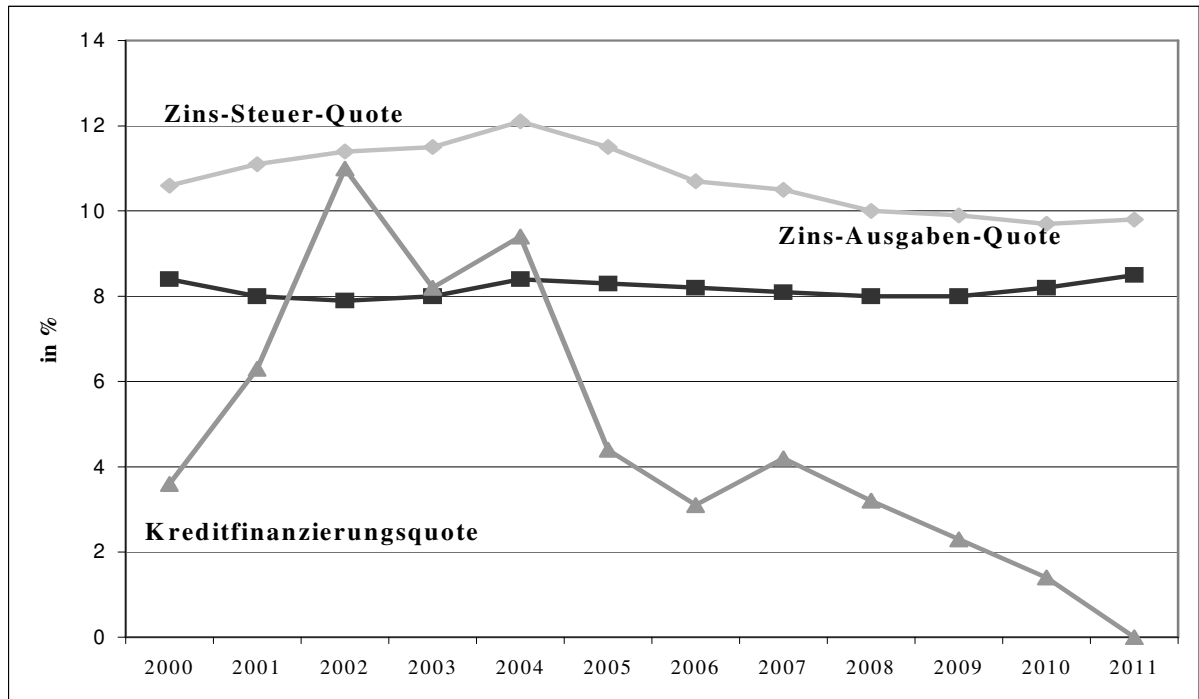
Auch bei der Nettokreditaufnahme ist ein – wenn auch gegenüber dem Finanzierungssaldo etwas geringerer – Abbau zu verzeichnen. Die Nettokreditaufnahme sinkt von 681,5 Mio. Euro im Jahr 2008 auf nur noch 300 Mio. Euro im Jahr 2010. Im Jahr 2011 nimmt das Land dann keine neuen Kredite mehr auf.

Allerdings steht das beschriebene Szenario unter den Vorbehalten einer weiter günstigen konjunkturellen Entwicklung sowie keiner weiteren Belastungen des Landeshaushalts durch bundespolitisch motivierte Maßnahmen. Daneben bedarf es der Auflösung der in der Finanzplanung noch enthaltenen einnahme- und ausgabeseitigen Handlungsbedarfe. Um dies zu erreichen, müssen die bestehenden sowie die durch die erste Stufe der Föderalismusreform neu hinzugewonnenen Handlungsspielräume konsequent für Haushaltsverbesserungen genutzt sowie der strikte ausgabeseitige Konsolidierungskurs fortgesetzt und akzentuiert verschärft werden.

**Kreditfinan-
zierungsquote,
Zins-Steuer-
und Zins-
Ausgaben-
Quote**

In der nachfolgenden Abbildung 7 wird die Entwicklung der Kreditfinanzierungsquote, die bereits kurzfristig eine Verbesserung der Finanzlage eines Landes anzeigt, sowie der Zins-Ausgaben-Quote und der Zins-Steuer-Quote, die die Belastung des Landeshaushalts auf Grund der Nettokreditaufnahme aus Vorjahren dokumentieren, für die Jahre ab 2000 dargestellt.

Abbildung 7: Entwicklung der Zins-Ausgaben-Quote, Zins-Steuer-Quote und Kreditfinanzierungsquote 2000 bis 2011



Kreditfinanzierungsquote im Jahr 2011 Null!

Wie die Grafik zeigt, finden die strukturellen Verbesserungen des Landeshaushalts im Finanzplanungszeitraum in den Belastungsquoten erst teilweise ihren Niederschlag. Während die Zins-Steuer-Quote sowie die Zins-Ausgaben-Quote noch nicht entscheidend gesenkt werden können, ist bei der Kreditfinanzierungsquote – korrespondierend mit der sinkenden Nettokreditaufnahme – ein stetiger Rückgang zu verzeichnen. Im Einzelnen ergibt sich die folgende Entwicklung:

- Die Zins-Steuer-Quote sinkt – insbesondere auf Grund weiter steigender Steuereinnahmen im Jahr 2008 – gegenüber dem Jahr 2007 von 10,5 % auf nur noch 10,0 %, pendelt sich in den kommenden Jahren jedoch auf diesem Niveau ein. Damit muss das Land nach wie vor jeden zehnten Steuer-Euro für Zinszahlungen aufwenden.
- Die Zins-Ausgaben-Quote kann im Jahr 2008 gegenüber dem Vorjahr leicht um 0,1 Prozentpunkte auf 8,0 % zurückgeführt werden. Da die Zinsausgaben in den Jahren 2010 und 2011 jedoch eine vergleichsweise höhere Wachstumsdynamik aufweisen als die bereinigten Gesamtausgaben, erhöht sich diese Quote bis zum Jahr 2011 wieder auf dann 8,5 %
- Die Kreditfinanzierungsquote kann im Finanzplanungszeitraum deutlich von 4,2 % im Jahr 2007 auf einen Wert von Null im Jahr 2011 reduziert werden.

4. Die Einnahmen im Planungszeitraum

a) *Steuereinnahmen*

**Grundlage der
Steuereinnah-
men – Mai-
Steuerschät-
zung 2007**

Die in der Finanzplanung veranschlagten Steuereinnahmen orientieren sich mit Ausnahme der für das Jahr 2007 ausgewiesenen Steuereinnahmen, die noch auf dem Ergebnis der Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom November 2006 basieren, im Einzelnen an den Ergebnissen des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom Mai 2007, wobei Hessen-spezifische Besonderheiten im Aufkommen einzelner Steuerarten sowie deren Wirkung auf den Länderfinanzausgleich berücksichtigt sind. Ebenfalls erfasst sind die finanziellen Auswirkungen der mittlerweile verabschiedeten Unternehmensteuerreform auf die Steuereinnahmen im Finanzplanungszeitraum. Aus heutiger Sicht stellt sich die Entwicklung des Steuerhaushalts bis 2011 wie folgt dar:

Tabelle 2: Die Entwicklung der Steuereinnahmen

	Soll 2007	Entwurf 2008	2009	Planjahre 2010	2011
- in Mio. Euro -					
Steuereinnahmen	15.556,5	17.313,6	18.047	18.833	19.559
(Veränderung in %)	(+ 2,9)	(+ 11,3)	(+ 4,2)	(+ 4,4)	(+ 3,9)
Länderfinanzausgleich	2.405,0	2.800,0	2.925	3.070	3.205
Steuern nach LFA	13.151,5	14.513,6	15.122	15.763	16.354
(Veränderung in %)	(+ 1,8)	(+ 10,4)	(+ 4,2)	(+ 4,2)	(+ 3,7)
Steuerdeckungsquote	76,7	79,6	81,3	84,3	86,7

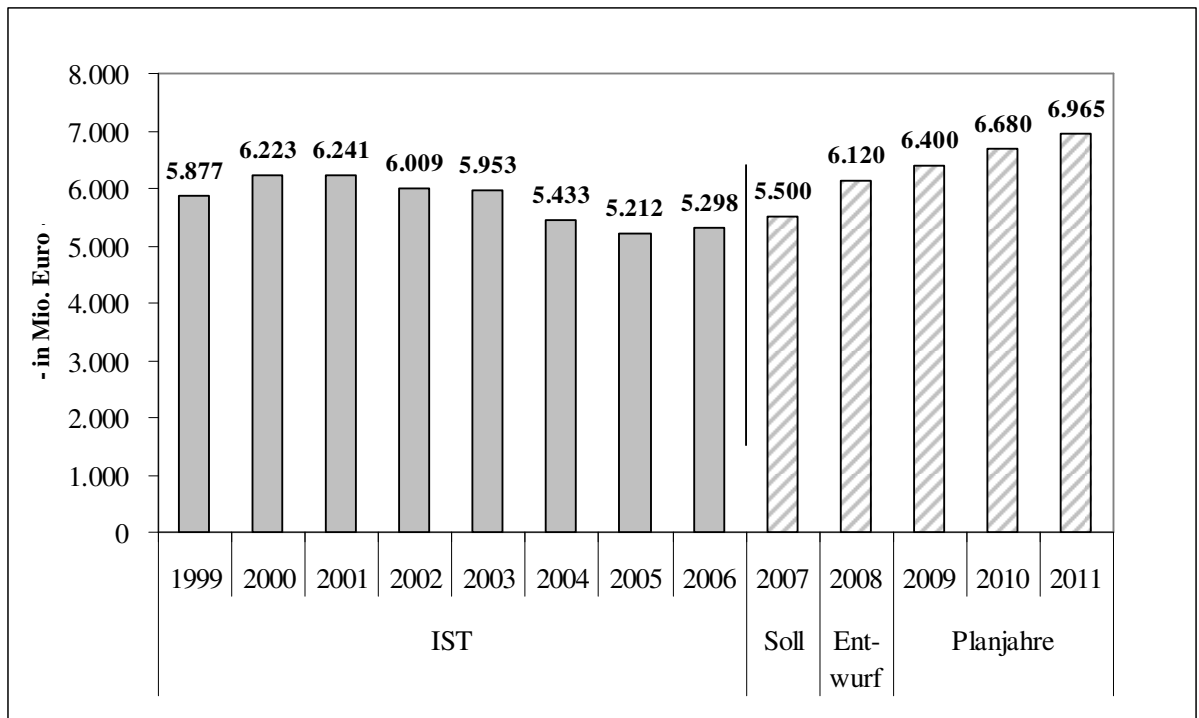
Der gegenüber dem Haushaltsplan 2007 zu verzeichnende starke Anstieg der Steuereinnahmen im Jahr 2008 von über 10 % (nach LFA) ist darauf zurückzuführen, dass erst bei der Mai-Steuerschätzung 2007 die deutlich optimistischere Einschätzung der Bundesregierung zur weiteren konjunkturellen Entwicklung berücksichtigt werden konnte, die zu einer deutlich positiveren Einschätzung der Entwicklung des Steueraufkommens bis 2011 geführt hat. Werden für das Jahr 2007 die Steuereinnahmen angesetzt, die sich auf Basis der Regionalisierung des aktuellen Schätzergebnisses vom Mai 2007 ergeben, dann beläuft sich der Zuwachs der Steuereinnahmen (nach LFA) im Jahr 2008 „nur noch“ auf rd. 4% und entspricht damit dem Niveau der Folgejahre.

Die sich insgesamt ergebende erfreuliche Entwicklung der Steuereinnahmen ist im Wesentlichen auf die deutliche Aufhellung des gesamtwirtschaftlichen Umfelds zurückzuführen. Kehrseite der steigenden Steuereinnahmen dagegen ist, wie Tabelle 2 ebenfalls zeigt, dass sich Hessen stark wachsenden Belastungen im Länderfinanzausgleich gegenüber sieht (siehe hierzu ausführlich Abschnitt 5.d).

Lohnsteuer profitiert von konjunktureller Belebung

Bei einer Betrachtung der einzelnen Steuerarten ist insbesondere die Entwicklung des Lohnsteueraufkommens hervorzuheben. Dort macht sich die konjunkturelle Belebung zusammen mit der verbesserten Beschäftigungssituation deutlich bemerkbar, so dass das Aufkommen nach Jahren der Stagnation bzw. des Rückgangs – das Lohnsteueraufkommen lag im Jahr 2005 um über 1 Mrd. Euro niedriger als noch im Jahr 2001 – wieder zunimmt. Allerdings zeigt die nachfolgende Abbildung, dass das im Haushalt 2008 veranschlagte Lohnsteueraufkommen, das immerhin rd. ein Drittel der gesamten Steuereinnahmen des Landes ausmacht, noch immer um rd. 120 Mio. Euro unter dem Niveau des Jahres 2001 liegt.

Abbildung 8: Die Entwicklung des Lohnsteueraufkommens (Landesanteil) in Hessen in den Jahren 1999 bis 2011

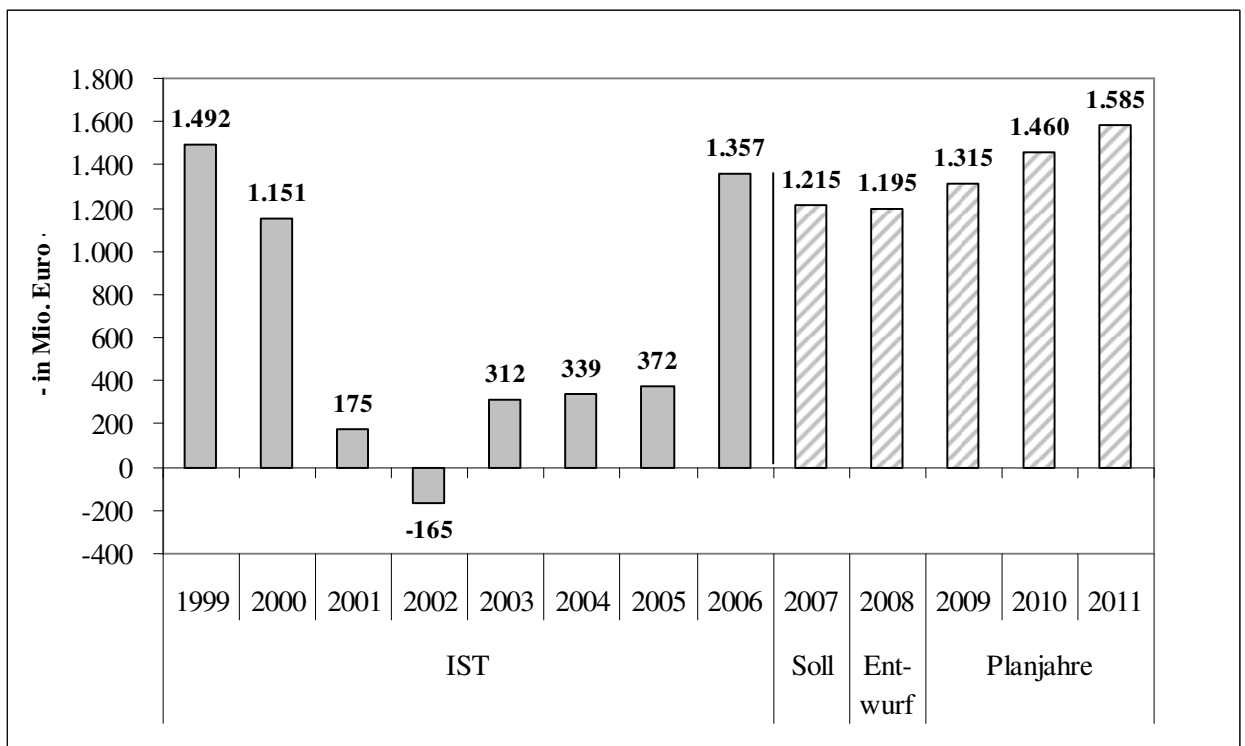


Körperschaftsteuer stabilisiert sich weiter

Neben der Lohnsteuer steigen auch die Umsatzsteuer und die Ertragsteuern im Finanzplanungszeitraum an. Besonders erfreulich ist, dass sich die Körperschaftsteuer, wenn auch langsam, von den Auswirkungen der Steuereinbrüche in den Jahren

ab 2001 als Folge der damaligen Unternehmensteuerreform sowie des Konjunktur- einbruchs der vergangenen Jahre erholt. Wie die nachfolgende Abbildung 9 ver- deutlicht, wird das Körperschaftsteueraufkommen am Ende des Planungszeitraums den bisherigen Höchstwert des Jahres 1999 übertreffen, wobei dieser Effekt ohne die in der Finanzplanung berücksichtigten finanziellen Auswirkungen der Unter- nehmensteuerreform bereits im Jahr 2009 eingetreten wäre.

Abbildung 9: Entwicklung des Körperschaftsteueraufkommens 1999 bis 2011



**Steuerde-
ckungsquote
steigt auf
87 %**

Die steigenden Steuereinnahmen führen dazu, dass der Anteil der Ausgaben, der durch originäre Steuereinnahmen finanziert wird, im Finanzplanungszeitraum wei- ter zunimmt. Die Steuerdeckungsquote steigt bis zum Ende des Finanzplanungszeit- raums auf knapp 87 % an. Sie liegt damit rd. 10 Prozentpunkte höher als noch im aktuellen Haushalt 2007.

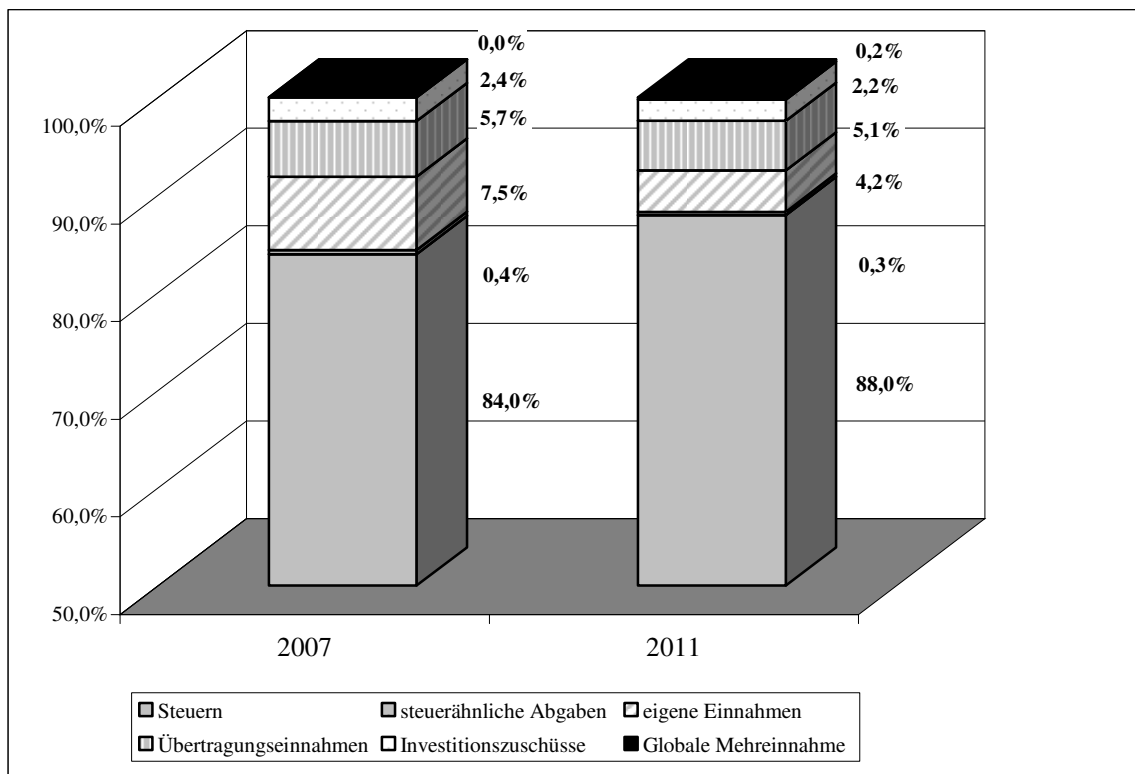
b) Sonstige Einnahmen

**Anteil der
sonstigen
Einnahmen an
Gesamtein-
nahmen ...**

Die Steuereinnahmen sind, wie die nachfolgende Abbildung 10 zeigt, die mit Ab- stand wichtigste Einnahmenquelle des Landeshaushalts. Im Jahr 2007 entfallen 84,0 % auf diese Einnahmenkomponente. Daneben finanziert sich das Land zu rd. 7,5 % durch sog. eigene Einnahmen, zu denen insbesondere Gebühreneinnahmen

und Erlöse aus der Veräußerung von Vermögen zählen sowie zu knapp 6 % durch Übertragungseinnahmen für laufende Zwecke (z.B. im Rahmen der Bahnreform oder für Wohngeld). Die Zuschüsse, die das Land von Dritten zur Finanzierung von Investitionen erhält, machen 2,4 % der Gesamteinnahmen aus. Die steuerähnlichen Abgaben spielen mit einem Anteil von 0,4 % nur eine untergeordnete Rolle.

Abbildung 10: Anteil der einzelnen Einnahmekomponenten an den bereinigten Gesamteinnahmen im Jahr 2007 sowie im Jahr 2011



... im Planungszeitraum rückläufig

Die Einnahmen des Landes aus den sonstigen Einnahmen gehen im Finanzplanungszeitraum von 2,97 Mrd. Euro im Jahr 2007 auf 2,68 Mrd. Euro im Jahr 2011 zurück. Ihr Anteil an den Gesamteinnahmen reduziert sich von 16,0 % auf 12,0 %. Gleichzeitig nimmt die Bedeutung der eigenen Einnahmen zur Finanzierung des Landeshaushalts deutlich ab. Diese Entwicklung ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass mit der Abwicklung des Immobilienprogramms Leo III im Jahr 2007 in den folgenden Jahren nur noch vergleichsweise niedrige Einnahmen aus der Veräußerung von Landesvermögen veranschlagt sind. Dieser Umstand ist gleichzeitig ein Beleg für die zwischenzeitlich erreichten strukturellen Verbesserungen im Landeshaushalt.

5. Die Ausgaben im Finanzplanungszeitraum

a) Personalausgaben

Personalausgaben größter Ausgabenblock

Die Personalausgaben bilden in den Länderhaushalten den mit Abstand größten Ausgabenblock. In Hessen sind rd. 40 % der bereinigten Gesamtausgaben (ohne LFA) durch diese Ausgaben für die Beschäftigten des Landes sowie die Versorgungsempfänger gebunden. Wie die nachfolgende Tabelle 3 zeigt, erhöhen sich die Personalausgaben im Finanzplanungszeitraum um insgesamt knapp 500 Mio. Euro.

Tabelle 3: Die Entwicklung der Personalausgaben

	Soll	Entwurf	Planjahre		
	2007	2008	2009	2010	2011
	in Mio. Euro				
Personalausgaben insgesamt	6.916,9	7.130,1	7.268	7.330	7.400
(Veränderung in %)	(+ 0,2)	(+ 3,1)	(+ 1,9)	(+ 0,9)	(+ 1,0)
Personal-Ausgaben-Quote (in %)	40,3	39,1	39,1	39,2	39,2
<i>darunter:</i>					
Versorgungsausgaben	1.701,3	1.758,0	1.827	1.889	1.953

Ausgaben für aktiv Beschäftigte steigen bis 2011 moderat

Rund die Hälfte dieses Anstiegs ist auf Mehrausgaben für Versorgung (+252 Mio. Euro) zurückzuführen, wobei hier insbesondere die weiter wachsende Zahl an Versorgungsempfängern zu Buche schlägt. Bereinigt um diesen Effekt erhöhen sich die Personalausgaben für die aktiv Beschäftigten zwischen 2007 und 2011 – trotz der im Jahr 2008 in Kraft tretenden Tarif- und Besoldungserhöhungen in Höhe von 2,4% – durchschnittlich nur um 1,1 %.

Ausgabenanstieg 2008 durch Besoldungs- und Tarifierhöhung ...

Der im Vorjahresvergleich relativ starke Anstieg der Personalausgaben im Jahr 2008 resultiert insbesondere aus den beschlossenen Einkommenssteigerungen für die Beschäftigten und die Versorgungsempfänger des Landes. Im Finanzplan sind dabei auch die Mehrausgaben enthalten, die sich – trotz eines weiterhin fehlenden Tarifvertrags – aus der vorgesehenen Übertragung der geplanten Einkommensverbesserungen für Beamte (einschließlich Versorgungsempfänger) auf den Tarifbereich ergeben. Die vorgesehene Tarif- und Besoldungserhöhung umfasst dabei neben einer zum 01.04.2008 in Kraft tretenden linearen Einkommensverbesserung in Höhe von 2,4 Prozent auch die Gewährung von Einmalzahlungen sowie der Zah-

lung eines erhöhten Kinderzuschlags für das dritte und jedes weitere Kind im Jahr 2007.

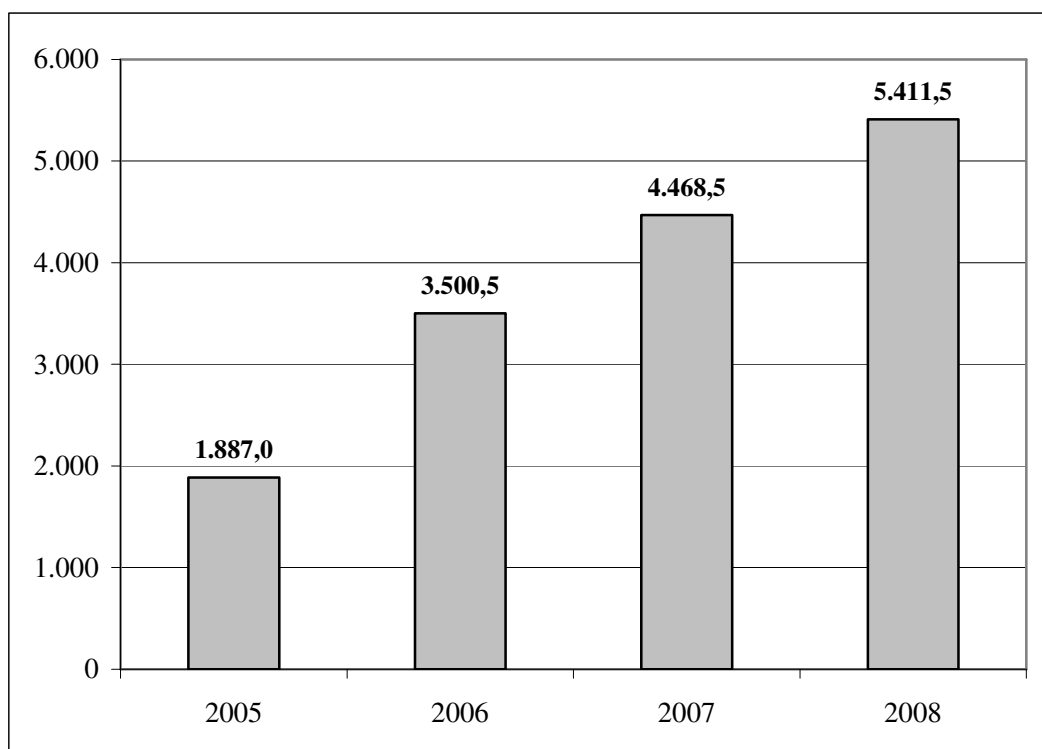
... und Verbesserungen im Schulbereich begründet

Daneben finden auch weitere Verbesserungen im Schulbereich – insbesondere die Schaffung zusätzlicher Lehrerstellen zum Ausgleich des Wegfalls der zusätzlichen Unterrichtsverpflichtung (ZUV-Stunden) – ihren Niederschlag. Zudem ist zu berücksichtigen, dass die vergleichsweise hohe Steigerungsrate durch die bislang noch nicht vollständig im Haushalt 2007 veranschlagten Einmalzahlungen überzeichnet ist.

Knapp 700 Mio. Euro Personalausgabeneinsparung in 2007

Angesichts seiner besonderen quantitativen Bedeutung ist der Bereich der Personalausgaben zwangsläufig zentraler Baustein einer langfristig angelegten Konsolidierungsstrategie. Die Landesregierung hat deshalb in den vergangenen Jahren umfangreiche Weichenstellungen vorgenommen, mit denen sie das Ausgabenwachstum begrenzt und das Niveau der Personalausgaben im Vergleich zu einer Situation ohne Einsparmaßnahmen um nahezu 700 Mio. Euro im Jahr 2007 abgesenkt hat.

Abbildung 11: Weggefallene Stellen durch die Arbeit der (PVS) 2005 bis 2008



PVS ermöglicht Wegfall von über 5.400 Stellen.

Im Mittelpunkt der Begrenzung des Personalausgabenanstiegs steht dabei die Personalvermittlungsstelle (PVS). Diese hat die Aufgabe, den Stellenüberhang, der sich insbesondere durch die Arbeitszeitverlängerungen im Rahmen der Operation „Si-

chere Zukunft“ ergeben hat, dadurch abzubauen, dass frei werdende Stellen im Regelfall durch landeseigene und nicht durch externe Bewerber besetzt werden. Wie Abbildung 11 zeigt, ist die Arbeit der PVS ein voller Erfolg. So konnten mit dem Haushalt 2008 insgesamt mehr als 5.400 Stellen in der Landesverwaltung eingespart werden.

Sondervermögen „Versorgungsrücklage“

Der im Jahr 2005 begonnene sukzessive Aufbau einer zumindest teilweise kapitalgedeckten Altersversorgung, mit der die Auswirkungen des demografischen Wandels abgedeckt werden sollen, wird auch im Finanzplanungszeitraum fortgesetzt. Seit dem Jahr 2005 führt Hessen für jeden neu eingestellten Beamten einen – aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung – pauschalierten Betrag an das Sondervermögen "Versorgungsrücklage" ab. Im Jahr 2011 wird sich das dort angesammelte Vermögen voraussichtlich auf 942 Mio. Euro belaufen.

b) Exkurs: Die Entwicklung des Personalaufwands in den Jahren 2008 bis 2011

Künftige Erfassung von Ausgaben und Aufwand

Im Rahmen der für die kommenden Jahre angestrebten Weiterentwicklung der mittelfristigen Finanzplanung zu einer auf dem kaufmännischen Rechnungswesen basierenden Finanz- und Entwicklungsplanung werden in Zukunft nicht mehr nur die auf tatsächlichen Zahlungsströmen basierenden (kameralen) Ausgaben, sondern auch der mit der Aufgabenwahrnehmung verbundene Aufwand abgebildet. Dieser unterscheidet sich dabei von den Ausgaben insofern, als darin auch der Ressourcenverbrauch berücksichtigt wird, der nicht unmittelbar mit dem Abfluss finanzieller Mittel verbunden ist. Durch die künftige Erfassung von Rückstellungen und Abschreibungen wird es möglich, die Vermögenssituation des Landes umfassend darzustellen und insbesondere Informationen über die implizite Verschuldung des Landes auf Grund der eingegangenen Pensionsverpflichtungen gegenüber den beamteten Landesbediensteten zu erhalten.

Erstmalige Darstellung des Personalaufwands

Vor diesem Hintergrund wird in der diesjährigen Finanzplanung die Entwicklung des Personalaufwands für das Land Hessen bis 2011 dargestellt (vgl. die nachfolgende Tabelle 4). Ausgangspunkt ist dabei das Jahr 2008, da zu diesem Zeitpunkt der Landeshaushalt erstmals komplett auf den auf dem kaufmännischen Rechnungswesen basierenden Produkthaushalt umgestellt ist. Die ausgewiesenen Werte unterscheiden sich von den oben ausgewiesenen Personalausgaben zum einen dadurch, dass darin der Rückstellungsbedarf für Pensionen, Beihilfen und Altersteilzeit enthalten ist. Zudem ist der Personalaufwand der Landesbetriebe und Hochschulen erfasst. Der Personalaufwand zeichnet damit ein wesentlich umfassenderes

Bild über die tatsächlichen Belastungen des Landes für seine aktiven und ehemaligen Beschäftigten als die Personalausgaben.

Tabelle 4: Die Entwicklung des Personalaufwands

	Entwurf	Planjahre		
	2008	2009	2010	2011
	- in Mio. Euro			
Personalaufwand insgesamt ¹	8.955	9.125	9.210	9.300
(Veränderung in %)	-	(+1,9)	(+0,9)	(+1,0)

¹ Bereinigt um Doppelzählungen

Personalaufwand im Jahr 2008 rd. 9 Mrd. Euro

Im Jahr 2008 beläuft sich der konsolidierte Personalaufwand des Landes auf knapp 9 Mrd. Euro. Bis zum Jahr 2011 erhöht er sich auf 9,3 Mrd. Euro. Da sich die zur Ermittlung der Pensionsrückstellung erforderliche Prognosesoftware derzeit noch im Aufbau befindet, wurde bei dieser Berechnung vereinfachend unterstellt, dass die Summe der in den kommenden Jahren für Pensions- und Beihilfeverpflichtungen des Landes zu bildenden Rückstellungen den bei der Ermittlung des Personalaufwands ebenfalls zu berücksichtigenden Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen in etwa entspricht.

c) Zinsausgaben

Zinsausgaben steigen im Finanzplanungszeitraum an

Die Höhe der künftigen Zinsausgaben ist weitgehend durch die Zins- und Tilgungspläne für bereits aufgenommene und noch nicht zurückgezahlte Kredite vorbestimmt. Hinzu kommen die Belastungen des Landes für die ab dem Jahr 2007 aufgenommenen Neuschulden. In der nachfolgenden Tabelle werden die Zinsausgaben – ausgehend vom Schuldenstand zum 31.12.2006 – im Finanzplanungszeitraum ausgewiesen. Danach werden sie sich bis zum Jahr 2011 von 1,39 Mrd. Euro im Jahr 2007 auf knapp 1,6 Mrd. Euro erhöhen (siehe hierzu auch **Übersicht 7**).

Tabelle 5: Die Entwicklung der Zinsausgaben

	Soll	Entwurf	Planjahre		
	2007	2008	2009	2010	2011
	in Mio. Euro				
Zinsausgaben	1.387,0	1.456,1	1.490	1.536	1.596
(Veränderung in %)	(+ 0,5)	(+ 5,0)	(+ 2,3)	(+ 3,1)	(+ 3,9)

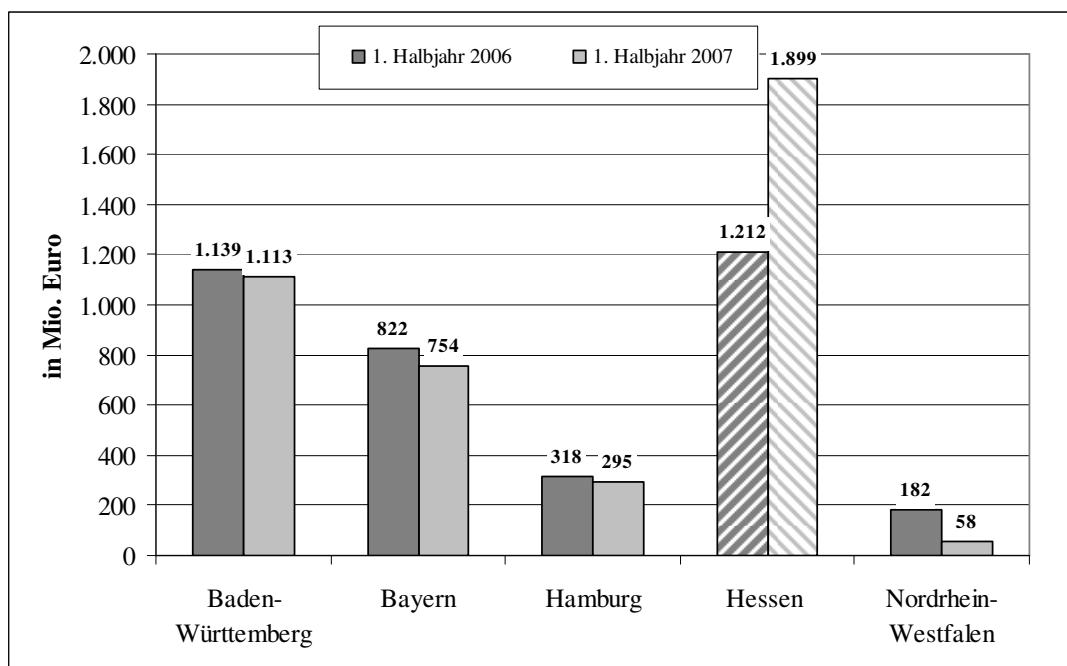
Trotz eines nach wie vor erfolgreichen Zins-Managements binden die Zinsausgaben weiterhin in erheblichem Umfang finanzielle Mittel des Landes, die für Investitionen in den Zukunftsfeldern der Landespolitik nicht zur Verfügung stehen. Es muss daher das Bestreben des Landes bleiben, durch einen Schuldenabbau die bestehenden Handlungsmöglichkeiten zu sichern und langfristig zusätzliche Gestaltungsspielräume zu gewinnen. Nicht zuletzt reduziert eine rasche Rückführung der Neuverschuldung die Risiken, die sich aus einem steigenden Zinsniveau ergeben können.

d) *Länderfinanzausgleich*

Belastung des Landes im LFA nehmen weiter zu

Die Zahlungen des Landes in den Länderfinanzausgleich stellen auch weiterhin eine erhebliche Belastung für Hessen dar. Auch wenn die hohen und in den Planjahren weiter steigenden Zahlungsverpflichtungen in den bundesstaatlichen Solidarausgleich Ausdruck der im Ländervergleich weit überdurchschnittlichen Wirtschafts- und Finanzkraft Hessens sind, führen sie doch zu einer immer stärkeren Einschränkung des finanziellen Handlungsspielraums des Landes. Hessen ist derzeit mit weitem Abstand vor den anderen Zahlerländern Bayern, Baden-Württemberg, Hamburg und Nordrhein-Westfalen das am stärksten belastete Land im Länderfinanzausgleich.

Abbildung 12: LFA-Beiträge der Zahlerländer (abrechnungsmäßig) im 1. Halbjahr 2006 und 2007



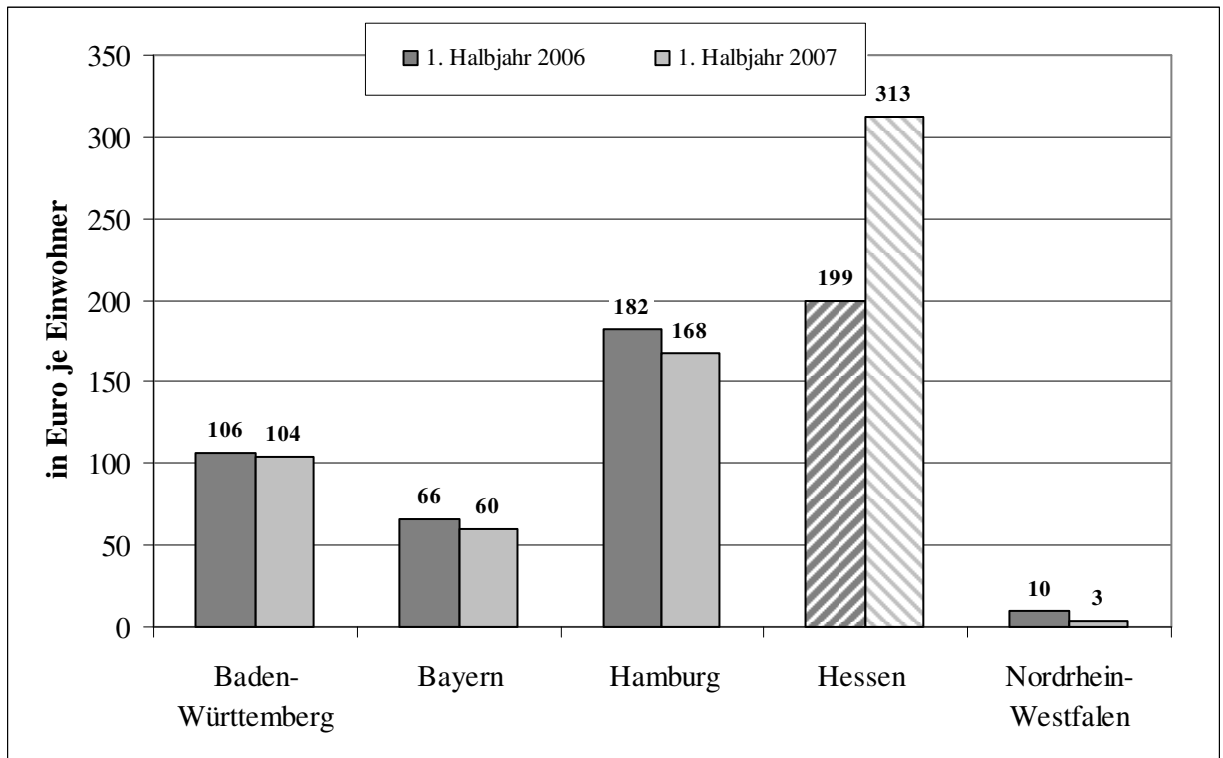
Hessen trägt im 1. Halbjahr 2007 knapp die Hälfte der Ausgleichslasten

Wie Abbildung 12 zeigt, haben sich die Leistungen des Landes im Ausgleichssystem im ersten Halbjahr 2007 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 687 Mio. Euro auf nunmehr 1,9 Mrd. Euro erhöht. Hessen ist damit nicht nur das einzige Land, das eine deutliche Ausweitung seiner Zahlungen zu verkraften hat – bei allen anderen Geberländern sinken die Belastungen –, sondern es trägt mittlerweile auch nahezu die Hälfte des gesamten Ausgleichsvolumens. Dies ist schon deshalb bemerkenswert, weil der Anteil Hessens an der Einwohnerzahl aller Zahlender lediglich 12,5 Prozent beträgt. Dabei muss zusätzlich berücksichtigt werden, dass ohne die im Jahr 2005 in Kraft getretene Neuregelung des Länderfinanzausgleichs die Belastungen des Landes noch höher liegen würden.

Jede hessische Bürgerin und jeder hessische Bürger zahlte 313 Euro in LFA

Die weit überdurchschnittliche Belastung Hessens wird noch deutlicher bei einer Gegenüberstellung der Pro-Kopf-Zahlungen der Geberländer. Je Einwohner liegen die Belastungen der hessischen Bürgerinnen und Bürger mit rd. 313 Euro um rd. 145 Euro oder 86 % über den Pro-Kopf-Werten des am zweitstärksten belasteten Hamburg. Gegenüber Baden-Württemberg und Bayern beträgt der Abstand 209 Euro bzw. sogar rd. 253 Euro.

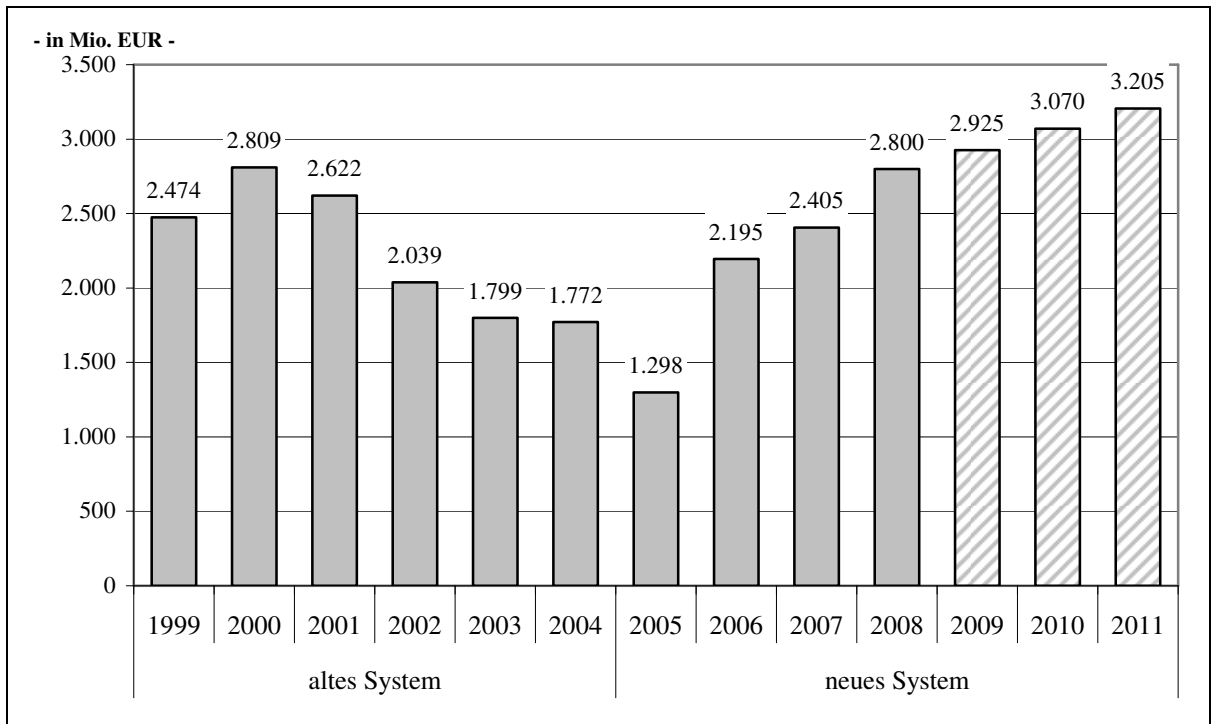
Abbildung 13: Die Beiträge Hessens im Länderfinanzausgleich (abrechnungsmäßig) im 1. Halbjahr 2007 in Euro je Einwohner



Durchbrechung der 3 Mrd. Euro-Grenze im Jahr 2007 möglich

Auch wenn sich die Belastung des Landes im Länderfinanzausgleich für das Gesamtjahr 2007 zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht genau quantifizieren lässt – hierfür müssen insbesondere noch die Ergebnisse des steuerstarken Monats September abgewartet werden –, zeichnet sich bereits jetzt ab, dass die tatsächlichen Zahlungsverpflichtungen die im Haushalt 2007 veranschlagten Mittel in Höhe von 2,4 Mrd. Euro deutlich übertreffen werden und ein Überschreiten der 3-Milliarden-Marke für das Jahr 2007 droht. Damit würde die Rekordbelastung Hessens aus dem Jahr 2000 nochmals übertroffen. Selbst wenn die 3-Milliarden Grenze in diesem Jahr noch nicht durchbrochen werden sollte, muss damit spätestens für das Ende des Finanzplanungszeitraums gerechnet werden (vgl. Abbildung 14).

Abbildung 14: Die Beiträge Hessens im Länderfinanzausgleich (kassenmäßig) seit 1999



Hessen bekennt sich auch weiterhin zu seinen bundesstaatlichen Solidarverpflichtungen. Angesichts dieser Entwicklung stellt sich – auch mit Blick auf die derzeit diskutierte Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen – aus hessischer Sicht allerdings zunehmend die Frage, ob ein System, das zu solch exorbitanten Belastungen einzelner Gebietskörperschaften führt, dauerhaft tragfähig ist.

e) *Zahlungen an die Kommunen*

Kommunale Finanzsituation deutlich verbessert

Die Finanzlage der kommunalen Ebene in Hessen hat sich im Jahr 2006 deutlich verbessert. Neben einer dynamischen Entwicklung der Steuereinnahmen haben zu diesem Ergebnis auch steigende Leistungen des Landes an die Kommunen beigetragen. Im Vorjahresvergleich erhöhten sie sich um rd. 6 %. Anders als viele andere Länder hat Hessen – trotz eigener hoher Belastungen – mit Blick auf die ehemals angespannte Finanzlage der kommunalen Ebene in den vergangenen Jahren darauf verzichtet, die hessischen Kommunen mit einem Konsolidierungsbeitrag für den Landeshaushalt zu belasten.

Land bleibt verlässlicher Partner der Kommunen

Wie die nachfolgende Tabelle 6 zeigt, bleibt das Land auch in den kommenden Jahren ein verlässlicher Partner der Kommunen. Die Zahlungen an die hessischen Kommunen werden im Jahr 2011 um 800 Mio. Euro höher liegen als noch im Jahr 2007. Damit fließen fast 21 % der bereinigten Gesamtausgaben des Landes an Gemeinden, Städte und Landkreise.

Tabelle 6: Die Entwicklung der Zahlungen an die Kommunen

	Soll	Entwurf	Planjahre		
	2007	2008	2009	2010	2011
	in Mio. Euro				
Leistungen des Landes an die Kommunen	3.859,6	4.276,2	4.570	4.545	4.659
(Veränderung in %)	(+ 4,6) ¹	(+ 10,8)	(+ 6,9)	(- 0,5)	(+ 2,5)
darunter:					
Kommunaler Finanzausgleich	2.947,8	3.294,3	3.592	3.575	3.692
(Veränderung in %)	(+ 15,7)	(+ 11,8)	(+ 9,0)	(- 0,5)	(+ 3,3)

¹ Anstieg auf Grund Basiseffekt 2006 im Bereich Grundsicherung für Arbeitssuchende gemindert

KFA wächst mit zweistelligen Zuwachsraten

Die Kommunen profitieren dabei insbesondere von einem stark steigenden kommunalen Finanzausgleich, der in den Jahren 2007 und 2008 mit jeweils zweistelligen Zuwachsraten anwächst. Nachdem die Finanzausgleichsmasse bereits im Jahr 2007 gegenüber dem Vorjahr um 15,7 % steigt, erfolgt im Ausgleichsjahr 2008 ein weiterer kräftiger Zuwachs von 346,5 Mio. € oder 11,8 %, der im Wesentlichen aus dem Wachstum der Steuereinnahmen des Landes resultiert.

Anteil der Kommunen am Steuereinnahmen steigt auf 48,5 %

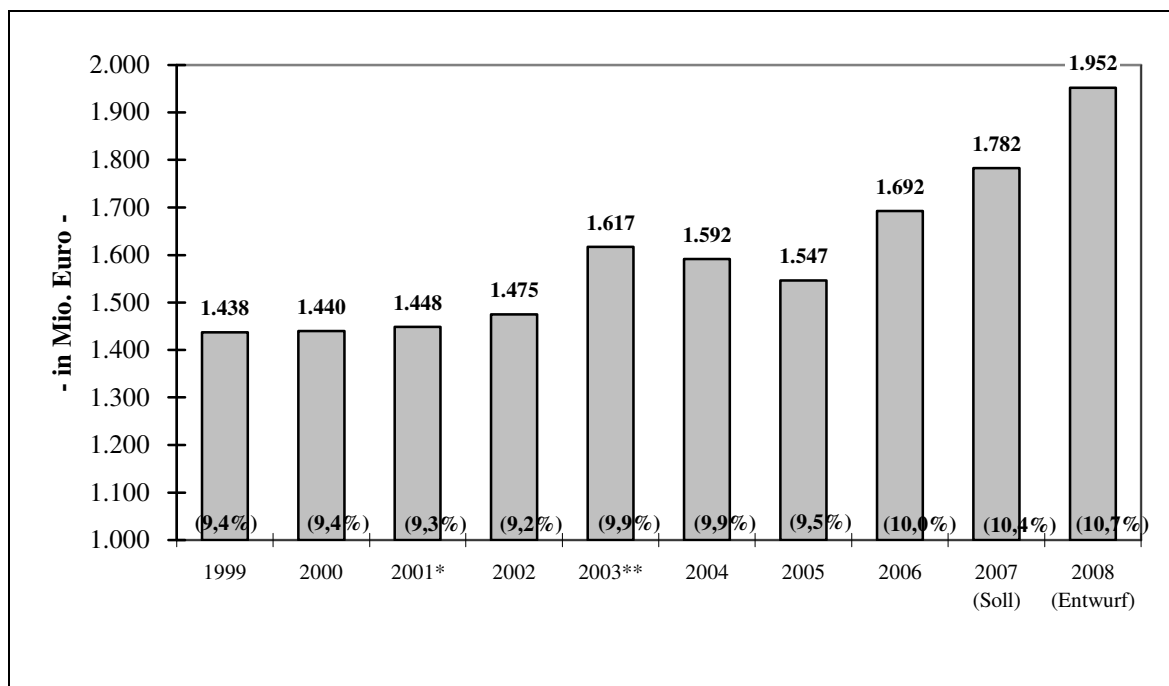
Durch die hohen eigenen Steuereinnahmen in Verbindung mit den hohen Leistungen des Landes im Kommunalen Finanzausgleich verfügen die hessischen Kommunen im Ländervergleich traditionell über einen besonders hohen Anteil an den Land und Kommunen insgesamt zur Verfügung stehenden Steuereinnahmen (nach LFA und KFA). Im Jahr 2006 belief sich der Anteil der Kommunen auf 48,5 %. Er lag damit nicht nur um rd. 2 Prozentpunkte über seinem langfristigen Mittelwert, sondern erreicht damit auch den höchsten Wert seit seiner erstmaligen Berechnung der Quote im Jahr 1979.

f) Investitionsausgaben

Investitionsausgaben 2008 um 500 Mio. Euro höher als 1999

Die Landesregierung hat im Rahmen ihrer auf den Bausteinen „Konsolidieren“ und „Investieren“ basierenden Strategie zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Landes seit 1999 die Investitionsausgaben des Landes deutlich erhöht. Wie in der nachfolgenden Abbildung 15 zeigt, liegen die für das Jahr 2008 geplanten Investitionsausgaben um über 500 Mio. Euro über dem Niveau des Jahres 1999. Die Investitionsquote steigt im gleichen Zeitraum von 9,4 % auf 10,7 % an. Damit leistet die Landesregierung nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Beseitigung des bestehenden Investitionsstaus, sondern sorgt gleichzeitig für eine deutliche Verbesserung der Struktur des Landeshaushalts.

Abbildung 15: Die Entwicklung des Investitionsausgaben des Landes 1999 bis 2008



* bereinigt um Wiedereinstieg des Landes Hessen in die Hessische Landesbank

** bereinigt um Zahlungen in den Aufbaufonds „Flutopferhilfe“

Investitionsausgaben steigen auf über 2 Mrd. Euro

Im Finanzplanungszeitraum werden die Investitionsausgaben auf hohem Niveau fortgeführt (vgl. Tabelle 7). In den Jahren 2009 und 2010 sind dabei erstmals seit dem Jahr 1992 Investitionsausgaben von mehr als 2 Mrd. Euro vorgesehen. Im Endjahr der Finanzplanung liegen die Investitionsausgaben noch deutlich über denen des Jahres 2007. Die Investitionsausgabenquote bewegt sich zwischen 10,3 % und 11,2 %.

Tabelle 7: Die Entwicklung der Investitionsausgaben

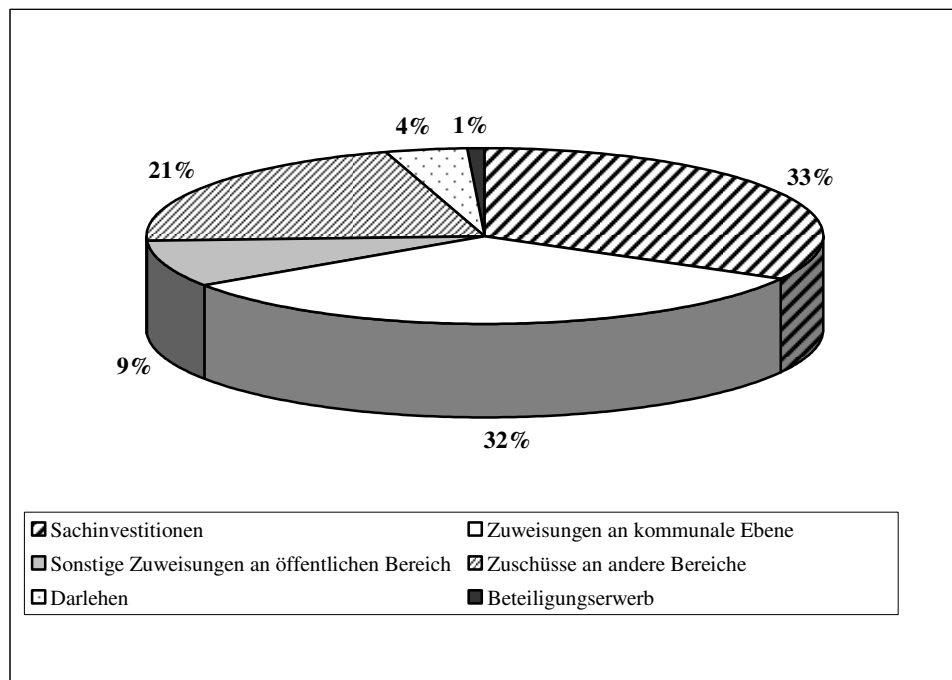
	Soll	Entwurf	Planjahre		
	2007	2008	2009	2010	2011
	in Mio. Euro				
Investitionsausgaben insgesamt	1.782,4	1.951,8	2.077	2.034	1.943
(Veränderung in %)	(+ 5,3)	(+ 9,5)	(+ 6,4)	(- 2,1)	(- 4,5)
Investitionsquote (in %)	10,4	10,7	11,2	10,9	10,3

Die Entwicklung der Investitionsausgaben im Finanzplanungszeitraum wird maßgeblich durch die Ausgaben für die geplante Einführung des BOS-Digitalfunks, den Ausbau des Flughafens Kassel-Calden sowie durch das Auslaufen des Bundesprogramms zur Förderung von Ganztagschulen geprägt. Bereinigt um die aus diesen Maßnahmen resultierenden finanziellen Effekten liegen die Investitionsausgaben im Zeitraum 2008 bis 2011 jeweils in einer Größenordnung von rd. 1.900 Mio. Euro.

Land investiert im Finanzplanungszeitraum knapp 10 Mrd. Euro

Insgesamt sind für die Abwicklung, Weiterführung und Ergänzung der Investitionsprogramme in den Jahren 2007 bis 2011 9,8 Mrd. Euro eingeplant. In der nachfolgenden Abbildung 16 wird die Struktur der Investitionsausgaben des Landes im Finanzplanungszeitraum dargestellt. Rund ein Drittel dieser Mittel werden dabei für solche Investitionen eingesetzt, die das Land in eigener Regie durchführen kann (z.B. Straßenbau, Hochschulbau). Ein weiteres Drittel stellt das Land u.a. in Form von Investitionspauschalen für investive Maßnahmen der kommunalen Ebene zur Verfügung. Etwas mehr als 20 % fließen als Zuschüsse an Bereiche außerhalb der öffentlichen Verwaltung. Die verbleibenden rd. 14 % umfassen die sonstigen Zuweisungen an den öffentlichen Bereich (z.B. für Krankenhäuser), den Bereich der Darlehensvergabe sowie den Erwerb von Beteiligungen.

Abbildung 16: Die Struktur der Investitionsausgaben des Landes 2007 bis 2011



Sondervermögen „Wohnungswesen und Zukunftsinvestitionen“

Zusätzlich ist zu beachten, dass auch weiterhin mit dem Sondervermögen „Wohnungswesen und Zukunftsinvestitionen“ ein wirkungsvolles Instrument für zusätzliche Maßnahmen und Anstöße im investiven Bereich zur Verfügung steht. Neben Mitteln für die soziale Wohnraumförderung (rd. 86,5 Mio. Euro) sieht der Wirtschaftsplan des Sondervermögens für das Jahr 2008 weitere Förderungen von 75 Mio. Euro vor, mit denen zukunftsorientierte Maßnahmen der Wirtschaftsförderung, insbesondere der Infrastrukturentwicklung sowie der Technologie- und Innovationsförderung unterstützt werden.

g) Übrige Ausgaben

Übrige Ausgaben im Planungszeitraum steigen an

Unter den „übrigen Ausgaben“ werden im Wesentlichen die laufenden Übertragungsausgaben (ohne Länderfinanzausgleich, Kommunalen Finanzausgleich sowie sonstige Leistungen des Landes an die Kommunen) sowie die sächlichen Verwaltungsausgaben des Landes subsumiert. Daneben sind in dieser Ausgabenkategorie auch die Globalen Minderausgaben enthalten, die im Rahmen der künftigen Haushaltsaufstellung jeweils konkretisiert werden müssen. Die übrigen Ausgaben steigen im Finanzplanungszeitraum von knapp 4,0 Mrd. Euro im Jahr 2007 auf fast 4,2 Mrd. Euro im Jahr 2011 an.

Land investiert in Forschung und Bildung

Mit Abstand wichtigster Ausgabenblock bei dieser Ausgabenkomponente sind die Ausgaben für laufende, d.h. für nicht investive Zwecke vorgesehene Zuweisungen und Zuschüsse des Landes an Dritte. Diese erhöhen sich im Planungszeitraum von 2,7 auf 3,1 Mrd. Euro. Ursächlich für diesen Anstieg sind insbesondere weitere „Investitionen“ der Landesregierung in den Schwerpunktbereichen „Bildung“ und „Forschung“:

- Die Zuschüsse an Universitäten und Fachhochschulen erhöhen sich einschließlich der Mittel für den „Hochschulpakt 2020“ bis zum Jahr 2011 um rd. 195 Mio. Euro – bereinigt um die Auswirkung der Bildung der Vorsorgekasse um rd. 150 Mio. Euro.
- Die Zuschüsse für die Wissenschafts- und Forschungsförderung außerhalb der Hochschulen werden gegenüber 2007 um über 25 % erhöht (+ 35 Mio. Euro).
- Die Zuschüsse an den im Jahr 2008 neu aufgelegten LOEWE-Fonds werden von 19,5 Mio. Euro auf 90 Mio. Euro in den Jahren 2010 und 2011 aufgestockt.
- Zudem stellt das Land rd. 35 Mio. Euro zusätzlich für die Ersatzschulen sowie zur Ausbildungsförderung zur Verfügung.

Mittel für LOEWE-Fonds steigen 2010 auf 90 Mio. Euro

Übersicht 3 enthält eine Darstellung der Entwicklung der quantitativ bedeutsamsten Übertragungsausgaben des Landes bis 2011.

Zu den sog. sächlichen Verwaltungsausgaben zählen alle Ausgaben des Landes, die zur Sicherung des staatlichen Verwaltungshandelns erforderlich sind. Neben den Ausgaben für den unmittelbaren Verwaltungsmittelbedarf gehören hierzu auch sämtliche Bewirtschaftungs- und Betriebskosten, die dem Land im Rahmen seiner Aufgabenwahrnehmung entstehen. Die Entwicklung dieser Ausgaben hängt dabei maßgeblich von den Veränderungen der Preise für die entsprechenden Güter und Dienstleistungen ab.

6. Kreditaufnahme

Nettokreditaufnahme sinkt bis 2011 auf Null

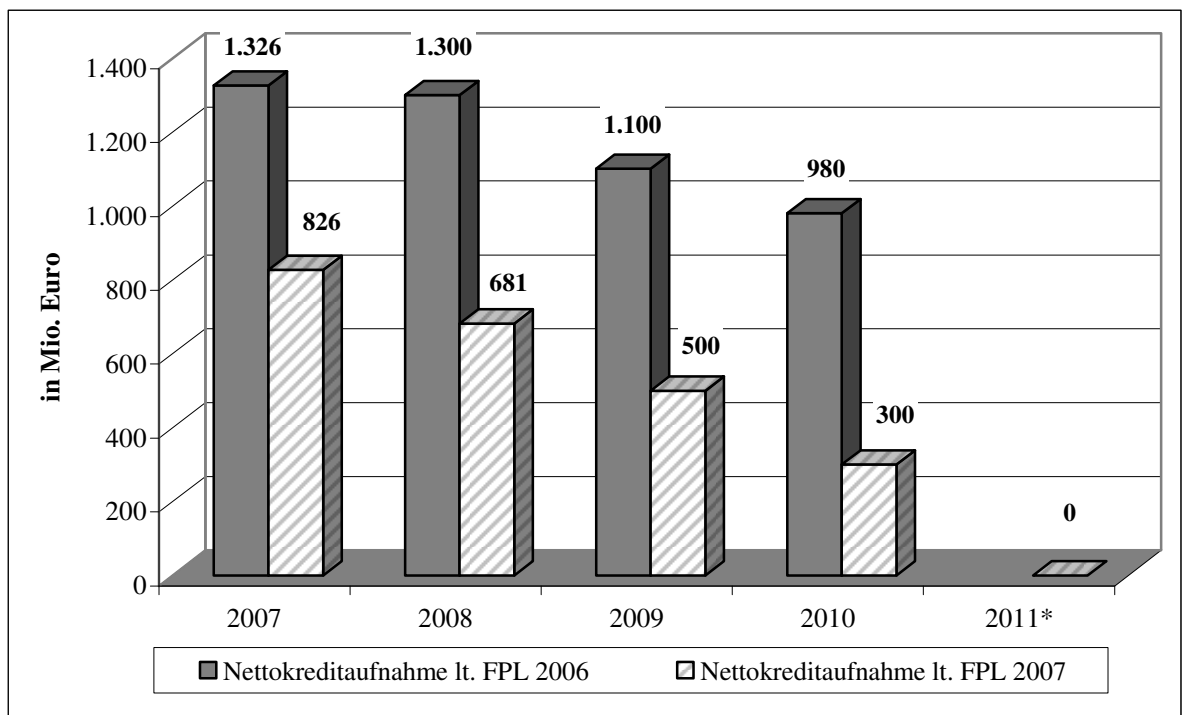
Die fundamental verbesserten gesamt- und finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen machen in Kombination mit einer akzentuierten Verschärfung des bisherigen Konsolidierungskurses bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums die Rückführung der Nettokreditaufnahme des Landes auf Null möglich. Die Nettoneuver-

schuldung des Landes wird dabei in den kommenden Jahren schrittweise von 826 Mio. Euro in 2007 über rd. 681 Mio. Euro in 2008 und 500 Mio. Euro bzw. 300 Mio. Euro in den Jahren 2009 und 2010 auf Null im Jahr 2011 abgesenkt. Damit wird das Land Hessen spätestens im Jahr 2011 erstmals seit dem Jahr 1969 keine neuen Schulden zur Finanzierung der öffentlichen Ausgaben aufnehmen.

NKA liegt 2010 um 680 Mio. Euro niedriger als im FPL 2006 geplant

Im Vergleich mit der letztjährigen Finanzplanung gelingt es der Landesregierung in den Jahren 2008 und 2009, die Nettokreditaufnahme um jeweils rd. 600 Mio. Euro zu reduzieren. Im Jahr 2010, dem Endjahr der letzten Finanzplanung, liegt die Nettokreditaufnahme sogar um 680 Mio. Euro niedriger, als noch im September 2006 erwartet (vgl. Abbildung 17).

Abbildung 17: Die Nettokreditaufnahme im Finanzplan 2006 bis 2010 und im Finanzplan 2007 bis 2011



* Das Jahr 2011 war nicht Gegenstand der Finanzplanung 2006 bis 2010.

Gesamtschuldenstand sinkt 2011 leicht

Vor diesem Hintergrund werden sich die Kreditmarktschulden des Landes unter Berücksichtigung der zusätzlichen Nettokreditaufnahme im Finanzplanungszeitraum von 31.883 Mio. Euro auf 33.365 Mio. Euro im Jahre 2011 erhöhen. Der Gesamtschuldenstand des Landes, der neben den Schulden am Kreditmarkt auch die Schulden beim Bund umfasst, steigt von 32.542 Mio. Euro im Jahr 2007 auf 33.891 Mio. Euro im Jahr 2010. Im Jahr 2011 geht er erstmals leicht auf 33.847 Mio. Euro

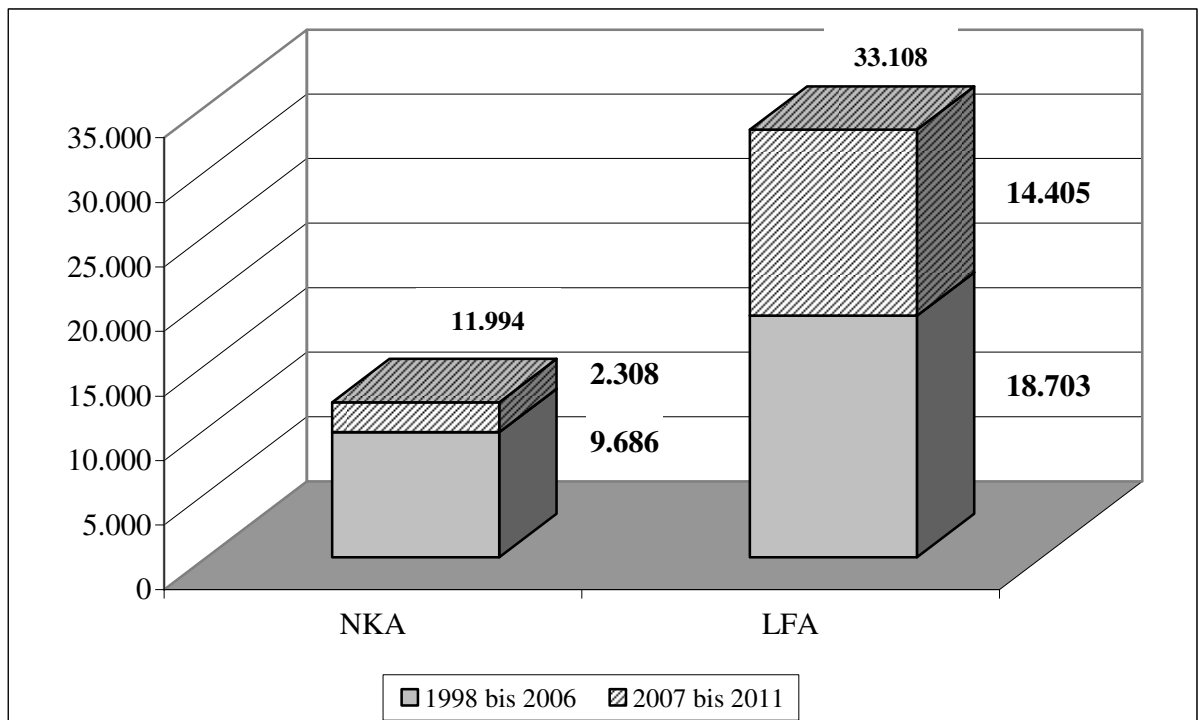
zurück. Einzelheiten zur Entwicklung der jährlichen Neuverschuldung und des Schuldenstandes sind aus **Übersicht 6** ersichtlich.

LFA-Zahlungen im Planungszeitraum fast sechs mal so hoch wie NKA

Dass eine schnellere Rückführung der Nettokreditaufnahme sowie des Schuldenstandes nicht gelingt, muss auch im Lichte der stark steigenden Zahlungsverpflichtungen des Landes im bundesstaatlichen Finanzausgleich gesehen werden. Allein zwischen 1998 und dem Jahr 2006 flossen insgesamt rd. 18,7 Mrd. Euro von Hessen in die finanzschwachen Länder. Diesen Solidarleistungen stand im selben Zeitraum jedoch eine Nettokreditaufnahme von lediglich 9,7 Mrd. Euro und damit nur eine etwa halb so hohe Neuverschuldung gegenüber.

Die Abbildung 18, in der neben den kumulierten LFA-Zahlungen sowie der kumulierten Neuverschuldung des Landes in den Jahren 1998 bis 2006 zusätzlich noch die entsprechenden Werte für den Finanzplanungszeitraum ausgewiesen werden, verdeutlicht, dass sich die Relation zwischen Kreditaufnahme und LFA-Zahlungen weiter deutlich verschlechtert. In den Jahren 2007 bis 2011 wird das Land sechsmal soviel in den Länderfinanzausgleich eingezahlt haben, wie es an neuen Schulden aufgenommen hat.

Abbildung 18: LFA-Belastung und Nettokreditaufnahme des Landes 1998 bis 2011 (in Mio. Euro)



IV. Die Oberziele im Finanzplanungszeitraum

1. Die Oberziele des Landes

Reform des Haushaltswe- sens

Hessen verfolgt im Rahmen der Einführung der Neuen Verwaltungssteuerung das Ziel einer leistungsbezogenen Planaufstellung, in der die finanziellen Ressourcen unmittelbar mit Leistungsvorgaben und politischen Zielen verknüpft werden. Mit der landesweiten Einführung des auf dem kaufmännischen Rechnungswesen basierenden Produkthaushalts im Jahr 2008 hat die Landesregierung hierbei einen weiteren Meilenstein in dieser Richtung erreicht (vgl. zum Umsetzungsstand auch Kapitel V.1.).

Die Steuerung des Landeshaushalts über Produkte erfordert für jeden Geschäftsbereich ein Zielsystem, das die Ziele mit den dazugehörigen Produkten einschließlich der Indikatoren zur Wirkungsmessung, Mengeneinheiten, Kosten und Qualitäten verknüpft. Das Zielsystem der Ressorts wird dabei durch Oberziele bestimmt, die vom Kabinett beschlossen wurden und die strategischen Zielsetzungen des Landes beschreiben. Derzeit umfasst das Zielsystem der Landesregierung 16 Oberziele (eine ausführliche Darstellung findet sich im Finanzplan 2006 bis 2010 auf den Seiten 45 f.). Es wird durch die darunter liegende Ebene der Fachziele und den diesen zugeordneten Produkten weiter konkretisiert.

Weiterent- wicklung der mittelfristigen Finanzpla- nung ...

Die Einführung des kaufmännischen Rechnungswesens sowie die Steuerung des Haushalts über Ziele definieren auch den Rahmen, in dem sich die Weiterentwicklung der bisherigen mittelfristigen Finanzplanung hin zu einem aussagefähigen Informations- und Steuerungsinstrument bewegen muss.

... zu einer aufwandsbe- zogenen Fi- nanz- und Entwick- lungsplanung

In den kommenden Jahren soll daher die bisherige Finanzplanung von einer rein kameralen Liquiditätsplanung zu einer auf dem kaufmännischen Rechnungswesen basierenden Finanz- und Entwicklungsplanung weiterentwickelt werden, wobei der Fokus der Betrachtung künftig auf der den Oberzielen untergeordneten Fachziel-ebene liegen soll. Mit der vollständigen Umstellung des bisherigen kameralen Haushalts auf den Produkthaushalt sind die notwendigen inhaltlichen Voraussetzungen dafür geschaffen worden.

2. Gesamtüberblick über die finanzielle Entwicklung der Oberziele im Finanzplanungszeitraum

Hessen inves- tiert in zu- kunftswesen- de Bereiche

Die auf den Säulen „Konsolidierung“ und „Investitionen“ basierende Gesamtstrategie des Landes ist darauf ausgerichtet, neben der Zurückgewinnung finanzpoliti-

scher Handlungsspielräume, durch einen gezielten Mitteleinsatz die Spitzenposition des Standorts Hessen im Ländervergleich zu behaupten und auszubauen.

**Entwicklung
der Oberziele
im Finanzpla-
nungszeit-
raum**

Die Landesregierung setzt daher mit dem Haushalt 2008 und der Finanzplanung 2007 bis 2011 den in den vergangenen Jahren begonnenen Kurs fort und investiert gezielt in die für die Zukunftsfähigkeit des Landes besonders bedeutsamen Oberziele „Bildung und Wissenschaft (Einzelplan 04)“, „Bildung und Wissenschaft (Einzelplan 15)“, „Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung“ sowie „Innere Sicherheit, Brand- und Katastrophenschutz“. Zudem setzt sie deutliche Akzente in dem Oberziel „Arbeit, Familie, Soziales“ im Bereich der Kinderbetreuung. In Tabelle 8 wird die Entwicklung der Oberziele – allerdings noch ausgabenbezogen – auf Basis der bereinigten Gesamtausgaben im Finanzplanungszeitraum dargestellt. Zu den in der Tabelle enthaltenen Entwicklungen ist Folgendes anzumerken:

**„Politische
Steuerung“
und „Koordi-
nierung“**

Die Ausgabenspitze beim Oberziel „Politische Steuerungsfunktion“ im Jahr 2008 ist durch den Landtagsneubau begründet. Die Entwicklung beim Oberziel „Koordination“ wird insbesondere durch den Anstieg der Mittel für die Stiftung „Flughafen Frankfurt für die Region“ in den Jahren 2010 und 2011 sowie durch die Ausgaben für den „Zensus 2011“ im Jahr 2011 geprägt.

**„Innere Si-
cherheit“
und „Sport“**

Der Ausgabenverlauf beim Oberziel „Innere Sicherheit, Brand- und Katastrophenschutz“ ist neben den Verbesserungen im Personalbereich (lineare Einkommenserhöhungen, Schaffung neuer Stellen) sowie dem Austausch von gebrauchten durch neue Polizeifahrzeuge im Wesentlichen durch die im Finanzplanungszeitraum veranschlagten Mittel für den BOS-Digitalfunk gekennzeichnet. Der Rückgang beim Oberziel „Sport“ im Jahre 2009 gegenüber dem Vorjahr ist auf das Auslaufen des Investitionsprogramms „Sportland Hessen“ zurückzuführen.

**„Bildung und
Wissenschaft“
(Epl. 04)**

Die Mittel für das Oberziel „Bildung und Wissenschaft“ (Einzelplan 04) werden im Finanzplanungszeitraum gegenüber dem Jahr 2007 um insgesamt 114 Mio. Euro erhöht. Unter Berücksichtigung des Auslaufens des Bundesprogramms „Zukunft und Bildung“ für den Ausbau von Ganztagschulen, für das im Jahr 2007 noch knapp 49 Mio. Euro veranschlagt waren, steigen die Ausgaben insgesamt um über 160 Mio. Euro an. Mit den zusätzlichen Mitteln werden u.a. die Schaffung neuer Lehrerstellen sowie steigende Zuschüsse an Ersatzschulen finanziert.

Tabelle 8: Die Entwicklung der Oberziele im Finanzplanungszeitraum¹

Epl.	Oberziel	Soll	Entwurf	Planjahre		
		2007 ³	2008	2009	2010	2011
		in Mio. Euro				
01	Politische Steuerungsfunktion des Parlaments sicherstellen	49,6	62,4	45	42	42
	Hessischer Datenschutzbeauftragter	2,0	2,1	2	2	2
02	Koordinierung	56,8	60,7	63	76	87
03	Innere Sicherheit, Brand- und Katastrophenschutz ²	1.114,5	1.166,9	1.298	1.269	1.179
	Moderne Verwaltung und eGovernment	38,0	41,0	41	41	41
	Sport	17,8	15,0	10	10	10
04	Bildung und Wissenschaft	2.898,0	3.005,5	3.011	3.009	3.012
05	Justiz	929,2	964,7	977	976	974
06, 17	Finanzen	9.414,7	10.252,7	10.489	10.762	11.144
07	Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung ²	1.507,9	1.592,5	1.599	1.575	1.539
08	Arbeit, Familie, Soziales ²	904,4	1.017,8	1.069	1.058	1.052
09	Umwelt, ländlicher Raum und Verbraucherschutz ²	561,2	593,8	583	546	545
10	Staatsgerichtshof	0,7	0,5	1	1	1
11	Hessischer Rechnungshof	18,6	18,8	18	18	18
15	Bildung und Wissenschaft	1.794,2	1.977,5	2.045	2.123	2.161
	Kunst und Kultur	244,8	251,7	275	265	262
	Summe	19.552,3	21.023,6	21.525	21.771	22.070

Abweichung in der Summe durch Runden

¹ Die Ausgaben im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs, nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) sowie des Einzelplans 18 (Staatliche Hochbaumaßnahmen) sind den jeweiligen Oberzielen zugeordnet worden.

² Die ab 2008 zentral im Einzelplan 03 veranschlagten Ausgaben der Regierungspräsidien sind den jeweiligen Oberzielen der Einzelpläne 03, 07, 08 und 09 zugeordnet worden.

³ Die im Haushalt 2007 bei den Ressorts veranschlagten Versorgungsausgaben sind mit Blick auf die Vergleichbarkeit mit den Folgejahren zentral dem Oberziel „Finanzen“ zugeordnet worden.

„Justiz“ und „Finanzen“

Beim Oberziel „Justiz“ steigen die Ausgaben im Jahr 2008 gegenüber dem Jahr 2007 deutlich an und werden in den kommenden Jahren auf einem leicht erhöhten Niveau fortgeführt. Zu dieser Entwicklung trägt u.a. der Abriss und Neubau der Justizvollzugsanstalt Frankfurt am Main I bei. Die Entwicklung der Ausgaben beim

Oberziel „Finanzen“ wird im Wesentlichen durch stark wachsende Zahlungsverpflichtungen des Landes in den Finanzausgleichssystemen (Länderfinanzausgleich und Kommunalen Finanzausgleich) geprägt. Daneben schlägt auch der Anstieg der Versorgungsausgaben zu Buche, die ab dem Jahr 2008 nicht mehr dezentral bei den Ressorts, sondern zentral bei der im Einzelplan 17 veranschlagten Vorsorgekasse erfasst werden.

**„Wirtschaft,
Verkehr und
Landesent-
wicklung“**

Der Anstieg der Ausgaben beim Oberziel „Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung“ um über 90 Mio. Euro bis zum Jahr 2009 resultiert vor allem aus der deutlichen Erhöhung der Mittel für den Landesstraßenbau, dem Ausbau des Flughafens Kassel-Calden sowie einer Ausweitung der Mittel für die Städtebauförderung und des Programms „Erstausbildung“. Darüber hinaus findet die neue EU-Förderperiode 2007 bis 2013 ihren Niederschlag. Der in den Folgejahren zu verzeichnende Rückgang ist neben der weitgehenden Abwicklung des Flughafenausbaus Kassel-Calden auch auf das Auslaufen der Mittel der abgeschlossenen EU-Förderperiode 2000 bis 2006 am Ende des Planungszeitraums zurückzuführen.

**„Arbeit, Fa-
milie und
Soziales“**

Die Ausgaben für das Oberziel „Arbeit, Familie und Soziales“ werden im Finanzplanungszeitraum um insgesamt rd. 150 Mio. Euro erhöht. Zentrale Ursache für diese Entwicklung sind die zusätzlichen Anstrengungen des Landes zum Ausbau der Betreuung von Kindern unter drei Jahren. Für diesen Zweck werden die hierfür im Kommunalen Finanzausgleich veranschlagten Mittel ab dem Jahr 2008 verdoppelt. Zudem sind erstmals ab dem Jahr 2009 Bundesmittel auf Grund des Kompromisses zwischen Bund und Ländern zum Ausbau der Kinderbetreuung veranschlagt. Daneben schlägt auch die deutliche Erhöhung der Mittel für die Abfinanzierung von Krankenhausinvestitionen im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs zu Buche. Diesen Ausgabenanstiegen stehen insbesondere sinkende Ausgaben beim Landesaufnahmegesetz gegenüber.

**„Umwelt,
ländlicher
Raum und
Verbraucher-
schutz“**

Die Ausgaben für das Oberziel „Umwelt, ländlicher Raum und Verbraucherschutz“ werden – nachdem sie in den Jahren 2008 und 2009 auf etwa gleichem Niveau fortgeführt werden – im Jahr 2010 um fast 40 Mio. Euro abgesenkt. Maßgeblich für diese Entwicklung ist der geringere Finanzbedarf für wasserwirtschaftliche Maßnahmen im Kommunalen Finanzausgleich, wobei die bisherige Förderung im Jahr 2009 weitgehend ausläuft und das Sonderprogramm Darlehensfinanzierung ab dem Jahr 2010 nunmehr voll zum Tragen kommt.

**„Bildung und
Wissenschaft“
(Epl. 15) und
„Kunst und
Kultur“**

Die Ausgaben im Bereich des Oberziels „Bildung und Wissenschaft“ erhöhen sich im Planungszeitraum um fast 370 Mio. Euro und liegen im Planungsendjahr rund ein Fünftel höher als im Jahr 2007. Dieser beachtliche Zuwachs ist das Ergebnis stark steigender Zuschüsse an Universitäten und Fachhochschulen einschließlich der Mittel für den „Hochschulpakt 2020“, zusätzlicher Ausgaben im Rahmen der Wissenschafts- und Forschungsförderung außerhalb der Hochschulen und der Auflegung des LOEWE-Fonds im Jahr 2008. Die Entwicklung der Ausgaben für das Oberziel „Kunst und Kultur“ wird insbesondere durch die Neugestaltung der Museumslandschaft Kassel zu einer der bedeutendsten Kultur- und Kunststandorte Deutschlands geprägt.

3. Besondere Einzelmaßnahmen im Finanzplanungszeitraum

Zur Erreichung der Oberziele tragen neben der Fortführung bestehender Programme die Schaffung neuer bzw. der Ausbau bestehender Einzelprojekte bei. Nachfolgende Maßnahmen sind hierbei besonders hervorzuheben.

Oberziel „Innere Sicherheit, Brand- und Katastrophenschutz“:

**Förderung der
Arbeit von
Polizei und
Katastrophenschutz
sowie
Investitionen
in die Terror-
bekämpfung**

- Die Personalausstattung der Polizei wird durch Schaffung von 33 zusätzlichen Stellen, der Wiederbesetzung von zusätzlich 150 Kommissaranwärterstellen sowie dem Wegfall von 40 kw-Vermerken bei Kommissaranwärterstellen erneut verbessert. Außerdem werden beim Landesamt für Verfassungsschutz 12 neue Stellen zur Observation (Bekämpfung des islamistischen Terrorismus) geschaffen.
- Hessen nimmt an der bundesweiten Einführung des Digitalfunks für Polizei und Rettungsdienste teil. Als Anlaufquote sind im Haushaltsplanentwurf 2008 rd. 10 Mio. Euro vorgesehen, außerdem Verpflichtungsermächtigungen von 190 Mio. Euro. Zur Verbesserung der Geräteausstattung der Polizei werden 5,7 Mio. Euro zusätzlich im Jahr 2008 bereitgestellt und für die Jahre 2009 bis 2011 9,0 Mio. Euro an Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt.
- Für den Ersatz von Katastrophenschutzfahrzeugen sind 3,0 Mio. Euro vorgesehen. Die Deichverstärkungsmaßnahmen an Rhein und Main werden auf hohem Niveau fortgeführt; für 2008 und für die Folgejahre sind hierfür jeweils 10,0 Mio. Euro vorgesehen.

Oberziel „Bildung und Wissenschaft“ (Einzelplan 04)

Hessen investiert weiter in den Schulbereich ...

- Durch die Einstellung von 130 zusätzlichen Lehrern sowie die Erhöhung der Vertretungsmittel um 10 Mio. Euro auf 52 Mio. Euro wird die Unterrichtsversorgung („Unterrichtsgarantie plus“) weiter verbessert.
- Ab dem Schuljahr 2008/2009 läuft die Verordnung zur zusätzlichen Unterrichtsverpflichtung (ZUV-Stunde) aus. Zur Abdeckung des daraus resultierenden Personalmehrbedarfs und zur „Rückgabe“ der zusätzlich geleisteten Unterrichtsstunde sind im Haushalt 2008 bis zu 1.384 neue Lehrerstellen und 26 Mio. Euro vorgesehen.
- Im Hinblick auf steigende Schülerzahlen werden die Zuschüsse an die Ersatzschulen im Finanzplanungszeitraum um mehr als 20 Mio. Euro erhöht.

Oberziel „Bildung und Wissenschaft“ (Einzelplan 15)

...und garantiert den Hochschulen Planungssicherheit

- Zur Stärkung des Kapitals der Stiftungsuniversität Frankfurt werden 20 Mio. Euro bereitgestellt. Darüber hinaus sollen die Erlöse aus der Veräußerung des Altstandorts der Universität dazu verwendet werden, Zustiftungen Dritter aus Landesmitteln bis zur Höhe von 50 Mio. Euro zu „verdoppeln“.
- Die Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder, an der Hessen teilnimmt, umfasst bis 2011 ein Finanzvolumen von 1,9 Mrd. Euro. Damit werden Graduiertenschulen, „Exzellenzcluster“ und Zukunftskonzepte zum projektbezogenen Ausbau der universitären Spitzenforschung gefördert. Das Sitzland trägt 25% des Fördervolumens (Ansatz im Landeshaushalt 2008: rd. 9,0 Mio. Euro).
- Das Hochschulbudget wird von 1.191,7 Mio. Euro auf 1.232,5 Mio. Euro erhöht. Diese im Hochschulpakt dem Grunde nach vereinbarte Steigerung ergibt sich insbesondere durch die Erhöhung der Steuereinnahmen (17,4 Mio. Euro), wegen Besoldungs- und Tarifsteigerungen (8,5 Mio. Euro Landesanteil) sowie höherer Bauraten (8,8 Mio. Euro) für den Neubau der Universitäts- und Landesbibliothek der Technischen Universität Darmstadt (Gesamtkosten 60 Mio. Euro) bzw. Sanierung des Residenzschlosses Darmstadt (Gesamtkosten 40 Mio. Euro).
- Die Ausgaben für den Bund-Länder-Hochschulpakt 2020 steigen um rd. 10,1 Mio. Euro auf 15,4 Mio. Euro und werden je zur Hälfte von Bund und Land getragen.

**HEUREKA-
Programm
mit Gesamtvolumen von
3 Mrd. Euro**

- Mit dem HEUREKA-Programm finanziert das Land Hessen von 2008 bis 2020 Baumaßnahmen mit einem Gesamtvolumen von 3 Mrd. Euro für die hessischen Hochschulen. Ab dem Haushaltsjahr 2008 wird ein jährliches Ausgabevolumen von insgesamt 250,0 Mio. Euro (einschl. der Pauschale für die TU Darmstadt von 25,5 Mio. Euro) bereitgestellt.

Im Einzelnen sollen ab 2008 folgende neue Baumaßnahmen finanziert werden:

- Universität Frankfurt am Main – Erweiterung der Zentralmensa auf dem Campus Riedberg 2,6 Mio. Euro (Gesamtkosten 2,9 Mio. Euro)
- Universität Frankfurt am Main – Zweite Ausbaustufe auf dem Campus Westend: Neubau eines Institutsgebäudes für die Gesellschaftswissenschaften 4,8 Mio. Euro (Gesamtkosten 116,3 Mio. Euro)
- Hochschule Darmstadt – Grundinstandsetzung des Hochhauses 2,5 Mio. Euro (Gesamtkosten 38,8 Mio. Euro)
- Universität Gießen – Neuordnung Campus Veterinärmedizin (erster Bauschnitt) 2,0 Mio. Euro (Gesamtkosten 49,7 Mio. Euro)
- Universität Kassel – Neue Baumaßnahmen in Höhe von 1,25 Mio. Euro (Gesamtkosten 12,8 Mio. Euro)

**Forschungs-
und Innovationsprogramm
LOEWE wird
bis 2010 auf
90 Mio. Euro
gesteigert**

- Zur Umsetzung der Beschlüsse der EU-Regierungschefs, die Ausgaben für Forschung und Entwicklung bis zum Jahr 2010 gegenüber 2003 von 2,5 % auf 3 % des Bruttoinlandsprodukts zu steigern, wird das Forschungs- und Innovationsprogramm LOEWE im Umfang von 90 Mio. Euro pro Jahr im Endausbau ab dem Jahr 2010 aufgelegt. Im Haushalt 2008 werden dafür zunächst 20 Mio. Euro bereitgestellt sowie zusätzliche Verpflichtungsermächtigungen von je 50 Mio. Euro zu Lasten der Jahre 2009 und 2010.
- Die freiwilligen Subventionen an die Studentenwerke werden zur Teilfinanzierung von KITA-Plätzen nochmals auf nunmehr 10,3 Mio. Euro erhöht.

Oberziel „Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung“:

**Weiterer
Ausbau der
hessischen
Infrastruktur**

- Die Mittel für das Landesstraßenbauprogramm werden um weitere 15 Mio. Euro auf 100 Mio. Euro erhöht. Für den Ausbau des Verkehrslandeplatzes Kassel-Calden zu einem Regionalflughafen werden im Jahr 2008 weitere 18,6 Mio. Euro bereitgestellt. In den beiden Folgejahren sind investive Mittel in Höhe von zusammen über 60 Mio. Euro veranschlagt.

- In den Planjahren ab 2009 sind zur Vorfinanzierung von Planungskosten für den Ausbau bzw. Neubau der Bahnstrecke Frankfurt - Hanau - Fulda und den Ausbau des Bahnknotens Frankfurt-Sportfeld/Niederräder Brücke bis zu 1,5 Mio. Euro vorgesehen.
- Verbesserung der Ausbildungssituation**
- Es wird ein neues Ausbildungsplatzprogramm (Erstausbildung) mit bis zu 4.000 neuen Plätzen (Programmvolumen 2008 insgesamt 22 Mio. Euro) aufgelegt.
 - Für die Förderung des geplanten Feriengebiets Beberbeck werden ein Ansatz von 5 Mio. Euro sowie Verpflichtungsermächtigungen von 25 Mio. Euro ausgebracht.
- Beseitigung baulicher Hindernisse für Schwerbehinderter**
- Zur Beseitigung baulicher Hindernisse für Menschen mit Behinderungen wird ein Ansatz von 1 Mio. Euro ausgebracht. Außerdem wird ein Darlehensprogramm für den behindertengerechten Umbau von Mietwohnungen mit einem Volumen von 5 Mio. Euro aufgelegt.
 - Zur Förderung des „innovativen Medizinstandortes Mittelhessen“ sind 1 Mio. Euro (Programmvolumen 2008 insgesamt 3 Mio. Euro) im Haushaltsentwurf enthalten.
- Neben den Schwerpunktbereichen sind darüber hinaus bei den übrigen Oberzielen insbesondere folgende Schwerpunktmaßnahmen zu nennen:
- Oberziel „Justiz“:**
- Verbesserungen im Strafvollzug**
- Insbesondere für eine besonders enge und kontinuierliche Überwachung von Sexualstraftätern ist ein Sicherheitsmanagement vorgesehen. Für den damit verbundenen erhöhten Betreuungsbedarf werden 23 Stellen für Bewährungshelfer geschaffen.
 - Für die Umsetzung des neuen Jugendstrafvollzugsgesetzes werden 27,5 neue Stellen bereitgestellt.
- Oberziel „Finanzen“:**
- Land setzt Akzent im Klimaschutz**
- Für das erstmals veranschlagte „CO₂-Verminderungsprogramm“ in Höhe von nahezu 50 Mio. Euro für vom Hessischen Immobilienmanagement verwaltete Liegenschaften werden in einer ersten Tranche 5 Mio. Euro an Haushaltsmitteln bereitgestellt.
 - Zur Sanierung des Sprudelhofs des ehemaligen Staatsbades Bad Nauheim wollen Stadt und Land eine öffentlich-rechtliche Stiftung gründen. Im Haushalt

2008 ist für das Stiftungskapital eine erste Rate von 2 Mio. Euro vorgesehen. Dazu kommen 150.000 Euro als Landesanteil an den laufenden Kosten der Stiftung.

Oberziel „Umwelt, ländlicher Raum und Verbraucherschutz“:

Hessen ist
Vorreiter
beim Arten-
schutz

- Für Maßnahmen zu Altlastensanierung und vorsorgendem Bodenschutz werden für 2008 28,4 Mio. Euro vorgesehen; die Sanierungsmaßnahmen werden im Finanzplanungszeitraum fortgeführt. Die energetische und stoffliche Nutzung von Biorohstoffen wird allein im Jahr 2008 mit 8,1 Mio. Euro gefördert.
- Als erstes Bundesland hat Hessen den Artenschutzvertrag der Weltnaturschutzorganisation IUCN zum Schutz der biologischen Vielfalt unterzeichnet. Darin verpflichtet sich das Land u. a., das Netzwerk Natura 2000 bis zum Jahr 2010 zu vervollständigen. Hierzu werden im Jahr 2008 die Finanzierungsmittel auf 5,3 Mio. Euro aufgestockt.

Oberziel „Arbeit, Familie und Soziales“:

Förderung
weiterer Ar-
beitsmarkt-
programme

- Zur Umsetzung des hessischen „Pakts für Ausbildung“ mit entsprechender Kompensation ausfallender ESF-Mittel werden die Landesmittel um 3,6 Mio. Euro auf 27,5 Mio. Euro verstärkt.
- Durch Inbetriebnahme der Einrichtung in Bad Emstal-Merxhausen erhöht sich die Verwaltungskostenerstattung beim Maßregelvollzug um 10,6 Mio. Euro auf 73,0 Mio. Euro im Jahr 2008. Bis zum Planungsendjahr ist ein Anstieg der Erstattungen an den LWV Hessen auf 80 Mio. Euro vorgesehen. Außerdem werden für Umbaumaßnahmen in den Kliniken Eltville und Hadamar sowie für den Neubau einer Klinik in Riedstadt für das Jahr 2008 zusätzlich 6,1 Mio. Euro bereitgestellt; die Mittel werden im Finanzplanungszeitraum weiter fortgeführt (2010: 20,0 Mio. Euro, 2011: 15,0 Mio. Euro).
- Für das Arbeitsmarktprogramm "Erfahrung hat Zukunft" wird der Haushaltsansatz von 8,3 Mio. Euro im Jahr 2007 auf 23 Mio. Euro in 2008 erhöht. In Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit schafft die Landesregierung damit die Voraussetzungen, um bis zu 1.000 ältere Arbeitslose wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Familienland
Hessen

- Verdoppelung des Haushaltsansatzes für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren auf 90 Mio. Euro ab 2008 (Programm BAMBINI). Darüber hinaus wer-

den erstmals ab dem Jahr 2009 Bundesmittel veranschlagt. Im Rahmen des Programms KNIRPS verfolgt die Landesregierung das Ziel, die aktuelle Betreuungsquote von 11,54 % bis Ende 2008 auf über 20 % zu steigern.

Oberziel „Kunst und Kultur“:

Weiterentwicklung der Kulturregion Rhein-Main...

- Zur Förderung der Kulturregion Rhein-Main wurden rd. 5 Mio. Euro neu in den Haushalt aufgenommen. Mit diesen Mitteln sollen neben regionalen, dezentralen Projekten insbesondere kulturelle Großereignisse von nationaler und internationaler Bedeutung im Rhein-Main-Gebiet mitfinanziert werden.
- Das Rheingau Musik Festival wird den Altstandort der Staatsweingüter in Eltville erwerben. An der Finanzierung der dort erforderlichen Investitionen beteiligt sich neben dem Kreis auch das Land (3,7 Mio. Euro, hälftig in 2008 und 2009). Für das Filmhaus Murnau sowie den Neubau des Stadtmuseums Wiesbaden sind jeweils 1,7 Mio. Euro vorgesehen.

...und Förderung kultureller Ereignisse und Einrichtungen

- Um den Restaurierungsstau vor allem bei privaten Denkmaleigümern abzubauen, werden die Landesfördermittel für Denkmalpflege erhöht (2008 um 2,0 Mio. Euro, Fortschreibung in den Folgejahren unter Berücksichtigung der „1 %-Steigerung“).
- Zur Finanzierung größerer Bauunterhaltungsmaßnahmen in den Jahren 2008 und 2009 beim Staatstheater Kassel in Höhe von insgesamt 6,5 Mio. Euro stellt das Land in 2008 als erste Rate 2,2 Mio. Euro zur Verfügung.

V. Modernisierung und Umbau der Landesverwaltung

1. Umsetzung der Neuen Verwaltungssteuerung

Landesregierung treibt Verwaltungsmodernisierung weiter voran

Die Investitionen zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Landes werden durch das Vorantreiben der Modernisierung der Verwaltung ergänzt. Nur mit einer modernen und leistungsfähigen Verwaltung, die sich auf ihre Kernkompetenzen zurückzieht und sich auf die wesentlichen Bedürfnisse des Landes konzentriert, können die künftigen Herausforderungen im sich verschärfenden Standortwettbewerb bewältigt werden.

Die Hessische Landesregierung hat daher im Rahmen der Einführung der Neuen Verwaltungssteuerung (NVS) beschlossen, die in der Privatwirtschaft bewährten betriebswirtschaftlichen Steuerungsinstrumente zu nutzen. Hierzu gehören:

**Kernelemente
der NVS**

- die Einführung des kaufmännischen Rechnungswesens als führendes System mit doppelter Buchführung, Kosten- und Leistungsrechnung und Controlling,
- die Beschränkung der Kameralistik auf das gesetzlich vorgeschriebene Mindestmaß,
- die Entwicklung von Zielsystemen,
- die Planung und Steuerung des Haushalts über eine ergebnisorientierte Mittelzuweisung durch die Definition von Produkten und Aufstellung von Produkthaushalten,
- die Zusammenführung von Aufgaben- und Ausgabenverantwortung und Dezentralisierung der Ressourcenverantwortung,
- die Erstellung von Jahresabschlüssen und Teilkonzernbilanzen für die Ressorts,
- die Konsolidierung der Teilkonzernbilanzen zum Gesamtabchluss „Land Hessen“ sowie
- der Aufbau eines einheitlichen Systems zum Personalmanagement und zur Personalkostensteuerung.

**Einführung
der Produkt-
haushalte im
Jahr 2008
erfolgreich
abgeschlossen**

Nach der landesweiten Einführung der doppelten Buchführung haben im Haushaltsjahr 2005 erstmals insgesamt acht Verwaltungseinheiten einen Produkthaushalt aufgestellt. Für das Haushaltsjahr 2006 schlossen sich weitere neun Buchungskreise an, im Haushaltsjahr 2007 weitere 21 Buchungskreise. In 2008 werden auch die übrigen 19 Buchungskreise in die Struktur eines Produkthaushalts überführt. Die flächendeckende Einführung des Produkthaushalts ist damit plan- und termingerecht erreicht. Im Planungszeitraum werden die Steuerungsinstrumente ausgebaut, um die Wirkung des verbesserten fachlichen Vollzugs zu verstärken. Im Übrigen wird der Status der NVS als Projekt beendet und als Linienaufgabe weitergeführt.

Nachdem alle Förderprogramme auf Ressortebene in Form eines Fördermittelbuchungskreises in die neue leistungsbezogene Haushaltssystematik überführt wurden, ist es nunmehr erforderlich, diesen Buchungskreisen eine Softwarelösung zur Verfügung zu stellen, die die spezifischen Bewirtschaftungsprozesse unterstützt und die Anforderungen der Finanzbuchhaltung, des Controllings und des Haushaltsmanagements im Hintergrund erfüllt. Dies wird im Verlauf des Jahres 2008 umgesetzt.

**Zielsystem,
Balanced
Scorecard
(BSC), Be-
richtswesen**

Der im Wirtschaftsplan (Leistungs-, Erfolgs- und Finanzplan) festgelegte Leistungsumfang, den die Landesregierung für das Haushaltsjahr plant, wird durch Produkte bestimmt, die der Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben und fachpolitischer Ziele dienen, und die mit Mengen, Preisen und Qualitäten definiert sind. Die Einhaltung von Kosten und Qualitäten wird durch ein Standardberichtswesen gewährleistet, das sich derzeit noch im Aufbau befindet. Zunächst werden Berichte zum Rechnungswesen aufgebaut. Diese sollen dann um Informationen zu den Qualitäten – orientiert an der Systematik der Balanced Scorecard (BSC) – ergänzt werden. Bei der BSC handelt es sich um ein strategieorientiertes Steuerungsinstrument, das neben der Betrachtung rein monetärer Faktoren auch qualitative Aspekte wie Leistungswirkung, Prozessqualität und Kundenzufriedenheit aufzeigt. So lassen sich Leistungserfolge oder Fehlsteuerungen identifizieren und die Erreichung der Zielvorgaben messen.

**Konzern-
bilanzierung**

Nachdem die ersten Pilot-Teilkonzerneröffnungsbilanzen für Justiz und Staatskanzlei erstellt worden sind, erfolgt die Erstellung weiterer Teilkonzernbilanzen in Staffeln. Die zeitliche Planung der Eröffnungs- und Schlussbilanzierung der einzelnen Teilkonzerne sieht die Erstellung einer Eröffnungsbilanz des Landes Hessen auf den 1. Januar 2009 vor.

**Einführung
der Vorsorge-
kasse**

Die derzeitige Abwicklung und Abbildung der Versorgung im Land Hessen ist durch ein vielschichtiges Geflecht von Beziehungen zwischen verschiedenen Buchungskreisen geprägt. Auf Grund der Komplexität der hiermit verbundenen Buchungslogik und des Arbeitsumfangs der operativen Buchungskreise werden die derzeit bestehenden elf Versorgungsbuchungskreise zum 1. Januar 2008 in einem einheitlichen Versorgungsbuchungskreis, der Vorsorgekasse, zusammengeführt.

Zusätzlich wurde ein vereinfachtes Konzept für die Abwicklung der Versorgung in Hessen entwickelt. Es baut auf einer Versicherungslösung auf, bei der die operativen Buchungskreise während der aktiven Zeit der pensionsberechtigten Mitarbeiter eine laufbahngruppenspezifische Vorsorgeprämie entrichten, mit der die Buchungskreise von zukünftigen finanziellen Verpflichtungen für die Mitarbeiter entbunden werden. Neben einer Straffung der Prozesse und der inhaltlichen Bündelung der Geschäftsvorfälle in einem Buchungskreis werden mit der Einführung eines Prämienmodells gleichzeitig Transparenz bei der Ermittlung der Beiträge sowie Planungssicherheit für alle Beteiligten gewährleistet.

2. Weitere Modernisierungsbausteine

Umfassender Umbau der hessischen Landesverwaltung

Die Reform des Haushalts- und Rechnungswesens ist allerdings nur ein Baustein eines umfassenden Umbaus der Hessischen Landesverwaltung, mit der die Landesregierung auf die Herausforderungen der Globalisierung reagiert. Diese werden sich nur mit einer schlanken, leistungsfähigen und auf ihre hoheitlichen Aufgabenbereiche beschränkenden Verwaltung bewältigen lassen.

Mit dem angestoßenen und in den vergangenen Jahren konsequent vorangetriebenen Reformenkurs in den Projektbereichen „Aufgabenabbau, Privatisierung, Landesbetriebe“, „Verfahrensbeschleunigung, Vorschriftenabbau“, „eGovernment“, „Bündelung und Delegation“, „Neue Verwaltungssteuerung und modernes Rechnungswesen“ (vgl. hierzu Gliederungspunkt V.1) sowie „Personalmanagement“ bereitet die Landesregierung das Land zielstrebig auf die sich ändernden Rahmenbedingungen vor. Neben der notwendigen Rückführung der Landesverwaltung auf solche Bereiche, in denen hoheitliches Handeln zukünftig unabdingbar ist, verfolgt die Landesregierung das Ziel, bestehende Effizienzpotenziale zur weiteren Stärkung des Landes zu heben. Sie leistet damit nicht zuletzt auch einen erheblichen Beitrag zur Konsolidierung des Landeshaushalts.

Modernisierung der Landesverwaltung schreitet weiter voran

Die Modernisierung der Landesverwaltung in den einzelnen Projektbereichen schreitet planmäßig voran. Über die bereits in der letztjährigen Finanzplanung 2006 bis 2010 aufgeführten Projekten hinaus, sind beispielhaft die nachfolgend aufgeführten Maßnahmen in den einzelnen Projektbereichen neu hervorzuheben.¹

1. Aufgabenabbau, Privatisierung, Landesbetriebe

- **Wartung und Betrieb von Landesstraßen:** In Rahmen eines Pilotvorhabens werden erstmalig die gesamten Betriebsaufgaben der Straßenmeisterei in Groß-Umstadt auf einen privaten Anbieter über einen Zeitraum von drei Jahren übertragen. Zum Vergleich der Leistungsfähigkeit wurden zwei ähnlich strukturierte Referenzmeistereien ausgewählt, deren Betrieb durch die Straßen- und Verkehrsverwaltung ebenfalls optimiert wird.
- **Public Private Partnership (PPP):** Das Land beabsichtigt, künftig Bauvorhaben – nach Erprobung in mehreren Pilotprojekten und Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen – vorrangig in Zusammenarbeit mit Privaten im

Wartung von Landstraßen durch privaten Anbieter

Land bringt PPP-Projekte auf den Weg

¹ Einen umfassenden Überblick über den aktuellen Sachstand bei der Modernisierung der Landesverwaltung gibt die von der Hessischen Staatskanzlei herausgegebene Broschüre „Stand der Reform der Landesverwaltung“, Stand: Juni 2007. Zu finden unter www.reformkurs.hessen.de.

Rahmen von PPP-Projekten zu realisieren. Hierzu hat Ende 2004 eine interministerielle Arbeitsgruppe unter Federführung des Finanzministeriums vier geeignete PPP-Pilotprojekte im Bereich des öffentlichen Hochbaus identifiziert. Mittlerweile konnte das Finanzzentrum Kassel-Altmarkt im Dezember 2006 in Auftrag gegeben werden. Für das Justiz- und Verwaltungszentrum Wiesbaden (gemeinsam mit der Stadt Wiesbaden) erfolgte die Vertragsunterzeichnung im März 2007. Im April 2007 wurde für das PPP-Projekt „Cityrevier Wiesbaden“ der Auftrag erteilt. Das Vergabeverfahren für die Ämter für Bodenmanagement in Limburg, Büdingen, Korbach und Heppenheim wurde im Februar 2006 gestartet. Für das Polizeipräsidium Südosthessen laufen derzeit die Vorbereitungen.

2. Verfahrensbeschleunigung, Vorschriftenabbau

Erfolgreiche Arbeit der Normprüfungskommission: ...

- **Normprüfungskommission:** In Hessen werden alle neuen oder nach Ablauf der generellen Befristung auf fünf Jahre neu zu beschließenden Gesetze, Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften durch eine Normprüfungskommission auf ihre Zweckmäßigkeit, Kostenwirksamkeit, Verständlichkeit und Vollzugseignung überprüft.

... Hessen reduziert Vorschriftenbestand deutlich

Als Ergebnis der permanenten Evaluierung sowie von zwei zusätzlichen „großen“ Normprüfungswellen in den Jahren 1999/2000 und 2005 bis 2007 konnte der Vorschriftenbestand in Hessen deutlich reduziert werden. Allein im Verlauf der ersten Normprüfung konnten 39 % der Verwaltungsvorschriften und 15 % der Rechtsverordnungen außer Kraft gesetzt werden. Im Rahmen der zweiten Normprüfung wurde der Vorschriftenbestand um weitere 30 % reduziert.

Hessen erprobt das Standard-Kosten-Modell

- **Standard-Kosten-Modell:** Das Land Hessen hat sich im Jahr 2006 an einem Pilotprojekt der Bertelsmann-Stiftung zur Erprobung des Standard-Kosten-Modells beteiligt. Dieses bereits in mehreren europäischen Ländern eingeführte Modell ermöglicht eine objektivierte Messung von Bürokratiekosten, die durch staatliche Informationspflichten für Unternehmen entstehen. Nach dem Ergebnis des Standard-Kosten-Modell-Scans betragen die durch hessisches Landesrecht verursachten Bürokratiekosten weniger als 1%. Nun soll dieser Ansatz auch für die in Hessen bereits etablierte Gesetzesfolgenabschätzung nutzbar gemacht werden.

3. eGovernment

Hessen auf dem Weg zur papierarmen Verwaltung

- **Einheitliches Dokumentenmanagementsystem (DMS):** Mit der Einführung eines landesweit technisch und organisatorisch einheitlichen elektronischen Dokumentenmanagements (DMS) geht das Land einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur wirtschaftlichen und papierarmen Verwaltung. Das DMS ist organisatorisch um die E-Akte erweitert worden und wird in den nächsten Jahren weiter über fachliche Prozesse in der Verwaltung eingeführt.
- Durch das **zentrale Beschaffungsmanagement** des Landes wird eine effiziente, kostensparende und korruptionssichere Beschaffung sichergestellt. Bei den Einkaufspreisen und Prozesskosten werden durch Bedarfsbündelung und Standardisierung auf der Basis einer elektronischen Einkaufsabwicklung – eProcurement – erhebliche Einsparungen erzielt. Durch „just in time“- Anlieferungen und dadurch verminderte Bestände erfolgt eine Senkung der Lagerkosten. Mit der gleichzeitigen Einführung der elektronischen Auftragsvergabe – eVergabe – wird der Ausschreibungsprozess wirtschaftsfreundlicher und transparenter.

zentrales Beschaffungsmanagement führt zu Effizienzgewinnen

4. Bündelungen und Delegation

- Die Regierungspräsidien sind in die **zentrale IT-Infrastruktur** der Landesverwaltung eingebunden worden. Dadurch konnte eine Vereinheitlichung insbesondere bei den E-Mail-Systemen, der Internetauftritte und des Intranets erreicht werden. Fachinformationssysteme, z. B. Natureg, oder das Gewässerstrukturgüte-Informationssystem (GESIS), die bisher in mehrfacher organisatorischer und technischer Ausprägung eingesetzt wurden, wurden vereinheitlicht und werden somit effizienter betrieben und genutzt.

RPs in zentrale IT-Infrastruktur integriert

5. Personalmanagement

- **EDV-gestütztes Personal- und Stellenverwaltungssystem:** Die Einführung der Personalwirtschaft und Bezügeabrechnung unter SAP HR ist für alle Bediensteten der Hessischen Landesverwaltung Ende 2006 erfolgreich abgeschlossen worden. Sie gewährleistet im Rahmen eines integrierten Systems ein modernes, effizientes und effektives Personalmanagement und löst die vorhandenen personalwirtschaftlichen Altverfahren ab. Seit Januar 2007 werden mit Ausnahme der Hochschulen und Unikliniken (diese rechnen selbst ab) alle aktiven Landesmitarbeiter mit SAP HR verwaltet und abgerechnet. Die Administration und Abrechnung aller Versorgungsempfänger wird seit August 2005 mit SAP HR bearbeitet.

Umstellung auf SAP HR Ende 2006 erfolgreich abgeschlossen

VI. Übersichten

1. Eckdaten zur Entwicklung der Landesfinanzen

2. Einnahmen

3. Ausgaben

4. Finanzierungsübersicht

5. Steuereinnahmen

6. Neuverschuldung und Schuldenstand

7. Schuldendienst

8. Einnahmen und Ausgaben nach Arten
 (Gemeinsames Schema des Finanzplanungsrates)

Eckdaten zur Entwicklung der Landesfinanzen 2007 bis 2011

- Beträge in Mio. Euro -

<i>Ausgaben / Einnahmen</i>	2007 ⁴⁾	2008 ⁵⁾	2009	2010	2011
1. Formales Ausgabevolumen	23.195,4	27.201,1	27.672	27.935	28.304
2. Gesamtausgaben (bereinigt) gem. Abgrenzung Finanzplanungsrat (Veränderung in %)	19.552,3 (+ 2,5)	21.023,6 (+ 7,5)	21.525 (+ 2,4)	21.771 (+ 1,1)	22.070 (+ 1,4)
3. Länderfinanzausgleich (LFA) (Veränderung in %)	2.405,0 (+ 9,6)	2.800,0 (+ 16,4)	2.925 (+ 4,5)	3.070 (+ 5,0)	3.205 (+ 4,4)
4. Gesamtausgaben (bereinigt) <u>ohne LFA</u> (Veränderung in %)	17.147,3 (+ 1,6)	18.223,6 (+ 6,3)	18.600 (+ 2,1)	18.701 (+ 0,5)	18.865 (+ 0,9)
5. Gesamtausgaben (bereinigt) <u>ohne LFA, KFA</u> (Veränderung in %)	14.199,5 (- 0,9)	14.929,3 (+ 5,1)	15.008 (+ 0,5)	15.127 (+ 0,8)	15.173 (+ 0,3)
6. Personalausgaben (Veränderung in %) - Personalausgabenquote ¹⁾	6.916,9 (+ 0,2) 40,3	7.130,1 (+ 3,1) 39,1	7.268 (+ 1,9) 39,1	7.330 (+ 0,9) 39,2	7.400 (+ 1,0) 39,2
7. Investitionsausgaben (Veränderung in %) - Investitionsquote ¹⁾	1.782,4 (+ 5,3) 10,4	1.951,8 (+ 9,5) 10,7	2.077 (+ 6,4) 11,2	2.034 (- 2,1) 10,9	1.943 (- 4,5) 10,3
8. Zinsausgaben (Veränderung in %) - Zins-Ausgaben-Quote ¹⁾ - Zins-Steuer-Quote ²⁾	1.387,0 (+ 0,5) 8,1 10,5	1.456,1 (+ 5,0) 8,0 10,0	1.490 (+ 2,3) 8,0 9,9	1.536 (+ 3,1) 8,2 9,7	1.596 (+ 3,9) 8,5 9,8
9. Kommunaler Finanzausgleich (Veränderung in %)	2.947,8 (+ 15,7)	3.294,3 (+ 11,8)	3.592 (+ 9,0)	3.575 (- 0,5)	3.692 (+ 3,3)
10. Gesamteinnahmen (bereinigt) gem. Abgrenzung Finanzplanungsrat (Veränderung in %)	18.525,6 (- 1,9)	20.038,2 (+ 8,2)	21.155 (+ 5,6)	21.620 (+ 2,2)	22.235 (+ 2,8)
11. Steuereinnahmen a) vor Länderfinanzausgleich (Veränderung in %) b) nach Länderfinanzausgleich (Veränderung in %) - Steuerdeckungsquote ¹⁾³⁾	15.556,5 (+ 2,9) 13.151,5 (+ 1,8) 76,7	17.313,6 (+ 11,3) 14.513,6 (+ 10,4) 79,6	18.047 (+ 4,2) 15.122 (+ 4,2) 81,3	18.833 (+ 4,4) 15.763 (+ 4,2) 84,3	19.559 (+ 3,9) 16.354 (+ 3,7) 86,7
12. Nettofinanzierungssaldo	- 1.026,7	- 985,5	- 370	- 151	+ 165
13. Nettoneuverschuldung am Kreditmarkt - Kreditfinanzierungsquote (%)	826,4 4,2	681,5 3,2	500 2,3	300 1,4	- -

1) In % der Gesamtausgaben (bereinigt) ohne LFA (s. Ziffer 4). - 2) In % der Steuereinnahmen nach LFA. -
3) Steuern nach LFA. - 4) Soll. - 5) Entwurf.

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Einnahmen des Landes Hessen 2007 bis 2011

- in Mio. Euro -

<i>Einnahmeart</i>	<i>2007</i>	<i>2008</i>	<i>2009</i>	<i>2010</i>	<i>2011</i>
Steuern und steuerähnliche Abgaben	15.634,3	17.388,6	18.122	18.908	19.634
dar.: Steuern	15.556,5	17.313,6	18.047	18.833	19.559
Spielbankabgabe	47,6	49,3	49	49	49
Abwasserabgabe	26,0	21,5	22	22	22
Eigene Einnahmen	1.387,2	1.015,7	922	928	939
dar.: Gebühren, Geldbußen etc.	551,2	519,8	521	525	530
Vermögensveräußerung	466,3	129,2	30	30	30
Überschuss Sportwette, Lotto u.ä.	115,7	111,2	111	111	111
Darlehensrückflüsse	73,1	72,5	71	71	71
Verspätungs- und Säumniszuschläge	62,5	62,5	63	63	63
Übertragungseinnahmen	1.055,2	1.116,1	1.119	1.126	1.131
dar.: vom Bund für					
- Bahnreform	496,9	485,5	485	485	485
- Wohngeld/Grundsicherung	79,3	77,3	77	77	77
- Ausbildungsförderung	54,1	58,1	59	61	62
- Straßenunterhaltung	38,2	40,9	42	42	42
Theaterzuweisungen	45,0	40,7	40	39	39
Leistungen Spielbanken	31,5	32,2	32	32	32
Kostenerstattung Kirchensteuererhebung	25,5	26,9	32	34	35
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	448,9	517,7	492	488	482
dar.: vom Bund für					
- Gemeindeverkehrsfinanzierung	116,7	108,2	109	102	98
- Hochschulbau	50,0	45,1	43	43	43
- Ganztagsangebote Schulen	48,7	44,0	-	-	-
- Wohnungs- und Städtebau	46,7	47,2	54	58	60
- Ausbildungsförderung (Darlehen)	35,9	35,7	37	38	39
Krankenhausumlage	67,4	100,0	119	114	109
Schuldenaufnahmen	3.772,8	3.595,1	3.479	3.287	3.041
dav.: Kreditmarktmittel	3.772,8	3.595,1	3.479	3.287	3.041
Bundesdarlehen	-	-	-	-	-
Entnahmen aus Rücklagen	297,3	472,8	2	-	-
Überschüsse aus Vorjahren	0,3	0,1	-	-	-
Haushaltstechnische Verrechnungen	599,4	3.094,9	3.036	3.028	3.028
Formales Einnahmenvolumen	23.195,4	27.201,1	27.672	27.935	28.304
Gesamteinnahmen (bereinigt) ¹⁾	18.525,6	20.038,2	21.155	21.620	22.235

¹⁾ Formales Einnahmenvolumen abzgl. Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt und besond. Finanzierungsvorgänge.

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Ausgaben des Landes Hessen 2007 bis 2011

- in Mio. Euro -

<i>Ausgabeart</i>	<i>2007</i>	<i>2008</i>	<i>2009</i>	<i>2010</i>	<i>2011</i>
Personalausgaben	6.916,9	7.130,1	7.268	7.330	7.400
Sächliche Verwaltungsausgaben	1.205,6	1.265,2	1.278	1.260	1.270
Schuldendienst	4.377,5	4.414,6	4.513	4.567	4.681
dav.: Zinsausgaben	1.387,0	1.456,1	1.490	1.536	1.596
Tilgung von Kreditmarktmitteln	2.946,4	2.913,6	2.979	2.987	3.041
Sonstige Tilgungsausgaben	44,0	44,9	44	44	44
Übertragungsausgaben (ohne LFA und KFA)	3.409,9	3.686,0	3.752	3.818	3.863
dar.: Zuschüsse Hochschulprogrammhaushalte (lfd.)	1.132,5	1.217,4	1.242	1.266	1.284
Bahnreform/ÖPNV	479,3	467,9	468	468	468
Zuweisung Grunderwerbsteuer	171,7	210,0	205	197	190
Zuschüsse an Ersatzschulen	161,7	175,5	178	181	184
Kompensation Familienleistungsausgleich	152,7	165,0	172	171	172
Wissenschafts- und Forschungsförderung außerhalb der Hochschulen	133,4	145,3	161	162	169
Wohngeld/Grundsicherung	119,3	115,3	115	115	115
Ausbildungsförderung	84,2	90,4	92	95	97
Staatsleistungen an Kirchen u.ä.	66,6	68,8	69	70	71
Erstattung an LWV für Maßregelvollzug	62,4	73,0	73	77	80
Landesaufnahmegesetz	41,7	31,9	30	27	24
LOEWE-Fonds	-	19,5	50	90	90
Investitionsausgaben (ohne KFA)	1.235,0	1.342,0	1.427	1.380	1.239
dar.: Staatlicher Hochbau	330,3	373,6	406	385	375
Landesstraßenbau	177,8	191,1	189	189	189
Gemeindeverkehrsfinanzierung (GVFG)	116,7	108,2	109	102	98
Erwerb von Fahrzeugen, Gerät u.a.	73,1	88,1	75	64	64
BAföG-Darlehen	55,2	54,8	56	58	60
Ganztagsangebote Schulen	48,6	43,9	-	-	-
Zuschüsse Hochschulprogrammhaushalte (inv.)	43,8	66,3	50	47	47
Städtebauförderung	36,8	36,3	51	60	65
Sozialer Wohnungsbau (einschl. Modernisierung)	31,2	32,3	32	31	31
BOS Digitalfunk	12,8	2,2	105	95	5
Flughafen Kassel - Calden	9,9	17,5	34	28	1
Länderfinanzausgleich (LFA)	2.405,0	2.800,0	2.925	3.070	3.205
Kommunaler Finanzausgleich (KFA)	2.947,8	3.294,3	3.592	3.575	3.692
Besondere Finanzierungsausgaben	696,7	3.263,9	3.168	3.176	3.193
Formales Ausgabevolumen	23.195,4	27.201,1	27.672	27.935	28.304
Gesamtausgaben (bereinigt) ¹⁾	19.552,3	21.023,6	21.525	21.771	22.070

¹⁾ Formales Ausgabevolumen abzgl. Schuldentilgung am Kreditmarkt und besond. Finanzierungsvorgänge.

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

**Finanzierungsübersicht
2007 bis 2011**

- in Mio. Euro -

<i>Bezeichnung</i>	<i>2007</i>	<i>2008</i>	<i>2009</i>	<i>2010</i>	<i>2011</i>
Ausgaben					
Abschluss-Summe	23.195,4	27.201,1	27.672	27.935	28.304
abzüglich					
- Schuldentilgung (Kreditmarkt)	2.946,4	2.913,6	2.979	2.987	3.041
- Rücklagenzuführung	97,4	168,9	132	149	165
- Fehlbetragsabdeckung	-	-	-	-	-
- Haushaltstechnische Verrechnungen	599,4	3.094,9	3.036	3.028	3.028
Gesamtausgaben (bereinigt)	19.552,3	21.023,6	21.525	21.771	22.070
Einnahmen					
Abschluss-Summe	23.195,4	27.201,1	27.672	27.935	28.304
abzüglich					
- Bruttokreditaufnahme am Kreditmarkt	3.772,8	3.595,1	3.479	3.287	3.041
- Rücklagenentnahme	297,3	472,8	2	-	-
- Überschüsse aus Vorjahren	0,3	0,1	-	-	-
- Haushaltstechnische Verrechnungen	599,4	3.094,9	3.036	3.028	3.028
Gesamteinnahmen (bereinigt)	18.525,6	20.038,2	21.155	21.620	22.235
Finanzierungssaldo	- 1.026,7	- 985,5	- 370	- 151	+ 165

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Steuereinnahmen 2007 bis 2011

- in Mio. Euro -

<i>Steuerart</i>	<i>2007</i>	<i>2008</i>	<i>2009</i>	<i>2010</i>	<i>2011</i>
1. Gemeinschaftssteuern und Gewerbesteuerumlagen	13.835,0	15.438,0	16.168	16.944	17.660
<i>davon:</i>					
Lohnsteuer					
Gesamtaufkommen	14.682,4	16.400,0	17.082	17.835	18.600
Zerlegungssaldo	-1.741,2	-2.000,0	-2.024	-2.118	-2.212
Landesanteil	5.500,0	6.120,0	6.400	6.680	6.965
Veranl. Einkommensteuer					
Gesamtaufkommen ¹⁾	1.529,4	2.211,8	2.447	2.518	2.694
Landesanteil	650,0	940,0	1.040	1.070	1.145
Nicht veranl. Steuern vom Ertrag					
Gesamtaufkommen ¹⁾	1.900,0	2.640,0	2.780	2.900	3.020
Landesanteil	950,0	1.320,0	1.390	1.450	1.510
Zinsabschlag ²⁾					
Gesamtaufkommen	3.113,6	3.590,9	3.591	3.693	3.795
Zerlegungssaldo	-2.090,9	-2.454,5	-2.409	-2.477	-2.545
Landesanteil	450,0	500,0	520	535	550
Körperschaftsteuer					
Gesamtaufkommen ¹⁾	2.700,0	2.620,0	2.830	3.140	3.410
Zerlegungssaldo	-270,0	-230,0	-200	-220	-240
Landesanteil	1.215,0	1.195,0	1.315	1.460	1.585
Steuern vom Umsatz					
Landesanteil	4.550,0	4.870,0	4.977	5.170	5.280
Gewerbesteuerumlagen					
Gesamtaufkommen	666,2	605,0	649	724	782
Landesanteil	520,0	493,0	526	579	625
2. Landessteuern	1.721,5	1.875,6	1.879	1.889	1.899
<i>davon:</i>					
Vermögensteuer	3,0	3,0	-	-	-
Erbschaftsteuer	345,0	380,0	400	425	450
Grunderwerbsteuer	515,0	630,0	615	590	570
Kraftfahrzeugsteuer	675,0	675,0	675	685	690
Rennwett- u. Lotteriesteuern	130,0	135,1	136	136	136
Feuerschutzsteuer	26,5	26,5	27	27	27
Biersteuer	27,0	26,0	26	26	26
Steuereinnahmen insgesamt	15.556,5	17.313,6	18.047	18.833	19.559
(Veränderung in %)	(+2,9)	(+11,3)	(+4,2)	(+4,4)	(+3,9)
abzüglich					
Länderfinanzausgleich (LFA)	2.405,0	2.800,0	2.925	3.070	3.205
Steuereinnahmen nach LFA	13.151,5	14.513,6	15.122	15.763	16.354
(Veränderung in %)	(+1,8)	(+10,4)	(+4,2)	(+4,2)	(+3,7)

1) Nach Abzug von Erstattungen an das Bundeszentralamt für Steuern.

2) Einschl. EU-Quellensteuer

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Neuverschuldung und Schuldenstand 2007 bis 2011

- Beträge in Mio. Euro -

	<u>2007</u>	<u>2008</u>	<u>2009</u>	<u>2010</u>	<u>2011</u>
A. Kredite am Kreditmarkt					
1. Einnahmen aus Krediten	3.772,8	3.595,1	3.479	3.287	3.041
2. Ausgaben zur Schuldentilgung	2.946,4	2.913,6	2.979	2.987	3.041
3. Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt	826,4	681,5	500	300	-
B. Kredite im öffentlichen Bereich					
1. Einnahmen aus Krediten	-	-	-	-	-
2. Ausgaben zur Schuldentilgung	44,0	44,9	44	44	44
3. Netto-Neuverschuldung im öffentlichen Bereich	-44,0	-44,9	-44	-44	-44
C. Schuldenstand ¹⁾					
1. Kreditmarktschulden	31.883,0	32.564,5	33.065	33.365	33.365
2. Schulden beim Bund ²⁾	659,3	614,4	570	526	482
3. Schulden insgesamt	32.542,3	33.178,9	33.635	33.891	33.847
D. Kreditfinanzierungsquote					
(Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt in % der bereinigten Gesamtausgaben)	4,2	3,2	2,3	1,4	-

¹⁾ Stand der Landesschulden insgesamt am Ende des Rechnungsjahres 2006 zuzüglich der jährlichen Nettoneuverschuldung.

²⁾ Ohne gestundete Kaufpreistraten für Grundwerke aus vorangegangenen Jahren.

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Schuldendienst 2007 bis 2011

- Beträge in Mio. Euro -

Bezeichnung	2007	2008	2009	2010	2011
1. Zinsausgaben	1.387,0	1.456,1	1.490	1.536	1.596
2. Tilgungsausgaben	2.990,4	2.958,5	3.023	3.031	3.085
<u>davon:</u>					
* Kreditmarktmittel	2.946,4	2.913,6	2.979	2.987	3.041
* Bundesdarlehen	44,0	44,9	44	44	44
3. Schuldendienst insgesamt	4.377,5	4.414,6	4.513	4.567	4.681
4. <u>Nachrichtlich:</u>					
Zins-Ausgaben-Quote ¹⁾	8,1	8,0	8,0	8,2	8,5
Zins-Steuer-Quote ²⁾	10,5	10,0	9,9	9,7	9,8

1) Zinsausgaben in % der bereinigten Gesamtausgaben ohne Länderfinanzausgleich.

2) Zinsausgaben in % der Steuereinnahmen nach Abzug des Länderfinanzausgleichs.

Einnahmen und Ausgaben 2007 bis 2011 nach Arten

- Gemeinsames Schema des Finanzplanungsrates -

(in Mio. Euro)

Position	Gruppierungs-Nr.	Einnahmeart	2007	2008	2009	2010	2011
1		Einnahmen der laufenden Rechnung	17.537,4	19.318,7	20.061,7	20.861,3	21.602,7
		Steuern	15.556,5	17.313,6	18.046,6	18.832,6	19.558,6
1101	011	Lohnsteuer	5.500,0	6.120,0	6.400,0	6.680,0	6.965,0
1102	012	Veranlagte Einkommensteuer	650,0	940,0	1.040,0	1.070,0	1.145,0
1103	013,014,018	Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag, Körperschaftsteuer, Zinsabschlag	2.615,0	3.015,0	3.225,0	3.445,0	3.645,0
1104	015,016	Umsatzsteuern	4.550,0	4.870,0	4.977,0	5.170,0	5.280,0
1105	017	Gewerbsteuerumlage	520,0	493,0	526,0	579,0	625,0
1111	051	Vermögensteuer	3,0	3,0	-	-	-
1112	054	Kraftfahrzeugsteuer	675,0	675,0	675,0	685,0	690,0
1113	061	Biersteuer	27,0	26,0	26,0	26,0	26,0
1114	052,053,055 - 059,069	sonstige Landessteuern	1.016,5	1.171,6	1.177,6	1.177,6	1.182,6
12	09 (ohne 092)	Steuerähnliche Abgaben (ohne Münzeinnahmen)	77,8	75,0	75,0	75,0	75,0
13	12	Einnahmen aus wirtschaftl. Tätigkeit	199,5	196,7	205,7	207,8	213,6
14		Zinseinnahmen	3,3	3,9	4,1	4,2	4,2
141		vom öffentlichen Bereich	0,8	1,2	1,2	1,2	1,3
1411	152	von Ländern	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
1412	153	von Gemeinden/Gv.	0,3	0,7	0,7	0,7	0,7
1413	157	von Zweckverbänden	-	-	-	-	-
1414	151,154,156	vom sonstigen öffentlichen Bereich	-	-	-	-	-
142	16	von anderen Bereichen	2,4	2,7	2,9	2,9	3,0
15		Lfd. Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Schuldendiensthilfen)	1.475,5	1.505,6	1.507,6	1.517,2	1.524,7
151		vom öffentlichen Bereich	853,3	852,7	862,0	867,8	871,4
1511	211,231	vom Bund	773,8	771,4	780,1	787,4	792,9
1512	212	Länderfinanzausgleich	-	-	-	-	-
1513	232	Sonstige von Ländern	2,6	7,6	9,1	8,5	6,6
1514	213,233	von Gemeinden/Gv.	75,7	70,5	69,7	68,8	68,8
1515	217,237	von Zweckverbänden	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
1516	216,235,236	von Sozialversicherungsträgern	1,1	3,1	3,1	3,1	3,1
1517	214,234	vom sonstigen öffentlichen Bereich	-	-	-	-	-
152	112,27,28	von anderen Bereichen	622,2	652,9	645,6	649,5	653,3

Position	Gruppierungs-Nr.	Einnahmeart	2007	2008	2009	2010	2011
16		Schuldendiensthilfen u. Erstattungen von Verwaltungsausgaben	31,6	35,2	40,7	42,1	43,7
161		Schuldendiensthilfen vom öffentlichen Bereich	-	-	-	-	-
1611	221	vom Bund	-	-	-	-	-
1612	222	von Ländern	-	-	-	-	-
1613	223 bis 227	vom sonstigen öffentlichen Bereich	-	-	-	-	-
162	26	Schuldendiensthilfen u. Erstattungen von Verwaltungsausgaben von anderen Bereichen	31,6	35,2	40,7	42,1	43,7
		Sonstige Einnahmen der lfd. Rechnung	193,3	188,7	181,9	182,3	182,8
171	111	Gebühren, sonstige Entgelte	99,4	95,0	91,4	91,6	91,8
172	119	sonstige Einnahmen	93,9	93,7	90,5	90,7	91,1
2		Einnahmen der Kapitalrechnung	988,2	719,4	593,4	588,7	582,2
21	131,132	Veräußerung von Sachvermögen	436,3	39,0	29,9	29,5	29,6
22		Vermögensübertragungen	448,9	517,7	492,3	488,1	481,5
221		Zuweisungen für Investitionen vom öffentlichen Bereich	393,3	419,9	427,1	423,8	418,3
2211	331	vom Bund	322,8	315,8	304,1	306,1	305,5
2212	332	von Ländern	-	-	-	-	-
2213	333	von Gemeinden/Gv.	70,4	104,0	123,0	117,8	112,8
2214	336	von Sozialversicherungsträgern	-	-	-	-	-
2215	334,337	vom sonstigen öffentlichen Bereich	0	0	0	0	0
222	34	Zuschüsse f. Investitionen v. and. Bereichen	55,6	97,9	65,3	64,2	63,2
223	29	sonstige Vermögensübertragungen	-	-	-	-	-
23		Darlehensrückflüsse	73,1	72,5	71,1	71,1	71,2
231		vom öffentlichen Bereich	56,0	57,4	57,0	57,1	57,1
2311	172	von Ländern	-	-	-	-	-
2312	173	von Gemeinden/Gv.	0	0	0	0,1	0,1
2313	177	von Zweckverbänden	-	-	-	-	-
2314	171,174,176	vom sonstigen öffentlichen Bereich	56,0	57,3	57,0	57,0	57,0
232		von anderen Bereichen	17,1	15,1	14,1	14,1	14,1
2321	141,181,182	von Sonstigen im Inland	17,1	15,1	14,1	14,1	14,1
2322	146,186	vom Ausland	-	-	-	-	-
24	133,134	Veräußerung von Beteiligungen u.ä.	30,0	90,3	-	-	-
25		Schuldenaufnahme beim öffentl. Bereich	-	-	-	-	-
251	311	vom Bund	-	-	-	-	-
252	312	von Ländern	-	-	-	-	-
253	313	von Gemeinden/Gv.	-	-	-	-	-
254	314,317	vom sonstigen öffentlichen Bereich	-	-	-	-	-
3	37	Globale Mehr-/Mindereinnahmen	-	-	500,0	170,0	50,0
4		Bereinigte Einnahmen (Positionen 1 - 3) (Einnahmen ohne besondere Finanzierungsvorgänge)	18.525,6	20.038,2	21.155,1	21.620,0	22.234,9

Position	Gruppierungs-Nr.	Einnahmeart	2007	2008	2009	2010	2011
5		Besondere Finanzierungsvorgänge	4.669,8	7.163,0	6.517,0	6.314,7	6.068,7
51	32	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt	3.772,8	3.595,1	3.479,0	3.287,0	3.041,0
52	35	Entnahmen aus Rücklagen	297,3	472,8	2,2	-	-
53	36	Überschüsse aus Vorjahren	0,3	0,1	-	-	-
6		Zu- und Absetzungen	599,4	3.094,9	3.035,8	3.027,7	3.027,7
	38	Verrechnungen u.ä.	599,4	3.094,9	3.035,8	3.027,7	3.027,7
7		Abschluss-Summe des Haushalts	23.195,4	27.201,1	27.672,2	27.934,7	28.303,5

Position	Gruppierungs-Nr.	Ausgabeart	2007	2008	2009	2010	2011
1		Ausgaben der laufenden Rechnung	17.718,4	19.021,2	19.653,9	19.932,5	20.321,7
11	4	Personalausgaben	6.916,9	7.130,1	7.267,8	7.329,5	7.400,3
12		Laufender Sachaufwand	1.473,0	1.584,7	1.637,6	1.653,3	1.669,1
121	51 bis 54	Sächliche Verwaltungsausgaben	1.205,6	1.265,2	1.277,8	1.259,9	1.270,1
122	55	Militärische Beschaffungen	-	-	-	-	-
123	67	Erstattungen an andere Bereiche	57,5	61,7	57,8	54,7	54,9
124	686	Sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke	209,9	257,8	302,0	338,8	344,1
13		Zinsausgaben	1.387,0	1.456,1	1.489,5	1.536,2	1.596,1
131		an öffentlichen Bereich	17,0	18,4	20,0	20,0	20,0
1311	561	an Bund	12,0	12,4	13,0	13,0	13,0
1312	564	an Sondervermögen	-	-	-	-	-
1313	562,563,567	an sonstigen öffentlichen Bereich	5,0	6,0	7,0	7,0	7,0
132		an andere Bereiche	1.370,0	1.437,6	1.469,5	1.516,2	1.576,1
1321	573	für Ausgleichsforderungen	-	-	-	-	-
1322	571,575,576	für Kreditmarktmittel	1.370,0	1.437,6	1.469,5	1.516,2	1.576,1
1323	572	an Sozialversicherungsträger	-	-	-	-	-
14		Laufende Zuweisungen u. Zuschüsse (ohne Schuldendiensthilfen)	7.937,5	8.850,2	9.258,9	9.413,4	9.656,2
141		an öffentlichen Bereich	5.435,9	6.172,0	6.566,1	6.697,2	6.905,3
1411	611,631	an Bund	6,7	8,7	8,7	8,7	8,7
1412	612	Länderfinanzausgleich	2.405,0	2.800,0	2.925,0	3.070,0	3.205,0
1413	632	Sonstige an Länder	11,3	10,8	10,8	10,8	10,8
1414	613	Allgem. Finanzzuweisungen an Gemeinden	2.023,0	2.308,1	2.593,8	2.571,0	2.633,9
1415	633	Sonstige an Gemeinden/Gv.	954,2	1.008,3	991,7	1.000,6	1.010,7
1416	614,634	an Sondervermögen	2,2	2,0	2,0	2,0	2,0
1417	617,637	an Zweckverbände	3,6	3,8	3,8	3,8	3,8
1418	616,636	an Sozialversicherungsträger	29,9	30,5	30,5	30,5	30,5
142		an andere Bereiche	2.501,7	2.678,2	2.692,7	2.716,2	2.750,9
1422	682,683,685	Sonstige an Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen	1.924,0	2.074,5	2.090,6	2.112,5	2.142,1
1423	681	Renten, Unterstützungen u.ä.	225,1	229,8	230,0	230,5	232,4
1424	684	an soziale und ähnliche Einrichtungen	321,4	344,0	342,2	343,3	346,5
1425	687,688	an Ausland	31,2	29,9	29,9	29,9	29,9

Position	Gruppierungs-Nr.	Ausgabeart	2007	2008	2009	2010	2011
15		Schuldendiensthilfen	3,8	0,1	0,1	0,1	0,1
151		an öffentlichen Bereich	-	-	-	-	-
1511	622	an Länder	-	-	-	-	-
1512	623	an Gemeinden/Gv.	-	-	-	-	-
1513	621,624,626,627	an sonstigen öffentlichen Bereich	-	-	-	-	-
152		an andere Bereiche	3,8	0,1	0,1	0,1	0,1
1521	661,662,664	an Unternehmen u. öffentl. Einrichtungen	3,8	-	-	-	-
1522	663	an Sonstige im Inland	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
1523	666	an Ausland	-	-	-	-	-
2		Ausgaben der Kapitalrechnung	1.832,9	1.997,4	2.121,3	2.078,9	1.988,2
21		Sachinvestitionen	576,8	628,2	737,4	700,9	605,8
211	7	Baumaßnahmen	442,1	491,9	524,0	505,0	499,0
212	82	Erwerb von unbeweglichen Sachen	19,8	17,1	9,4	9,4	9,4
213	81	Erwerb von beweglichen Sachen	114,8	119,2	204,0	186,6	97,5
22		Vermögensübertragungen	1.119,6	1.220,4	1.256,2	1.240,6	1.243,2
221		Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich	737,9	807,6	799,4	808,9	859,6
2211	882	an Länder	4,3	4,4	4,4	4,4	4,4
2212	883	an Gemeinden/Gv.	569,4	605,4	591,8	615,3	665,9
2213	887	an Zweckverbände	30,7	29,4	29,3	15,8	15,8
2214	881,884,886	an sonstigen öffentlichen Bereich	133,5	168,5	174,0	173,5	173,5
222	89	Zuschüsse f. Investitionen an and. Bereiche	375,2	412,0	456,0	430,9	382,9
223	69	sonstige Vermögensübertragungen	6,5	0,8	0,8	0,8	0,8
23		Darlehen	86,2	73,5	76,8	78,5	80,3
231		an öffentlichen Bereich	-	-	-	-	-
2311	852	an Länder	-	-	-	-	-
2312	853	an Gemeinden/Gv.	-	-	-	-	-
2313	857	an Zweckverbände	-	-	-	-	-
2314	851,854,856	an sonstigen öffentlichen Bereich	-	-	-	-	-
232		an andere Bereiche	86,2	73,5	76,8	78,5	80,3
2321	861-863,87	an Sonstige im Inland	86,2	73,5	76,8	78,5	80,3
2322	866	an Ausland	-	-	-	-	-
24	83	Erwerb von Beteiligungen u. ä.	6,3	30,5	7,0	14,9	14,9
25		Schuldentilgung an öffentlichen Bereich	44,0	44,9	44,0	44,0	44,0
251	581	an Bund	44,0	44,9	44,0	44,0	44,0
252	584	an Sondervermögen	-	-	-	-	-
253	582,583,587	an sonstigen öffentlichen Bereich	-	-	-	-	-
3	97	Globale Mehr-/Minderausgaben	1,0	5,0	-250,0	-240,0	-240,0
4		Bereinigte Ausgaben (Positionen 1 - 3) (Ausgaben ohne besondere Finanzierungsvorgänge)	19.552,3	21.023,6	21.525,2	21.771,4	22.070,0

Position	Gruppierungs-Nr.	Ausgabeart	2007	2008	2009	2010	2011
5		Besondere Finanzierungsvorgänge	3.643,2	6.177,5	6.147,0	6.163,3	6.233,5
51		Tilgungsausgaben am Kreditmarkt	2.946,4	2.913,6	2.979,0	2.987,0	3.041,0
511	595	für Kreditmarktmittel	2.946,4	2.913,6	2.979,0	2.987,0	3.041,0
512	593	für Ausgleichsforderungen	-	-	-	-	-
513	592	an Sozialversicherungsträger	-	-	-	-	-
514	591,596	an Sonstige	-	-	-	-	-
52	91	Zuführungen an Rücklagen	97,4	168,9	132,2	148,5	164,9
53	96	Deckung von Vorjahresfehlbeträgen	-	-	-	-	-
6		Zu- und Absetzungen	599,4	3.094,9	3.035,8	3.027,7	3.027,7
64	98	Verrechnungen u.ä.	599,4	3.094,9	3.035,8	3.027,7	3.027,7
7		Abschluss-Summe des Haushalts	23.195,4	27.201,1	27.672,2	27.934,7	28.303,5

Abweichung durch Runden der Zahlen.